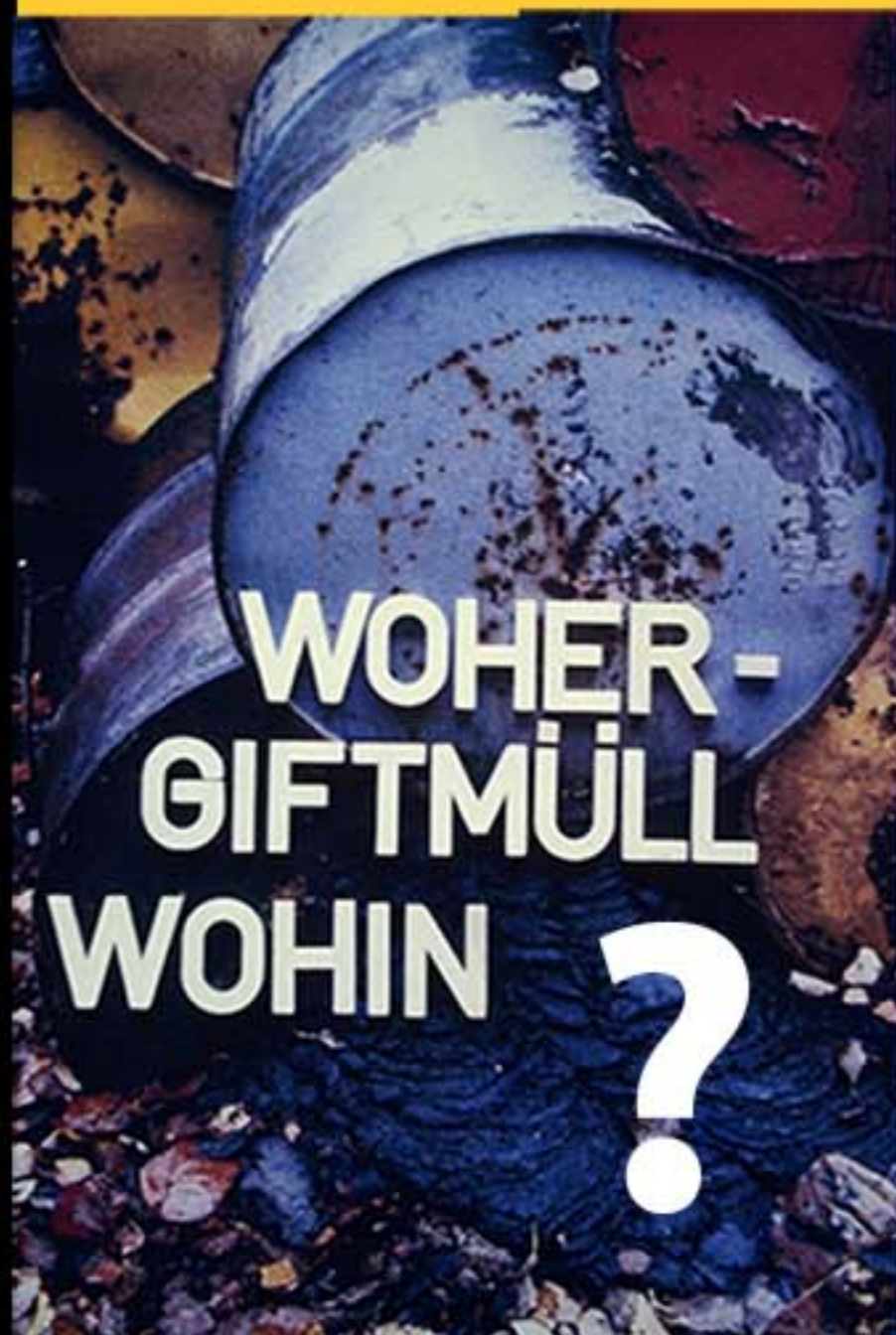


GIFTMÜLL

info



**DOKUMENTATION
Bundestreffen
der Giftmüllgegner
am 29./30. Oktober 1988
in Essen, Zeche Carl**

INHALT

Weitere Zusammenarbeit	S. 2
Vorwort	S. 3
(Gift)Müll-Karten/ Geplante Anlagen	S. 4-6
Bundesweite Entwicklung - A. Ahrens, Hamburg	S. 7-14
Vermeiden ist sicherste Entsorgung - K. Müller, Umweltbehörde, Kopenhagen	S. 17-28
Prognosen + Szenarien für die BRD - Chr. Ewen, Ökoinstitut, Darmstadt	S. 29-35
Gift(müll) am Arbeitsplatz - G. Rhein, IG-Metall, Vorstands-Verw.	S. 36-40
Gesundheits-Gefahren - B. Mersmann	S. 41-44
Giftofen Biebesheim	S. 45-46
Ergebnisse Arbeitsgruppen zu Deponien, Juristische Fragen, TA-Luft	S. 47-53
Abschluss-Erklärung	S. 54-56
Pressespiegel	S. 57-58



Protest in Essen Vogelheim

Zu dieser Dokumentation

Der Vortrag von Andreas Ahrens wurde uns von ihm in schriftlicher Form zur Verfügung gestellt.

Alle anderen Referate sind wörtliche Wiedergaben des Tonbandprotokolls. Die Folien von Klaus Müller sind im Text durch Einrahmungen kenntlich gemacht.

Von manchen Arbeitsgruppen war es nicht erforderlich einen Beitrag abzdrukken, weil die Diskussion dort keine Neuigkeiten gegenüber dem Vortrag brachte.

Die Protokolle aus Oberhausen zur Arbeitsgruppe Verbrennungs-Standorte und aus Bochum zur Altlastensanierung trafen trotz Nachfragen nicht bei uns ein.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Giftmüllkarte sind auf S. 4-6 verarbeitet.

Finanzen

Diese Dokumentation wird für DM 5.- kostendeckend erstellt und verschickt. Falls ein Überschuß aus der Finanzierung des Bundestreffens bleibt, wird er der bundesweiten Koordination zur Verfügung gestellt.

Wir danken der Grün-Alternativen-Liste in Bottrop und in Essen für die Zuschüsse für die Referenten des Bundestreffens.

Wir danken den von der Giftmüllverbrennung betroffenen SPD-Ortsvereinen aus Essen-Vogelheim, -Dellwig und -Bergeborbeck für ihre Spenden.

Diese Dokumentation kann gegen Vorkasse von DM 5.- bei obiger Adresse des BBU bestellt werden.

Herausgeber:

"Bürger gegen Giftmüllverbrennung" Essen und Bottrop.

Presserechtlich Verantwortlich:

Alex Kunkel, 43 Essen, Josef-Hoerenstr. 259

Die quer liegenden Seiten lassen sich im PDF drehen. Die z.T. sehr kleine Schrift der Zeitungsausschnitte läßt sich zur Lesbarkeit hochzoomen. Diese digitalisierte Fassung der Dokumentation wurde am 04.10.2025 von Alex Kunkel erstellt. Die Titelseite wurde wesentlich angepasst um besser auf den Inhalt hinzuweisen.

Beschlossen am 30.10.88 in Essen:

Neben der Abschlusserklärung beschließen die am 29./30. 10 1988 in Essen vertretenen Bürgerinitiativen folgende Grundsätze zur weiteren Zusammenarbeit:

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) übernimmt vorläufig die technisch-organisatorische Koordination der Anti-Giftmüll Bürgerinitiativen in seiner Geschäftsstelle in

5300 Bonn
Prinz-Albertstr. 43
tel 0228/ 21 40 32/ 33

Die Aufgaben dieser Koordination sind:

1. Erstellen eines Verteilers,
2. einer Materialliste,
3. einer Referentenliste
4. Herausgabe eines regelmäßig erscheinenden Rundbriefes.

Um diese Aufgabe inhaltlich zu erfüllen ist es notwendig, daß die Bürgerinitia-

tiven einen

S p r e c h e r r a t

bilden, der sich aus ein bis zwei Mitgliedern der jeweiligen Initiative zusammensetzt.

Das erste Treffen dieses Sprecherrates soll Mitte Januar am

14./15. 1. 1989
in der BBU-Geschäftsstelle

stattfinden. Eine Einladung hierzu wird vom BBU an alle Initiativen versandt.

Beim ersten Treffen sollen folgende Punkte diskutiert werden:

1. Auswertung des Treffens in Essen
2. Festlegung für das nächste bundesweite Treffen - Ort und Datum
3. Gründung einer Redaktion für einen alle drei Monate erscheinenden Rundbrief.
4. Finanzierung des Ganzen.

Liebe Giftmüllgegner,

Hiermit legen wir den Teilnehmern und der interessierten Öffentlichkeit die Materialien des bundesweiten Treffens der Anti-Giftmüll-Initiativen vor, das am 29./30. Oktober 1988 in der Zeche Carl in Essen stattfand.

Die Vorbereitungsgruppe aus den Initiativen Bottrop, Bochum, Essen und Oberhausen hatte bewußt die Grenze zwischen Giftmüll- und Hausmüllverbrennung und der jeweiligen Deponierung nicht sehr eng gezogen, da diese Bereiche nicht streng voneinander zu trennen sind. Entsprechend beteiligten sich auch Initiativen aus allen diesen Bereichen.

Hauptaufgabe des Treffens war es, der sich in den letzten Jahren abzeichnenden bundesweiten Scheinlösung des Abfallproblems mittels Verbrennung eine bundesweite Alternative seitens der Initiativen gegenüberzustellen. Im Vergleich zu dem Treffen in Kaisersesch zu Beginn des Jahres 88 bewegten wir uns etwas weg von der Frage der gesundheitlichen Bedrohung durch Verbrennung, hin zu der Frage was der offiziellen Abfall-Konzeption zugrunde liegt: Zur Schonung der Bilanzen sollen wirklich umfassende Vermeidungstechniken möglichst lange hinausgeschoben oder überhaupt nicht angewandt werden.

Der von ca. 100 Anwesenden aus 29 Initiativen verabschiedete Forderungskatalog verlangt in 14 Punkten aufgeschlüsselt den Vorrang der Vermeidung von Müll vor dessen "Behandlung", sei es durch Verbrennen oder sonstwie.

Die große der "Koalition der Verbrenner", die von den Konzernen als Hauptverursacher, über deren Verbände, die Bundesregierung, bis hin den SPD- und CDU-Landesregierungen und bestimmten Gewerkschaftsvorständen reicht, beginnt in letzter Zeit dem Ruf nach Müll-Vermeidung in Worten Rechnung zu tragen. Daß dies jedoch Taktik ist, zeigt sich daran, daß die Pläne für Verbrennungsanlagen nicht weniger sondern mehr werden. Die Initiativen sollen mit "Vermeidung auf dem Papier" weichgeklopft werden. Derweil ergehen die Planfeststellungsbeschlüsse für den Bau der Gift-Öfen.

Daß die befürchtete Sogwirkung eintritt, wenn die Öfen erst einmal stehen macht ein Vorgang deutlich:

„Um die Behandlungsanlagen der Abfallbeseitigungsgesellschaft Ruhrgebiet (AGR) im Sondermüllbereich wirtschaftlich sinnvoll betreiben zu können, erscheint eine Erweiterung der Betätigungsgrenzen über das Ruhrgebiet hinaus zwingend notwendig“, begründete der Kommunalverband seine Initiative.

Neue Müll-Kunden gesucht

waz RUHRGEBIET

Der Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) will seine Dienstleistungen auch Städten und Kreisen außerhalb der Verbandsgrenzen anbieten. Es geht vor allem um einen größeren Kundenkreis für das früher heftig umstrittene Rohstoffrückgewinnungs-Zentrum (RZR) in Herten. Der NRW-Landtag soll eine entsprechende Gesetzesänderung beschließen.

Die Großkonzerne, die im Hintergrund die Fäden ziehen, haben ein doppeltes Interesse an der Giftmüllverbrennung: Zum einen ermöglicht sie den Weiterbetrieb abfallintensiver Produktionslinien. Zum anderen treten sie selbst als Hersteller oder Betreiber von Verbrennungsanlagen in Erscheinung. Es sind Firmen wie Thyssen, RWE, Ruhrkohle, Siemens, Babcock, MAN-GHH. Sie haben Angst vor wirklicher Vermeidung über die der Stuttgarter Professor und Verbrennungsbefürworter Tabasaran zu recht schreibt; sie werde "tief in das Geschehen industrieller Produktionsprozesse eingreifen." (Hearing 11.11.87, Düsseldorf)

Wir haben es also nicht einfach mit einem "falschen" Abfalldenken zu tun, sondern mit mächtigen Kapitalinteressen, die sozusagen fest im Müll gegründet sind. Das sollte uns nicht einschüchtern sondern uns ermuntern mittels bundesweiter Zusammenarbeit den Müll-Multis einen Riegel vorzuschieben. Dabei sollten wir uns auf die Mobilisierung der Bevölkerung stützen und uns nicht in Experten-Hearings verheddern.

Alex Kunkel

Da bleibt uns die Luft weg:

159 | (nachgerechnet und ergänzt: 189)

Verbrennungsanlagen für Haus- und Sondermüll

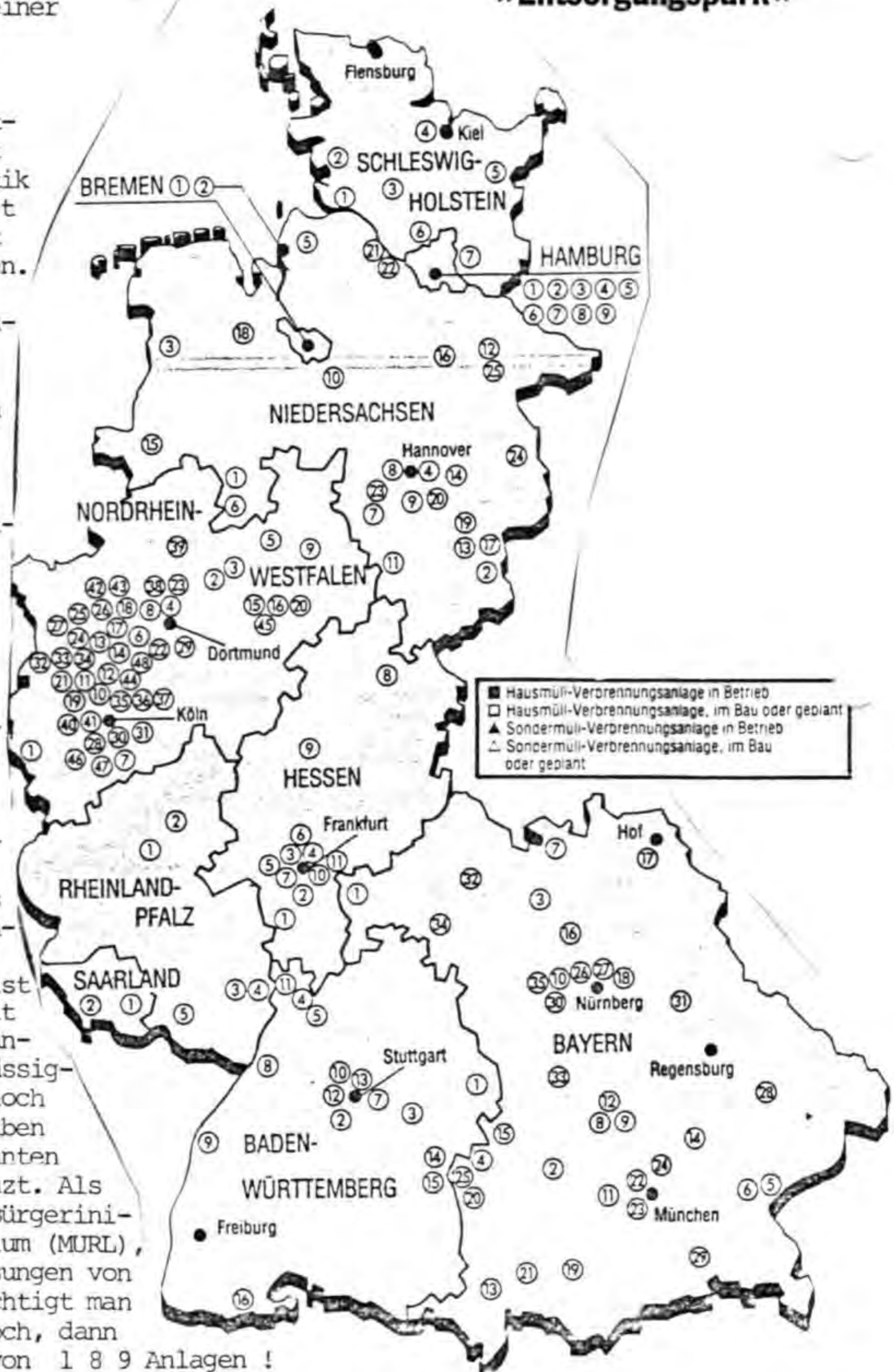
Der "Stern" veröffentlichte zwei Wochen nach dem Bundestreffen einen Artikel und eine relativ vollständige Karte zur Müll- und Giftmüll-Verbrennung (siehe Abbildung und die Liste). Auf dem Treffen hatte sich eine Arbeitsgruppe am Sonntag Vormittag Überlegungen zur Herausgabe einer solchen Karte von Seiten der Bürgerinitiativen gemacht. Zwei Vertreter der Essener Initiative haben sich bereit erklärt eine solche Karte mit Kurzerklärungen zur Problematik Verbrennen als Plakat für die Öffentlichkeitsarbeit der Initiativen zu bearbeiten. Dies ist gedacht als Projekt im Rahmen der bundesweiten Zusammenarbeit mittels des Sprecherrates, der sich im Januar in Bonn zusammenfinden soll.

Eine solche Karte macht schlagartig klar, daß die Verbrennung von Haus- und Giftmüll sich in den Ballungsgebieten der BRD konzentriert und dort auch die jeweiligen Ausbaustufen oder Neuanlagen entstehen sollen. Das kann auch garnicht anders sein, wenn man Giftmüll nicht vermeidet und gleichzeitig weite Transportwege nicht in Frage kommen.

Der "Stern" listet 160 bestehende oder geplante Anlagen auf (159 ist Rechenfehler des Stern). Teils wird die Tonnenzahl zu niedrig angegeben. Z.B. bei der Essener Anlage ist nur das Feststoff-Drehrohr mit 52 000 t erfaßt, die beiden anderen geplanten Öfen für Flüssigstoffe und Erden sind aber noch einmal 53 000 t. dazu. Wir haben die Liste durch die uns bekannten Standorte und Planungen ergänzt. Als Quellen dienten Angaben von Bürgerinitiativen, NRW-Umweltministerium (MURL), Umweltbundesamt, Statuserfassungen von A. Ahrens, Hamburg. Berücksichtigt man die Klärschlammverbrennung noch, dann ergibt sich eine Gesamtzahl von 189 Anlagen!

Bislang verheizen 46 Verbrennungsanlagen ein Drittel des bundesdeutschen Mülls. Bald sollen 37 hinzukommen und der West-Berliner Müll in DDR-Verbrennungsanlagen landen. Vom giftigen Sondermüll wird zur Zeit ein Fünftel in 44 Öfen verbrannt. Wenn, wie geplant, 32 weitere in Betrieb genommen werden, wird die Hälfte des Sondermülls in Flammen aufgehen. Die dabei entstehenden toxischen Gase verteilen sich über das ganze Land

Die Bundesrepublik wird zum »Entsorgungspark«



SCHLESWIG-HOLSTEIN

- 1 △ Brunsbüttel, Göpfert, Reimer u. Partner, 70 000 Tonnen pro Jahr
- 2 ▲ Hemmingstedt, Texaco
- 3 △ Itzehoe, PCB-haltige Altöle, Fa. Aisen-Breitenberg
- 4 ■ Kiel
- 5 ■ Neustadt
- 6 ■ Pinneberg
- 7 ■ Stapelfeld

HAMBURG

- 1 ▲ Harburg, Deutsche Shell, 10 000 Tonnen pro Jahr
- 2 △ Hamburg, Dywidag, Bodenreinigung
- 3 △ Hamburg, Flüssigstoffe, 1000 Tonnen pro Jahr
- 4 ▲ Billbrook, AVG, 60 000 Tonnen pro Jahr
- 5 △ Billbrook, AVG und HEW, 20 000 Tonnen pro Jahr
- 6 ■ Billbrook
- 7 ■ Stelling Moor
- 8 ▲ Veddel, Deconta/Boehringer, Bodenreinigung
- 9 ▲ Veddel, Norddeutsche Affinerie

BREMEN

- 1 ■ Bremen-Stadt
- 2 ■ Bremerhaven

NIEDERSACHSEN

- 1 ▲ Bramsche, Fa. Edelhoff, 6000 Tonnen pro Jahr, Klärg gegen geplante Erweiterung
- 2 ▲ Braunschweig, Klärschlamm
- 3 △ Dörpen, 40 000 Tonnen pro Jahr
- 4 ▲ Dollbergen, 120 000 Tonnen PCB-haltiges Altöl pro Jahr, Erweiterung geplant
- 5 □ Eibe-Weser-Dreieck
- 6 △ Georgsmarienhütte/Osnabrück, 40 000 Tonnen pro Jahr
- 7 ■ Hameln, E-Werk Wesertal, Erweiterung geplant
- 8 □ Hannover
- 9 □ Hildesheim/Land
- 10 □ Hoya, 190 000 Tonnen pro Jahr
- 11 ▲ Holzminden, Dragoco, 200 Tonnen pro Jahr
- 12 △ Kirchweyne, RBS
- 13 □ Langeisheim/Goslar, 60 000 Tonnen pro Jahr
- 14 △ Lenne/Burgdorf, 50 000 Tonnen Klärschlamm pro Jahr
- 15 ▲ Lingen/Holthausen, Wintershall AG, Raffinerie-Rückstände
- 16 ▲ Munster, Bundesdienst, Munitionsvernichtung, Erweiterung geplant
- 17 △ Oker-Harlingerode, Preussag, 40 000 Tonnen pro Jahr
- 18 □ Region Oldenburg, 240 000 Tonnen pro Jahr
- 19 ▲ Salzgitter, Giftmüllpyrolyse, 35 000 Tonnen pro Jahr, nur bis Ende 1988
- 20 □ Stedum/Landkreis Peine
- 21 ▲ Stade, Dow Chemical, 6000 Tonnen pro Jahr, Erweiterung um 30 000 Tonnen geplant
- 22 □ Stade
- 23 △ Stadthagen, UPEX, organische Chlorverbindungen, 16 000 Tonnen pro Jahr
- 24 △ Wolfsburg, VW, Lackschlämme
- 25 △ Uelzen, Attreifen

HESSEN

- 1 ▲ Biebesheim, HIM, wird erweitert um 30 000 Tonnen pro Jahr
- 2 ■ Darmstadt
- 3 ■ Frankfurt-Nordweststadt, 420 000 Tonnen pro Jahr
- 4 □ Frankfurt-Osthafen
- 5 ▲ Griesheim, Hoechst
- 6 □ Heddenheim/Niederursel
- 7 ▲ Höchst, Fa. Hoechst
- 8 ■ Kassel
- 9 ▲ Marburg, Behringwerke
- 10 ■ Offenbach
- 11 ▲ Offenbach, Hoechst

NORDRHEIN-WESTFALEN

- 1 ▲ Aachen, RWTH
- 2 △ Beckum, Fa. Phoenix, PCB-haltige Altöle, 4000 Tonnen pro Jahr
- 3 △ Beckum, Wülfraher Zement, PCB-haltige Altöle, 25 000 Tonnen pro Jahr
- 4 ▲ Bergkamen, Schering
- 5 ■ Bielefeld
- 6 △ Bochum, BSR, 430 000 Tonnen pro Jahr
- 7 ■ Bonn
- 8 △ Castrop-Rauxel, Fa. Edelhoff, 120 000 Tonnen pro Jahr
- 9 □ Detmold
- 10 △ Dormagen, Bayer AG, 30 000 Tonnen pro Jahr
- 11 ■ Düsseldorf
- 12 ▲ Düsseldorf
- 13 ▲ Duisburg, Fa. Grillo
- 14 △ Duisburg, RWE u. Thyssen Handelsunion, 60 000 Tonnen pro Jahr plus Kunststoffabfall aus Autos und verseuchtes Erdreich
- 15 △ Erwitte, Fa. Spenner, PCB-haltiges Altöl, 20 000 Tonnen pro Jahr
- 16 △ Erwitte, Fa. Gebr. Seibel, 15 000 Tonnen pro Jahr
- 17 ■ Essen
- 18 △ Essen, Fa. Kleinholz, Siemens u. Ruhrkohle AG, 52 000 Tonnen pro Jahr
- 19 ▲ Frimmersdorf, RWE
- 20 △ Geske, Fa. Milke, PCB-haltige Altöle, 7000 Tonnen pro Jahr u. 100 000 Tonnen Klärschlamm pro Jahr
- 21 ▲ Grevenbroich, RWE u. Rheinische Braunkohlenw., 30 000 Tonnen pro Jahr
- 22 ■ Hagen
- 23 ■ Hamm
- 24 △ Hattingen, Thyssen, Bodenreinigung, 260 000 Tonnen pro Jahr
- 25 ■ Herten
- 26 ▲ Herten, Rohstoff-Rückgewinnungszentrum, 6000
- 27 △ Heßler/Gelsenkirchen, Veba/Kraftwerke Ruhr, 60 000 Tonnen pro Jahr
- 28 ▲ Hürth, Hoechst-Knappsack
- 29 ■ Iserlohn
- 30 □ Köln
- 31 ▲ Köln-Niehl, Fordwerke AG
- 32 ■ Krefeld
- 33 ▲ Krefeld-Uerdingen, Bayer AG, 35 000 Tonnen pro Jahr
- 34 △ Krefeld, 60 000 Tonnen pro Jahr
- 35 ■ Leverkusen
- 36 ▲ Leverkusen-Wiesdorf, Dynamit Nobel
- 37 ▲ Leverkusen-Bürrig, Bayer AG, 80 000 Tonnen pro Jahr, PCB-Verbrennung
- 38 ▲ Mari, Chemische Werke Hüls, 17 000 Tonnen pro Jahr
- 39 ▲ Münster-Hiltrup, BASF
- 40 ▲ Niederkassel, Widdig GmbH, Dr. Drescher & Schmitz
- 41 □ Niederkassel-Lülsdorf
- 42 ■ Oberhausen
- 43 △ Oberhausen, EVU Oberhausen u. Fa. Babcock AG, 30 000 Tonnen pro Jahr
- 44 ■ Solingen
- 45 △ Warstein, Brühne, PCB-haltige Altöle, 3500 Tonnen pro Jahr
- 46 ▲ Wesseling, Rheinische Oelfinwerke, 53 000 Tonnen pro Jahr
- 47 ▲ Wesseling, Union Rheinische Braunkohlen-Kraftstoff AG
- 48 ■ Wuppertal

RHEINLAND-PFALZ

- 1 △ Kaisersesch, GBS mbH, 60 000 Tonnen pro Jahr
- 2 □ Koblenz
- 3 ■ Ludwigshafen
- 4 ▲ Ludwigshafen, BASF (sechs Öfen in Betrieb, 7 Öfen im Bau)
- 5 □ Pirmasens

BADEN-WÜRTTEMBERG

- 1 ▲ Aalen-Goldhöhe, Pyrolyse, KWU
- 2 □ Böblingen
- 3 ■ Göppingen
- 4 ■ Heidelberg
- 5 □ Heidelberg oder Rhein-Neckarkreis, Standort noch nicht festgelegt
- 7 □ Esslingen
- 8 □ Karlsruhe
- 9 △ Kehl, Göpfert, Reimer u. Partner, 70 000 Tonnen pro Jahr
- 10 □ Ludwigsburg
- 11 ■ Mannheim
- 12 □ Sindelfingen
- 13 ■ Stuttgart
- 14 □ Ulm
- 15 ▲ Ulm-Wiblingen, Pyrolyse, KWU
- 16 □ Landkreis Waldshut

SAARLAND

- 1 ■ Neunkirchen
- 2 □ Großrosseln

BAYERN

- 1 □ Aschaffenburg
- 2 □ Augsburg
- 3 ■ Bamberg
- 4 ▲ Burgau, Pyrolyse, Deutsche Babcock
- 5 ▲ Burghausen, Wacker-Chemie
- 6 □ Burghausen
- 7 □ Coburg
- 8 ▲ Ebenhausen, wird erweitert um 60 000 Tonnen pro Jahr
- 9 ▲ Ebenhausen, (Pyrolyse von Attreifen), BBC
- 10 □ Fürth
- 11 ■ Geiselbullach
- 12 ■ Ingolstadt
- 13 ■ Kempten
- 14 ■ Landsnut
- 15 □ Landkreis Dillingen
- 16 □ Landkreis Forchheim, noch keine konkrete Planung
- 17 □ Landkreis Hof/Wunsiedel, noch keine konkrete Planung
- 18 □ Landkreis Nürnberger Land, noch keine konkrete Planung
- 19 □ Landkreis Weilheim/Schongau, Standort noch nicht festgelegt
- 20 □ Landkreis Weißenhorn/Neu-Ulm
- 21 ■ Marktobendorf
- 22 ■ München-Nord, wird erweitert
- 23 ■ München-Süd
- 24 ■ Neufahrn/Freising
- 25 □ Neu-Ulm
- 26 ■ Nürnberg, wird erweitert
- 27 ▲ Nürnberg, Pyrolyse, Fa. Hetzel
- 28 □ Plattling-Deggendorf
- 29 ■ Rosenheim
- 30 ▲ Schwabach, 2 000
- 31 ■ Schwandorf, wird erweitert auf 310 000 Tonnen pro Jahr
- 32 ▲ Schweinfurt, 20 000
- 33 △ Weißenburg, Zementwerk Soinhofen, PCB-haltige Altöle
- 34 ■ Würzburg
- 35 ■ Zirndorf

Ergänzend zur Liste aus dem Stern:

Nordrhein-Westfalen:

- SVA in Betrieb
- 49 ▲ Ibbenbüren, Fa. IMC-Chemie (MURL)
- 50 ▲ Leverkusen, Stadt Leverkusen (MURL)
- 51 ▲ Bergisch-Gladbach, Fa. Zanders (MURL und UBA)
- 53 △ Herten, 2. Ofen, 30 000 t/J
- 54 △ Hürxe (ist bereits Giftmülldeponie)
- 55 △ Dortmund-Huckarde, Altlasten, evtl. Giftmüll (B.I.-Information)
- 56 △ Eschweiler
- 57 △ Selm, Rathmann-Edelhoff, Krankenhausabfälle (B.I.)
- 58 △ Herne, Herner Mineralölwerke PCB-Öl u.a.
- 59 △ Siersdorf b. Jülich (B.I.)
- 60 ▲ Opel-Werke, Bochum

Niedersachsen

- 26 △ Elsfleth/Weser

Hessen

- 12 △ Frankfurt, Höchst, Erweiterung um 60 000 t/J

zu NRW

- 18 △ Essen; +54000 t Flüssigstoffe und Böden

- zu 27 △, Heßler: +200 000 t Böden

- zu 43 △ Oberhausen: +600 00 t Böden

Schleswig-Holstein

- 8 ▲ Brunsbüttel, Bayer, 25 000 t

Kommunen haben Sorgen mit Entsorgung von Klärschlamm

BONN, 29. November (AP). Die Entsorgung der in der Bundesrepublik jährlich anfallenden 50 Millionen Kubikmeter Klärschlamm aus kommunalen Kläranlagen bereiten den Städten und Gemeinden zunehmende Sorgen. Dieses nährstoffreiche Material sei nicht mehr für die Düngung der Felder zu verwenden, da es nach wissenschaftlichen Erkenntnissen hochgiftige Dioxine enthalte, erklärte der Vize-Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Hans Gottfried Bernrath, am Montagabend in Bonn. Die Ursachen für den Dioxingehalt seien zur Zeit noch ungeklärt.

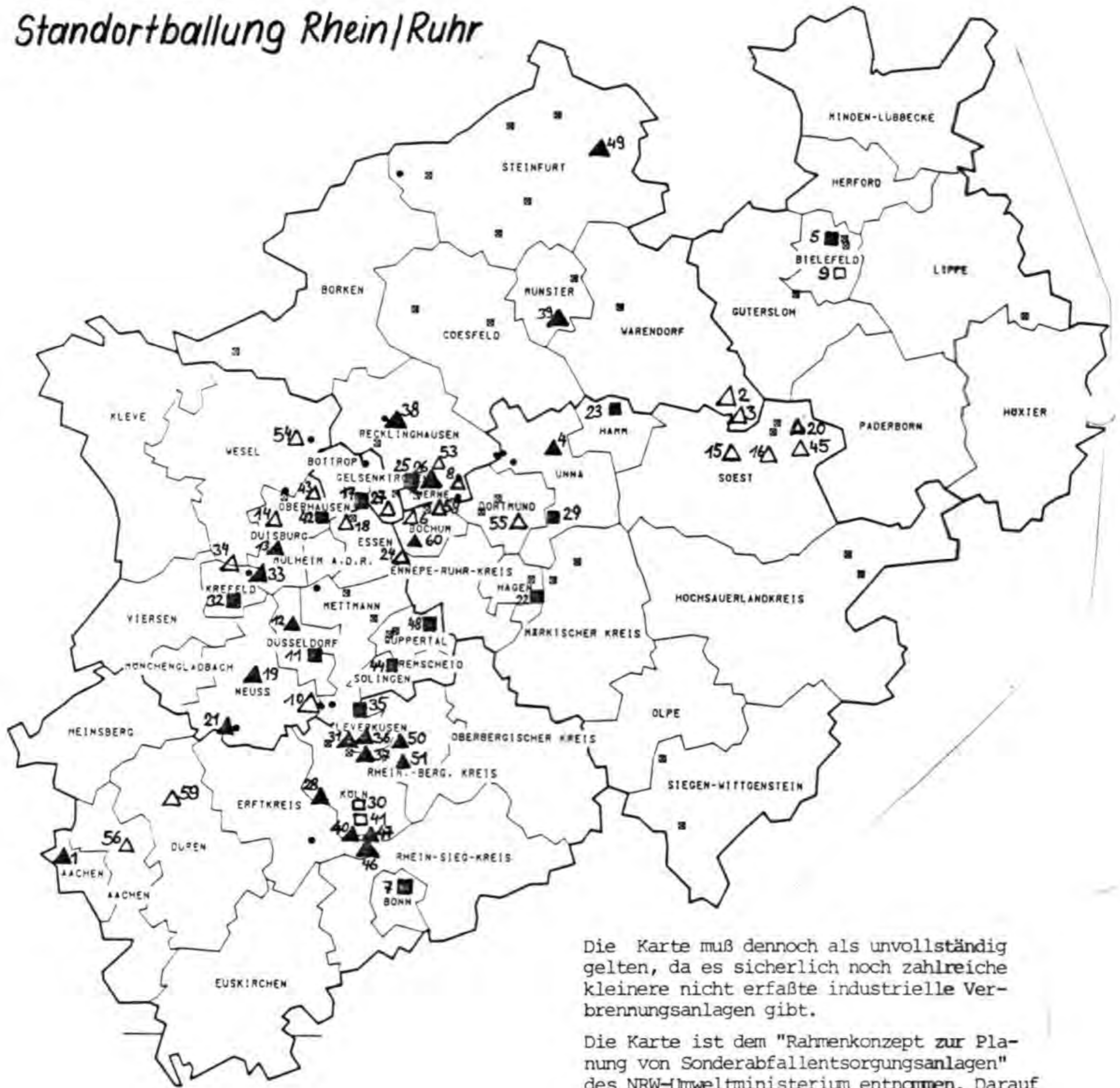
Neue Erkenntnisse über die Gefährlichkeit der Düngung mit Klärschlamm zwingt die Kommunen, sich um alternative Entsorgungsmöglichkeiten zu bemühen. Die Lagerung von Klärschlamm sei langfristig kein geeignetes Mittel, meinte Bernrath. Vielmehr müsse man mittel- und langfristig die Verbrennungskapazitäten erweitern.

Klärschlamm-Verbrennung:

Zur Klärschlamm-Verbrennung macht der STERN keine Angaben. Im Jahresbericht des Umweltbundesamtes für 1987 werden insgesamt 23 solcher Anlagen genannt. Davon sind 15 reine Klärschlamm-Verbrennungsanlagen und bei 8 wird der Schlamm einer Hausmüll-Verbrennungsanlage beigemischt. Die Standorte sind laut dieser Quelle: Bielefeld, Bottrop, Bochum, Wuppertal, Düsseldorf-Süd und Nord, Krefeld, Düren, Bonn, Frankfurt, Würzburg, Bamberg, Ingolstadt, Neu-Ulm, München-Nord, Marktobendorf, Karlsruhe, Stuttgart, Göppingen.

Giftmüll in NRW

Standortballung Rhein/Ruhr



Das Ballungsgebiet an Rhein und Ruhr ist bereits heute und wäre bei Verwirklichung der Verbrennungspläne in besonderem Maße betroffen. Die Karte des STERN kann dies nur unvollständig wiedergeben, weil der Maßstab zu klein und die Nummern-Kreise zu groß sind. Wir haben deshalb die abgebildete NRW-Karte zusätzlich hier eingefügt und die Angaben des STERN übertragen sowie die Ergänzungsliste, die sich hauptsächlich auf NRW bezieht, hier eingetragen.

Die Karte muß dennoch als unvollständig gelten, da es sicherlich noch zahlreiche kleinere nicht erfaßte industrielle Verbrennungsanlagen gibt.

Die Karte ist dem "Rahmenkonzept zur Planung von Sonderabfallentsorgungsanlagen" des NRW-Umweltministerium entnommen. Darauf sind bereits zusätzlich zur STERN Karte die Giftmüll-Deponien und die sogenannten Behandlungsanlagen verzeichnet. Darunter sind z.B. Absetzbecken zu verstehen, wo Festkörper abgeschieden oder Wasser abgezogen wird bzw. in irgend einer Form eine chemisch-physikalische Behandlung (keine Verbrennung) vorgenommen wird.
Deponien: ● Behndl.Anlage: □
Die übrige Kennzeichnung erfolgt wie auf der STERN-Karte:

■	Hausmüll-Verbrennungsanlage in Betrieb
□	Hausmüll-Verbrennungsanlage, im Bau oder geplant
▲	Sondermüll-Verbrennungsanlage in Betrieb
△	Sondermüll-Verbrennungsanlage, im Bau oder geplant

Bundesweite Entwicklung

Andreas Ahrens, Umweltschutzgruppe Physik/Geowissensch., Hamburg

A POLITISCHE SITUATION

1. "Konzertierte Aktion Sondermüll"

* Erklärung vom 21.9.88

Am 21.9.88 ging die "Konzertierte Aktion Sonderabfallentsorgung" mit einer gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit. Die "Konzertierte Aktion" existiert seit Frühjahr 1988. Teilnehmer : Bundesregierung, die Regierungen der Bundesländer, die kommunalen Spitzenverbände, der BDI, der VCI, der DIHT, die Parteien, die Industriegewerkschaften Metall, Chemie, Bergbau sowie die ÖTV und der BUND. Auf der Veranstaltung am 21.9. verabschiedeten sich GRÜNE und BUND mit eigenen Gegenerklärungen aus der "Konzertierten Aktion"- Die Gemeinsame Erklärung der "Konzertierten Aktion" enthält wenig Neues. Daher nur stichwortartig das Wesentlichste :

- Erhaltung des Industriestandortes BRD durch Entsorgungssicherheit
- Es sind mindestens 10 HTVA's im Bundesgebiet erforderlich.
- Der Bau von kontrollierbaren obertägigen und untertägigen Deponien ist erforderlich.
- Bundesregierung und Bundestag werden aufgefordert, das Abfallgesetz und das Bundesimmissionschutzgesetz so zu verändern, daß die Genehmigungsverfahren für Abfallanlagen schneller laufen.
- Kein Abfallexport zu "Billigentsorgern".
- Die Entsorgungspriorität im Inland darf bei der Verwirklichung des EG-Binnenmarktes nicht entfallen.
- Keine Einigung wurde über die Finanzierung der Altlastensanierung erzielt.

* Abweichende Positionen des BUND/der GRÜNEN

u.a.

- Die Probleme bei Abfallbehandlung und Abfall-Lagerung sind Resultat einer jahrzehntelangen verfehlten Industriepolitik.
- Ein bundesweiter Rahmenplan Abfallvermeidung ist erforderlich, in dem folgende Instrumente zur Anwendung kommen :
 - Verbote für Stoffe und Produkte, die nicht umweltverträglich "entsorgt" werden können.
 - UVP für Produkte und Verfahren
 - Förderung der Sondermüllvermeidung
 - Bessere Personalstruktur in der Abfallverwaltung.
- Trennung der nichtvermeidbaren Abfallströme und Behandlung mit spezifischen Techniken auf hohem technischen Niveau (Prinzip der Abfallfabrik). Ziel der Behandlung ist die Überführung in verwertbare Form oder die Entgiftung.
- Vorrang chemisch/physikalischer Behandlung vor der thermischen Behandlung.
- Vorrang der stofflichen Verwertung vor der Verbrennung
- zeitliche befristete Genehmigungen für Abfallanlagen, um eine fortlaufende Anpassung von Kapazität und Technik zu erreichen.

- Altlastenfinanzierung durch Einführung einer Sonderabfallabgabe oder durch Steuern auf bestimmte Stoffe in der Produktion.
- Akteneinsichtsrechte für die Öffentlichkeit im Zusammenhang mit Abfallanlagen.

2. Teilung des Marktes zwischen EVU's und "Städtereinigern"

Derzeit zeichnet sich ein massiver Einstieg des Atomkapitals bzw. der Energiewirtschaftsunternehmen in den Abfallbereich ein. Das gilt sowohl für den Betrieb von Verbrennungsanlagen durch die EVU's (z.B. HEW, EWE, RWE), für den Anlagenbau (z.B. Babcock), für die Forschung und Entwicklung spezifischer Anlagentechnik (KWU, Nukem, KFK) und für die planerische Abwicklung von Projekten (z.B. Fichtner) als auch für den Bereich der Akzeptanzschaffung (u.a. "Entsorgung 2000" des Bonner Energiereports).

Die "Entsorgungslogistik" im Sondermüllbereich wird vornehmlich durch einige kapitalkräftige Traditionsfirmen entwickelt: Edelhoff, Haniel, Rethmann, Buchen, Westab u.a.

Den Bestrebungen der EVU's, die Entsorgungsfirmen samt Logistik auch zu übernehmen, setzt die Entsorgungswirtschaft in NRW beispielsweise einen kartellartigen Firmenzusammenschluß entgegen.

3. Festschreibung der technischen Standards

In mehreren Regelwerken soll der technische Standard für die Sonderabfall"entsorgung" bzw. für Behandlungsanlagen festgeschrieben werden.

* Die TA-Abfall gibt für alle Sonderabfallarten verbindlich vor, in welcher Art von Anlage der entsprechende Abfall "entsorgt" werden soll. Bereits in diesen Vorgaben erfolgt eine Festschreibung auf Verbrennung. In eventuellen regionalen politischen Auseinandersetzungen um bestimmte Firmen, Abfallanlagen oder Abfallströme werden die Spielräume der Abfallbehörden, der Abfallerzeuger und der Entsorgungswirtschaft durch die TA-Abfall erheblich eingeschränkt. Über die Richtung der Einschränkung dürfte kein Zweifel herrschen, wenn man sich die an der Erarbeitung der TA-Abfall beteiligten Gruppen ansieht: Behörden, Abfallerzeuger und Abfallbeseitiger.

* Eine 17. BImSchV über die Anforderungen an Müllverbrennungsanlagen ist in Vorbereitung. Funktion dieser Verordnung ist es, den technischen Standard von Müllverbrennungsanlagen verbindlich festzuschreiben und "anstehende Genehmigungsverfahren kalkulierbarer und rechtssicherer zu machen." Im Klartext bedeutet dies, Verbrennungsanlagen bürgerinitiativfest und klagabweisend zu machen. Sowohl die Optimierungsspielräume sollen beschnitten werden, als auch die Anlagengenehmigung unabhängig gemacht werden von den regionalen Gegebenheiten in politischer und ökologischer Hinsicht. Im Wesentlichen geht es u.a. um folgende Vorschläge (entnommen aus dem internen Bericht des BMU: Emissionen in die Luft aus Sonderabfallverbrennungsanlagen vom 28.7.88.)

9

- Keine Emissionsgrenzwerte für Dioxine, da ein Wirkungsrisiko durch Dioxinemissionen aus Müllverbrennungsanlagen für die Allgemeinbevölkerung nicht erkennbar sei. Darüberhinaus sei eine kontinuierliche Messung von Dioxinen nicht möglich.

- Keine generelle Absenkung der TA-Luft Emissionswerte entsprechend dem aktuellen Stand der Technik. Allerdings wird eine Sonderregelung im Hinblick auf mittlere Tagesfrachten diskutiert. Eine generelle Absenkung wird für unverhältnismäßig gehalten und vor allem werden Probleme bei Nachrüstungen laufender Anlagen oder bei laufenden Planfeststellungsverfahren befürchtet.

- Die Nachverbrennungskammer muß nur auf 1200 ausgelegt sein. Niedrigere Verbrennungstemperaturen können von der Behörde zugelassen werden.

- Die Messung des Gesamtkohlenstoffgehaltes im Abgas muß verbessert werden.

- Eine Schlackenverwertung im Straßenbau ist grundsätzlich möglich. Es wird eine starke Zunahme der Verwertung dadurch erwartet, daß die TA-Abfall Vorgaben den Standard und damit die Kosten für die Schlackendeponierung erhöhen.

- Keine unterschiedlichen Anforderungen an Hausmüll- und Sondermüllverbrennungsanlagen mit Ausnahme der Auslegungstemperatur für die Nachbrennkammer und die Konstruktion des Müllbunkers.

* Eine sog. "Reststoffverbringungsverordnung" im Rahmen des Abfallgesetzes soll die Behandlung der "Wirtschaftsgüter" regeln. D.h. für bestimmte Typen der Reststoffverwertung wird ein gesondertes Reglement geschaffen, das u.a. auch die Verwertungsstandards festlegen soll. Neben den durchaus auch positiven Aspekten dieses Ansatzes, was den Überwachungsbereich betrifft, besteht die Gefahr, daß z.B. ein zweiter Standard für die "thermische Verwertung" von "Ersatzbrennstoffen" eingeführt wird. D.h. ein Abfallerzeuger hätte die Möglichkeit zwischen einer planfestgestellten Abfallverbrennungsanlage und einer sog. Reststoffverwertungsanlage, beispielsweise im Ausland, zu wählen.

* Im Zusammenhang mit der Altlastensanierung ist in Hamburg mit Mitteln des BMFT ein Anlagenkonzept zur Behandlung hochtoxischer Abfälle entwickelt worden. Ein Komplex verschiedener miteinander integrierter Anlagen war das planerische Ergebnis des Planungsprozesses. (vergl. Anlage) Das entwickelte Modell markiert etwa den Optimierungsspielraum eines Behandlungskomplexes, der im Wesentlichen auf thermischen Verfahren beruht. Der Kostenunterschied zum HTVA-Konzept nach Toepfer-Linie wurde mit 3.300 t/a zu 2.000 DM/t Abfall bei einer Kapazität von 20.000 t/a angegeben. Das technisch optimierte Konzept soll in Hamburg nicht umgesetzt werden, weil der vorgesehene Betreiber sich mit Rückendeckung des UBA und des BMU geweigert hat, dieses Konzept zu verfolgen.

4. Aufweichung des Abfallbegriffes

Es ist eine zunehmende Aufweichung des Abfallbegriffes erkennbar. (Vergl. oben !) Zementwerke, Kraftwerke und Hochöfen verbrennen PCB-haltige Öle und Lösemittel im Rahmen der "Thermischen Verwertung", es erfolgt keine Planfeststellung als Abfallanlage. Bei der DOW in Stade ist im Sommer diesen Jahres eine Verbrennungsanlage für CKW-Abfälle als Reststoffverwertungsanlage nach BImSchG genehmigt werden.

PVC, Lackschlämme, Öle etc. werden als sog. "Ersatzbrennstoff" exportiert.

5. Das Arbeitsplatzargument

Das Arbeitsplatzargument wird häufig für die Schaffung von Abfallverbrennungszentren angeführt. Manche Landesregierungen prognostizieren sogar ein Wirtschaftswunder durch Abfallwirtschaft. Zumindest was die aktuellen Abfallverbrennungspläne betrifft, ist dieses Argument mehr als zweifelhaft. Abfallverbrennung erstickt jede Form von technischer und logistischer Innovation im Bereich der Abfallerzeugung, Abfallsortierung und Abfallbehandlung. Abfallverbrennung blockiert damit ein beträchtliches Potential neuer Arbeitsplätze. Untersuchungen aus Hessen und Berechnungen der Entsorgerbranche deuten genau in diese Richtung. Die Fa. Edelhoff, Branchenriese und Interessent für ein Verbrennungszentrum in Castrop-Rauxel kalkuliert mit Beschäftigten-Zahlen in der Entsorgerbranche, die in den 90iger Jahren 20-25% unter den heutigen liegen. (Quelle: Rohstoff-Rundschau 17/1988)

Die Prognos AG kommt in einer vergleichenden Studie für die Hessische Landesregierung zu dem Ergebnis, daß von allen Optionen zur Umweltentlastung in der chemischen Industrie, Hochtemperaturverbrennungs-Konzepte mit den höchsten Arbeitsplatzverlusten einhergehen. (vergl. Anlage)

6. Bedeutung des Ausstieg aus der Seeverbrennung Bedeutung für die Landverbrennungsdiskussion

1987 sind etwa 54.000 t Abfälle aus der Bundesrepublik auf See verbrannt worden. Davon sind rund 36.000 t hochchlorierte Lösemittel-Abfallgemische, rund 10.000 t hochchlorierte Abfälle von BAYER und SOLVAY sowie rund 8000 t schwach chlorierte Lösemittelgemische.



F.R. 15.11.88

IN KETTEN: Mitglieder der Umweltschutzorganisation Greenpeace blockierten am Montag aus Protest gegen die Seeverbrennung giftigen Mülls die Zufahrten zum Hauptwerk der Deutschen Solvay Werke GmbH in Rheinberg am Niederrhein. Sie forderten Einsicht in die Genehmigung zur Verbrennung von Rückständen aus der Herstellung von Polyvinylchlorid (PVC) und in die Pläne des Unternehmens, die Seeverbrennung zu reduzieren. Nach knapp vier Stunden gaben die Umweltschützer die Werkstore wieder frei. Zuvor hatten sie von der Werksleitung eine Zusage erhalten, daß binnen zweier Monate

entsprechende Gespräche mit Greenpeace aufgenommen würden. Auf Transparenter beschuldigte Greenpeace die Firma: „Mord am Meer — Solvay macht mit.“ — Greenpeace-Sprecherin Ingrid Jütting sagte, das in Rheinberg ansässige Solvay-Werk verbrenne auf hoher See chlorierte Lösungsmittel, die als Abfälle aus der PVC-Produktion zurückblieben. Das Unternehmen habe jetzt vom Deutschen Hydrographischen Institut eine neue Genehmigung zur Verbrennung der Abfälle auf dem Verbrennungsschiff „Vesta“ erhalten. Die Rückstände aus der Verbrennung belasteten die Nordsee.

Die über das DHI erteilten Genehmigungen sind zum 30.9.88 ausgelaufen. Bis jetzt wurde nur der GVS (Westab und Südmüll) erlaubt, für ein Viertel Jahr weiter verbrennen zu lassen. Eine Genehmigung für SOLVAY wird in diesen Wochen folgen. Daneben laufen allerdings die Abfallexporte in die Seeverbrennung über die Fa. Edelhoff weiter. (Hier ist nicht das DHI zuständige Genehmigungsbehörde. Vielmehr erhält Edelhoff seine Exportgenehmigungen nach Antwerpen über die Bezirksregierung Osnabrück.)

Die Genehmigungen des DHI konnten nur aufgrund eines zwingenden "öffentlichen Interesses" erneut erteilt werden. Für eine erneute Verlängerung über 1988 hinaus fordert das DHI nunmehr für jedes Abfallkontingent den Nachweis, daß die entsprechenden Abfälle nicht vermeidbar oder verwertbar sind.

Diese Situation ist durch den Nachweis von Verbrennungsrückständen (HCB, HCBD, OCS) im Seeverbrennungsgebiet entstanden. Daraufhin hatte das UBA die "Besorgnis" ausgesprochen, daß die Meeresumwelt durch Seeverbrennung geschädigt werde. Seitdem diese "Besorgnis" ausgesprochen ist, können Genehmigungen zur Seeverbrennung nur noch erteilt werden, wenn ein sog. "zwingendes öffentliches Interesse" nachgewiesen wird.

Das Verfahren, eine Entsorgungsgenehmigung nur dann zu erteilen, wenn Abfallerzeuger oder -Transporteur die Unvermeidlichkeit des jeweiligen Abfalls nachweisen, könnte ggf. von seiten der Initiativen als politisches Modell für den gesamten Abfallbereich propagiert werden.

Die Chemische Industrie, insbesondere die Lösemittelhersteller WACKER, DOW, CHEMISCHE WERKE HÜLS und HOECHST, sagt bis 1991 eine CKW-Reduzierung für die Seeverbrennung auf Null zu, wenn bis dahin entsprechende Landverbrennungsanlagen stehen. Das Interesse ist klar, nicht Lösemittelrecycling oder Lösemittelvermeidung ist das Ziel der chemischen Industrie, ein Absatzmarkt von etwa 180.000 t/a Chlorierte Lösemittel in der Bundesrepublik ginge verloren. (Von diesen 180.000 t/a kommen laut Seeverbrennungsstatistik nur etwa 44.000 t/a im Abfallbereich an. Unter der Annahme, daß etwa vielleicht 5.000 t/a versteckt an Land mitverbrannt oder deponiert werden, ergibt sich eine Emissionsmasse von rund 130.000 t/a über Luft, Wasser und Produkte.) Und nicht nur das : Chlorierte Lösemittel sind "veredelte Abfälle" aus anderen Chlorprozessen. Wenn die "Entsorgung" der Chemischen Industrie über Produkte nicht mehr möglich wäre, schlugen die Nebenprodukte der Chlorchemie bei der Chemischen Industrie selber als Entsorgungskosten zu Buche : In der EG sind 1980 etwa 120.000 bis 150.000 t/a chlorierte Abfälle per Chlorolyse-Verfahren zu chlorierten Lösemitteln aufgearbeitet worden. Hätte diese Menge als Abfall entsorgt werden müssen, ergäbe sich daraus ein Kostenvolumen von ca. 50 - 75 Mio DM. (Zugrundegelegt einen CKW-Verbrennungspreis von etwa 500 DM/t).

Das Desinteresse der Chemischen Industrie an Lösemittelvermeidung dürfte in diesen Modellrechnungen klar geworden sein.

B TECHNISCHES OPTIMIERUNGSPOTENTIAL BEI HTVA

1. Optimierungsfelder

- * Aufbereitung/Vorbehandlung
- * Lagerung
- * Feuerführung und Verbrennungsprozeß
- * Rauchgasreinigung
- * Reststoffnachbehandlung/Schlackeverwertung
- * Parallele Flüssigstoffbehandlung
- * Parallele Redestillation

2. Optimierungskosten

3. Stand des Optimierungswillens

C SPEZIALBEHANDLUNG FÜR CHLORIERTE KOHLENWASSERSTOFFE

1. Verbrennung mit Salzsäurerückgewinnung

2. Reduktive Verfahren

3. Destillation

4. Substitution

D SPEZIALBEHANDLUNG FÜR BÖDEN

Essen, Dez. 88

Pläne für Müll-Öfen

Offenlage im Januar

Die erneute Offenlage der Pläne für die umstrittene Hochtemperatur-Verbrennungsanlage am Stadthafen ist vom Regierungspräsidenten für die Zeit vom 9. Januar bis 9. Februar 1989 angeordnet worden. Bedenken und Einwände gegen die Müll-Öfen der Firmen Kleinholz und KWU können schriftlich bis zum 23. Februar bei der Stadtverwaltung eingereicht werden. Die erneute Veröffentlichung war nötig geworden, nachdem die Betreiber wegen politischer Schwierigkeiten das Grundstück für die Anlage wechseln mußten. **GW**

E DATNELAGE/BEDARFSPLANUNG

Bundesweit sind bis zu heutigen Tag keine verlässlichen Daten verfügbar über die tatsächlich anfallende Mengen von Abfällen, die zur Verbrennung in den "HTVA's" vorgesehen sind. Die Planungszahl des UBA bei 1,8 Mio t/a ist nicht zuverlässig, weil :

- Das Begleitscheinverfahren bundesweit uneinheitlich durchgeführt wird.
- Die Erhebungen nach Umweltstatistikgesetz (Abfälle aus dem produzierenden Gewerbe) hinsichtlich der Abfallschlüsselnummern mit dem LAGA-Schlüssel nicht kompatibel sind.
- Analysen der Vermeidungspotentiale nicht vorhanden sind oder nicht berücksichtigt wurden.
- Über betriebsintern beseitigte Abfälle kaum Informationen vorliegen.
- Die Prognosen über die zukünftigen Steigerungen aus Luft- und Wasserreinhaltung sowie aus der Entfrachtung des Hausmülls sind nicht belastbar und vor allem nicht aus den Vermeidungsvorgaben der entsprechenden Gesetze abgeleitet.
- Die Entwässerungsmöglichkeiten bei Mineralölabfällen und Lösemitteln sind nicht berücksichtigt worden.
- Entsorgungsfirmen in aller Regel auf den Begleitscheinen höhere Abfallmengen verzeichnen, als tatsächlich entsorgt wurden.

F STAND DER VERFAHREN AN DEN HTVA-STANDORTEN bzw. Standorten für sonstige Verbrennungsanlagen für gefährliche Sonderabfälle incl. Bodenbehandlung in Schwelltrommeln.

- konkrete Standortaktiv.

* beantragt
 ** in der Offentl. Phase
 *** genehmigt/planf.
 *** Widerspruch/Klage
 B - Betreiber
 PG Planungsgutachter
 (abweichende Planungszahl)

Universaldrehrohre

- */11.87 Brunsbüttel.....70.000 t/a (40.000 t/a)
 B : Reimer,Hübner,Nehlsen (priv.)
 PG: Göpfert,Reimer und Partner
- Hamburg.....20.000 t/a (00.000 t/a)
 B : HEW,AVG (priv.)
 PG: Göpfert,Reimer und Partner ; Fichtner ; DPU
- Oker.....40.000 t/a (30.000 t/a)
 B : Preussag
 PG: ????
- Georgsm.hütte.....60.000 t/a (40.000 t/a)
 B : Edelhoff/Klößner
 PG: ???
- Dörpen.....40.000 t/a *
- B : EWS
 PG: ???

- **/11.85 Essen.....52.000 t/a
 B : Siemens,Kleinholz,Ruhrkohle AG,Lenkering,-
 PG:Ing.büro Scholz; KWU; TÜV/Bay.;TÜV/Essen

- */ Krefeld.....60.000 t/a
 B :
 PG:
- Kehl.....70.000 t/a (90.000 t/a)
 B : GBS mbH/BaWü
 PG: Göpfert,Reimer und Partner ; Fichtner ;
- */4.88 Kaisersesch.....60.000 t/a
 B : GBS mbH/Reinlandpf.
 PG: Fichtner ; Tabasaran ;

- **/ Biebesheim/Erw.....30.000 t/a
 B : HIM
 PG:
- Ebenhausen/Erw.....60.000 t/a
 B : GBS/Bayern
 PG:
- Castrop-Raukel.....120.000 t/a (80.000 t/a)
 B : Edelhoff
 PG:
- Oberhausen.....30.000 t/a
 B : EVU Oberhausen/Babcock
 PG: ????
- Hessler/Gelsenk.....60.000 t/a
 B : VEBA/Kraftwerke Ruhr
 PG :
- Hünxe/Voerde.....noch unklar
 B :
 PG :
 =====
 ca. 800.000 t/a bis 650.000 t/a

Industriedrehrohre oder Flüssigstoffbeh.

- **/1.87 Stade/Dow Chemical...30.000 t/a
- ***/ Dormagen/Bayer.....30.000 t/a (Erw.)
- ** Frankfurt/Hoechst...45.000 t/a (Erw.)
 =====
 105.000 t/a

Bodenbehandlungsanlagen

- (*) Hamburg/Dywidag.... ????? (Waschanlage)
 - (*) Hamburg/Dekonta.... ????? (Infrarot-Ofen/Shirco)
 - ** Essen/Siemens,Kleinholz,Ruhrkohle,Lenkering
 30.000 t/a (Schwelltrommel,600 Nachverbr. 1200)
 - */11.87 Bochum/BSR GmbH....430.000 t/a (Schwelltrommel)
 - Hattingen/Duisb....260.000 t/a (Thyssen-
 Schlackenaufb.und
 Umweltechn.GmbH
 waschanlage/
 Harbauerverf.)
 - Hessler/VEBA200.000 t/a (Schwelltrommel)
 - Oberhausen30.000 t/a (Schwelltrommel)
- =====
 mehr als 1 Mio t/a
 =====

Flüchtigstoffbehandlungen/

Hamburg.....1.000 t/a (Hochdruckbrenn-
reaktor)
Essen/Kleinholz.....24.300 t/a (Verbr./HCL)
Otze/ Dr.Meier4.000 t/a (Verbr.)
Kirchweye/RBS.....?????
Stadthagen/Upex.... 5.000 t/a ??????
ca. 35.000 t/a

Zementwerke / Kalkwerke

Itzehoe/ Alsen-Breitenburg ? PCB/Altöl
Säureharze
Erwitte/Fa. Spennerca.20.000 t/a PCB/Altöl
Fa.Gebr. Seibel ca.15.000 t/a Lösem.
Geseke/Fa.Milke.....ca. 7.000 t/a PCB/Altöl
700 t/a PCB/Säureh.
Beckum/Fa.Phoenix..... ca. 100.000 t/a Klärschl.
Fa.Wülfrather Zem. 25.000 t/a PCB/Altöl
CKW
Warstein/Fa.Brühne 3.500 t/a PCB/Altöl
Weißenburg/Zementwerk Soln-
hofen ? PCB/Altöl
mehr als 70.000 t/a PCB/Lösem.

Bestehende Anlagen

Öffentlich :
Hamburg/AVG60.000 t/a
Bramsche/Edelhoff.....6.000 t/a
Herten/RZR60.000 t/a (70.000)
Biebesheim/HIM.....60.000 t/a
Ebenhausen/GBS.....60.000 t/a
Schwabach/ZVSM48.000 t/a
Schweinfurt/GBS.....20.000 t/a
ca. 300.000 t/a

industriell :

Bayer/Brunsbüttel.....25.000 t/a
Ordningen.....35.000 t/a
Leverkusen.....80.000 t/a
BASF/ Ludwigshafen.....150.000 t/a
Hiltrup ???
HOECHST/Frankfurt.....45.000 t/a
Hürth.....5.000 t/a
CWH/Marl.....17.000 t/a
DOW/Stade.....6.000 t/a
SCHERING/Bergkamen.....9.800 t/a
BEHNING/Marburg.....2.400 t/a
Ford/Köln.....30.000 t/a
Grillo/Duisburg..... ???
Wacker Chemie/Burghausen ???
ROW/Wesseling53.000 t/a
RWE/Frimmersdorf.....16.000 t/a
Grevenbroich.....30.000 t/a
SHELL/Hamburg.....10.000 t/a
mehr als 500.000 t/a

Zusammenfassung :

Derzeitiger Bestand : industriell mehr als 500.000 t/a
öffentlich etwa 300.000 t/a
geplant/Standort : industriell mehr als 100.000 t/a
öffentlich 700.000- 850.000 t/a
Zementwerke mehr als 70.000 t/a
Boden/Schweil.mehr als 700.000 t/a
2,37 Mio bis 2,52 mio t/a

19.9.88 F.R.

Stromversorger avancieren zu Müllentsorgern

Milliarden-Geschäft mit Abfall / Gebühren könnten sich in wenigen Jahren verdoppeln

Der Wirtschaft winkt ein neues Milliarden-Geschäft: Die Abfallbeseitigung verlor den Geruch des Minderwertigen und hat die Industrie nun nach langem Zögern auf den Geschmack gebracht. Auf der Entsorgungsfachmesse in Essen wurden die Perspektiven deutlich. Glaubt man den Ausstellern, wird Müll bald eine recht saubere und zudem lukrative Sache sein — vor allem für die Stromkonzerne.

Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) überraschte, wie schon kurz gemeldet, mit der Nachricht, daß es sich mit 50 Prozent an dem Familienbetrieb Trienekens in Neuss beteiligt hat. Mit 850 Beschäftigten und 200 Millionen Mark Jahresumsatz gilt die Firma hierzulande als zweitgrößtes Entsorgungsunternehmen. Aber auch die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW), die Ruhrkohle-Stromtochter Steag und die Veba-Kraftwerke Ruhr empfehlen sich inzwischen ebenso als Müllspezialisten wie die Siemens-Sparte Kraftwerk-Union (KWU), und fast alle halten Ausschau nach verkaufswilligen Mittelständlern.

Die Drängelei der Stromwirtschaft auf dem neuen Markt kommt nicht von ungefähr. Das Geschäft mit den Kilowattstunden hat kaum noch Wachstumschancen. Nachdem der Kraftwerksausbau und die Rauchgasreinigung abgeschlossen sind — nach vorsichtigen Schätzungen wurden dabei an die hundert Milliarden Mark bewegt —, könnte nun mit dem Abfall ein neues Milliarden-Rad gedreht

werden. Praktisch für die Industrie: Wie in der Stromwirtschaft müssen dafür alle Bürger finanziell geradestehen. Das sichert seit jeher die Renditen und minimiert das Risiko fast auf Null.

RWE-Vorstandsmitglied Herbert Krämer rechnet damit, daß in absehbarer Zeit zehn Verbrennungsanlagen für Industrie-Sondermüll gebaut werden müssen, die wegen knapper Deponieflächen dringend benötigt werden. Sie werden mindestens an die 1,5 Milliarden Mark kosten und sollen mit einer Kapazität von 600 000 Tonnen im Jahr ein Drittel der Problemstoffe entschärfen. Ferner werden 40 neue Großöfen für Hausmüll gebraucht, die zusammen etwa zwölf Milliarden verschlingen dürften. Dazu kommen weitere Milliarden-Beträge beispielsweise für die Reinigung verseuchter Industriegrundstücke (Altlastensanierung) und viele Millionen an laufenden Betriebskosten.

Diese Aussichten kommen den Stromversorgern gerade recht, und das aus einer Reihe von Gründen. Sie sind Spezialisten im Kraftwerkbau und damit auch mit den Problemen der technologisch eng verwandten Müll-Großfeuerungen vertraut. Den nicht mehr ausgelasteten Ingenieur-Abteilungen winkt neue Beschäftigung. Nicht zu vergessen sind die jahrzehntelangen Erfahrungen in der Aufbereitung und Verwertung von Rückständen besonders der Kohlekraftwerke. Vor allem aber wollen die Milliarden wieder angelegt sein, die nun Jahr für Jahr

aus den Abschreibungen der neuen Großkraftwerke in die Kassen der Elektrizitätswirtschaft fließen — sofern diese Gelder nicht dazu benutzt werden, die Strompreise zu senken. Dazu besteht aber offensichtlich wenig Neigung.

Die bislang fast ausschließlich mittelständisch strukturierte Entsorgungsbranche wird künftig einen schweren Stand haben und läuft Gefahr, von den Konzernen an die Wand gedrückt zu werden. Die kleinen Firmen sind vor allem zu kapital-schwach, um bei den anstehenden Großprojekten mitreden zu können. Krämer weist freilich den Vorwurf zurück, das RWE wolle mit seiner Finanzkraft mißliebige Konkurrenz ausschalten: „Wir bevorzugen auch künftig die Kooperation mit privaten Unternehmen im Verhältnis 50:50 und wollen nicht die Marktführerschaft. Wir stellen Geld und Know-how, die andere Seite logistisches Können.“ So soll Trienekens wie bisher den Müll sammeln und sortieren, das RWE will ihn verbrennen, und der neue Ableger wird wiederum die unverwertbaren Rückstände deponieren.

Für die zahlenden Bürger bleibt anzumerken, daß sie künftig für ihren Abfall deutlich stärker zur Kasse gebeten werden als bisher. Manche meinen, schon in wenigen Jahren würden sich die Gebühren verdoppeln. Denn der Platz für die Müllberge wird stets kleiner, die Kosten für die Beseitigung aber werden ständig größer. LEONHARD SPIELHOFER

16.9. NRZ Mobile Entsorgung auf dem Binnenschiff

Von NRZ-Redakteur HELMUT WYRWICH

ESSEN. Die Thyssen AG stellt sich unter Führung ihrer Tochter Thyssen Engineering auf der Essener Messe Entsorga als Gesamt-Unternehmer für alle Fragen des Entsorgungsbereiches vor. Herausragend: Zwei Projekte in Hattingen und Duisburg, wo Entsorgungszentren entstehen sollen.

Thyssen Engineering hat in Hattingen ein Entsorgungszentrum mit einem Investitionsvolumen von 150 Millionen DM konzipiert, sagte Thyssen-Engineering-Geschäftsführer Helmut Wiczorek gestern zur NRZ. Mit dem Zentrum soll es 60 neue Arbeitsplätze geben.

Allerdings seien noch Schwierigkeiten zu überwinden, deutete Dieter Wunderlich, Vorsitzender der Thyssen-Engineering-Geschäftsführung, an. Bochum wünsche eine Abstimmung über die Aufgaben des Bochumer und des zukünftigen Hattinger Entsorgungszentrums.

Entsorgungszentren müssen nicht notwendigerweise, so Wunderlich, stationär an Land errichtet werden. In vielen Fällen reiche die anfallende Men-

ge Abfall selbst in einem Umkreis von 50 Kilometern nicht aus. Thyssen plant daher derzeit eine mobile Anlage auf einem Binnenschiff.

In Duisburg plant die Thyssen Handelsunion derzeit das

650 Millionen Investitionen

gemeinsame Entsorgungszentrum mit dem RWE. Die technische Konzeption liegt auch hier in Händen von Thyssen-Engineering. Die Gesamtkosten der Anlage könnten sich, schätzt Wunderlich, durchaus auf 650 Millionen DM belaufen. „Wir würden dabei gerne den gesamten technologischen Teil anbieten wollen“, sagte Wunderlich.



Steag verwertet Reste Mauersteine aus Abfall

wy. ESSEN. Die Steag Entsorgungs GmbH denkt an den Export von Entsorgungs- und Verbrennungseinrichtungen nach Italien und Spanien. Gespräche mit Partnern in Mailand, Bologna, Florenz und Brescia fanden statt, sagte Geschäftsführer Dr. Bernd Neukirchen gestern.

Die norditalienischen Gesprächspartner zeigten sich dabei an den in der deutschen TA Luft zugrundegelegten Grenzwerten interessiert. Die deutschen Grenzwerte sind die schärfsten in der EG. Der Umweltbereich des Essener Steinkohlen-Verstromers Steag macht 1988 über 40 Millionen DM Umsatz. Steag verbrennt dabei Müll nicht nur, sondern bereitet auch auf. In Lünen betreibt das Unternehmen eine Fabrik, in der bisher aus Kraftwerks-Reststoffen mehr als eine Milliarde Mauersteine hergestellt worden sind.

Zwei Jahrzehnte der Müllverbrennung RWE erweitert den Umwelt-Bereich

Von NRZ-Redakteur HELMUT WYRWICH

ESSEN. Die nächsten zwanzig Jahre gehören in der Abfallwirtschaft der Verbrennung. Davon zeigte sich gestern anlässlich der Essener Messe „Entsorga“ RWE-Vorstandsmitglied Dr. Herbert Krämer überzeugt. RWE werde sich an den in Nordrhein-Westfalen erforderlichen vier oder fünf Verbrennungsanlagen für Sondermüll voraussichtlich mit zwei Anlagen beteiligen.

Zusammen mit der Thyssen AG bauen die Essener in Duisburg eine Anlage für Sonderabfälle.

Außerdem ist eine Anlage in Siersdorf/Eschweiler geplant. Der Bedarf läge insgesamt, so Krämer, in den kommenden



H. Kramer

zehn bis zwölf Jahren bei 10 Verbrennungsanlagen für Sondermüll und 40 Müllverbrennungsanlagen für Haus- und Industrie-Abfälle. Das Investitionsvolumen läge bei 15 bis 20 Milliarden DM. Mittelständische Unternehmen seien mit Bau und Betrieb bei diesen finanziellen Größenordnungen überfordert, sagte Krämer. Umweltminister Matthiesen hatte gegen-

über der NRZ kritisiert, daß immer mehr Großunternehmen vor allem mittelständische Firmen aufkauften.

Das RWE macht mit seinem Umweltbereich, der zwölf Firmen umfaßt, etwa 300 Millionen DM Umsatz und weitet ihn durch einen

Spezialist in Sachen Müll

Zukauf aus. Mit 50 Prozent beteiligt RWE sich an dem Viersener Unternehmen Trienekens. Die Viersener sind Spezialisten in Sammlung, Transport und stofflicher Verwertung von Haus- und Industriemüll und gewinnen Produkte wie Papier, Eisenschrott, Kunststoff-Folien, Holz und Glas zurück. Mit 650 Mitarbeitern machen sie einen Umsatz von 200 Millionen DM.

28. Babcock wächst mit Umweltschutz

Dank guter Geschäfte in der Energie- und Umwelttechnik (zum Beispiel Abfallbeseitigungsanlagen) konnte der Oberhausener Babcock-Konzern seinen Umsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr (30. September) um knapp sieben Prozent auf 5,2 Milliarden Mark steigern. Der Gewinn blieb mit 36 Millionen Mark auf Vorjahreshöhe. Die Zahl der Beschäftigten stieg um 321 auf 22 451 Männer und Frauen.

1988 Gewinnexplosion bei Hoechst

Chemiekonzern übertrifft deutlich die eigenen Erwartungen

has FRANKFURT A. M. Der Chemiekonzern Hoechst ist auf dem besten Weg, sich selbst zum 125. Geburtstag in diesem Jahr das schönste Geschenk zu machen. Darauf läßt jedenfalls der jetzt veröffentlichte Zwischenbericht für die ersten sechs Monate schließen, den der Vorstand mit den Worten kommentiert, daß die "Erwartungen deutlich übertrifft" wurden. Mit dem "erfreulichsten Ergebnis" des ersten Semesters habe das Frankfurter Unternehmen einen "soliden Grundstock" für die gesamte Rechnungsperiode gelegt. Angesichts eines hohen Auftragsbestands rechnen die Manager für 1988 nochmals mit einer Steigerung "gegenüber dem bereits guten Vorjahr".

Ein Blick in die Halbjahres-Bilanz zeigt, daß Hoechst sich bei der Wahl der Prädikate sogar noch in Zurückhaltung und Bescheidenheit übt. Denn schlicht und einfach wurde klitzig verdient.

Im Konzern schwoll der Umsatz um 11,4 Prozent auf rund 20 Milliarden Mark an. Dabei fiel der Zuwachs im Inland mit sieben Prozent niedriger aus als im Auslandsgeschäft, das 12,9 Prozent zunahm.

Mittwoch, 2. Dezember 1987, Nr. 279

reint ergibt sich jenseits der Grenzen aber noch immer eine Zunahme um mehr als ein Zehntel, insgesamt blieb eine Erhöhung um 9,3 Prozent. Noch mehr als diese Daten beeindruckt die Entwicklung des Ergebnisses. Der Konzerngewinn vor Ertragsteuern explodierte nämlich um über 30 Prozent auf exakt 1,944 Milliarden Mark.

Glanzend schnitt auch die AG ab. Sie dehnte den Umsatz um 15,3 Prozent auf 7,9 Milliarden Mark aus. Hier schlägt sich nieder, daß die Oberhausener Ruhrchemie rückwirkend zum 1. Januar mit dem Stammhaus verschmolzen wurde. Aber auch ohne diesen Einbezug war das Wachstum mit 10,4 Prozent noch zweistellig ausgefallen. Der Coup drückte natürlich daneben die Zahl der AG-Beschäftigten kraftig in die Höhe. Ende Juni standen nunmehr 83 286 Leute auf den Lohn- und Gehaltslisten, 2212 oder 3,8 Prozent mehr als zwölf Monate zuvor. Ohne die Ruhrchemie hätte sich ein Rückgang beim Personal von 0,9 Prozent ergeben.

Ohne eine genaue Zahl zu nennen, stellt Hoechst fest, daß die Produktionsanlagen "noch besser ausgelastet" sind als vor Jahresfrist. Einige Betriebe stoßen bereits an die Grenzen ihrer Kapazität. Nicht zuletzt aus der höheren Auslastung und der damit einhergehenden Kostendegression erklärt sich die Gewinnexplosion bei dem Chemie-Multi.

Größte deutsche Publikumsgesellschaft
Die VEBA ist vollständig in privater Hand: 600.000 Aktionäre halten das Kapital, darunter 90% Kleinanleger.

Ergebnis erneut deutlich verbessert
Der Konzernüberschuß stieg gegenüber dem 1. Halbjahr 1987 um 10%. Ausschlaggebend hierfür war die anhaltende Ergebnisverbesserung in der Chemie. Erstmals einbezogen wurde die Huls-Troisdorf AG, in der die zum 1. Januar 1988 übernommenen Chemie- und Kunststoffaktivitäten bei weiterhin günstiger Entwicklung ist damit zu rechnen, daß das gute Vorjahresergebnis mindestens wieder erreicht wird. Unsere Aktionäre sollen hieran angemessen beteiligt werden.

Chemie im Aufwind erfreulich
PREUSSENELEKTRA und WERKE RUHR leisteten ihren Beitrag auf hohem Niveau. Die Norddeutsche AG verbesserte ihr Ergebnis gegenüber dem 1. Juli 1988 verkauften Anteil an der günstigen Chemielastung der Produktionsanlagen gegenüber dem Vorjahreszeitraum. STINNES und RAAG bauten ihre Marktstellungen weiter aus.

Anhaltend hohes Investitionsvolumen
Die Chemie bildet neben dem Strom ein Investitionsschwerpunkt. Für die nächsten Jahre ist ein Gesamtvolumen von 20 Mrd D.



Gefährlicher Abfall auf rätselhaften Wegen

Wo läßt Hoechst den Giftmüll?

Neue Verbrennungsanlage

Von unserem Redaktionsmitglied Hermann Lammert

Beim Regierungspräsidenten in Darmstadt läuft zur Zeit ein Genehmigungsverfahren für die Hoechst AG, die ihre Sondermüll-Verbrennungsanlage Block 300 E um zwei Verbrennungskessel erweitern will. Es dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß das Chemieunternehmen bei Genehmigungsbehörden größtes Wohlwollen angesichts der Engpässe in der Beseitigung von Sondermüll in Hessen finden wird. In der Vergangenheit sind offensichtlich erhebliche Mengen von Sonderabfall besonders giftiger Qualität "verschwunden". In der bestehenden Hoechst-Anlage durften sie wegen deren ungenügenden technischen Ausrüstung nicht verbrannt werden, und in der leistungsstärkeren Biebesheimer HIM-Anlage, wo sie hätten vernichtet werden müssen, wurden sie nicht angeliefert.

IG Chemie beklagt sich beim WDR-Intendanten

NRZ-Nachrichtendienst

Karlsruhe. Gegen "tendenzielle Berichterstattung" des WDR über die IG Chemie berührende Themen hat die Gewerkschaft in einem Brief bei WDR-Intendant Nowotny protestiert. Die Arbeitnehmer der chemischen Industrie seien "keine Giftmischer", heißt es in dem Schreiben. Auf dem Gewerkschaftstag der IG Chemie in Karlsruhe wurde weiter bekannt, daß der Betriebsrat des Bayer-Konzerns dem Intendanten eine Protestliste mit mindestens 10 000 Unterschriften überreichen will.

In dem Schreiben heißt es weiter, man beobachte schon seit längerem tendenzielle Berichterstattung des WDR zu den Themen Chemische Industrie, Umweltschutz, Chemiepolitik und Arzneimittel. Als aktuelles Beispiel wurde die Berichterstattung über die Jubiläumsfeier bei Bayer Leverkusen genannt. Wer Bayer zum umweltverachtenden machthungrigen Moloch verzerre, der treffe jeden einzelnen Beschäftigten.

24. 10. 88 Firmengruppe für Sondermüll

Der Stuttgarter Rechtsanwalt Hans Ringwald schlägt die Gründung eines Konsortiums für die Entsorgung von Sondermüll vor. Die Lösung der Umweltprobleme könne man nicht den Ämtern überlassen, meint er. Ringwald denkt an eine Holding, an der sich neben sechs Unternehmen das Land Baden-Württemberg beteiligen soll. Im Gespräch sind der Baukonzern Holzmann, die Haniel-Gruppe, die Aachener und Münchener Versicherung, die Stuttgarter Landesentwicklungsgesellschaft sowie zwei von Ringwald sanierte Firmen: die Badischer Stahlwerke und Epple-Bau.

NRZ 3.12.88 Heißer Ofen schluckt den Chemie-Müll

Mehr Umweltschutz für Rhein und Nordsee
Von NRZ-Reporter ALEXANDER RICHTER

LEVERKUSEN. Am Ende waren alle zufrieden. Der Minister lobte das Engagement, der Vorstandsvorsitzende freute sich, und unsere Umwelt wird auch entlastet. Gestern in Leverkusen: Die Bayer AG nahm ihre neue Abwasser- und Klärschlamm-Verbrennungsanlage in Betrieb. Im heißen "Bayer-Ofen" wird künftig auch der Chemieabfall verfeuert, der bisher stark umweltbelastend auf der Nordsee verbrannt wurde.

Bayer-Chef Hermann J. Strenger: „Das waren immerhin rund 10 000 Tonnen und damit ist bereits seit September Schluß.“ Europaweit soll die Hohe-See-Verbrennung gemäß der letzten Nordsee-Schutzkonferenz in London allerdings erst 1994 gestoppt werden.

In der neuen High-Tech-Umweltanlage, die auf Europas größtem Industrie-Entsorgungszentrum im Stadtteil Böttlich unmittelbar am Autobahnkreuz Leverkusen West steht, können pro Jahr 20 000 Tonnen Abwasserkonzentrate und 90 000 Tonnen Klärschlamm verbrannt werden. „Sicher und umweltgerecht“, wie Bayer betont. Die Menge der Schadstoffe, die noch aus dem Schornstein kommt, soll minimal sein. Wichtiger, zusätzlicher Aspekt: Das Unternehmen spart durch die Verbrennung Deponie-Raum und leitet weniger Dreck in den

Rhein ein. Wieviel weniger, konnten die Bayer-Experten gestern allerdings nicht sagen. 105 Millionen Mark hat der Chemie-Riese für die Anlage auf den Tisch gelegt, bis Mitte der 90er Jahre will der Konzern jetzt seinen Werbespruch „Bayer forscht für den Umweltschutz“ mit „grünen“ Investitionen in Höhe von drei Milliarden Mark zu vorzeigbaren Ergebnissen führen. Strenger: „Dabei bleibt es, bereits im kommenden Jahr stellen wir auch die Dünnsäure-Verklappung aus unserem Werk in Antwerpen in die Nordsee ein.“ Die fünf deutschen Bayer-Werke tun dies bereits seit 1982.

NRW-Umweltminister Klaus Matthies, SPD, der die Anlage mit einem symbolischen Knopfdruck eröffnete, ist sich sicher: „Die chemische Industrie in NRW steht zum Verursacherprinzip und investiert in Entsorgungsanlagen.“

Vortrag Klaus Müller, Kopenhagen, Mitarb. dän. Umweltbehörde

Vermeiden, die sicherste Entsorgung!

Mein Name ist Klaus Müller, ich habe einen Hintergrund der so aussieht, daß ich in Berlin studiert habe, als Wirtschaftsingenieur, Fachrichtung Technische Chemie, was eigentlich recht selten ist. Dann habe ich ungefähr 1973 angefangen mich mit Umweltprozessen zu befassen und ich habe dann z.B. über Dialyseprozesse gearbeitet und habe dann eine Promotion gemacht über Wiederverwertung als technisch-ökonomisches und ökologisches Problem.

Ich bin 1980 nach Dänemark gegangen, hab zunächst dort erst einmal an der Wirtschaftshochschule gearbeitet und bin dann 1983 mehr aus fachlichen Gesichtspunkten rüber gegangen in das Umweltamt, wie es auf dänisch heißt "...", und dort habe ich Programme verwaltet zur Wiederverwertung und in den letzten vier Jahren zur abfallarmen Technologie.

Ich werde da näher drauf eingehen. Zur Wiederverwertung vielleicht soviel, jetzt vorweg schon:

Da hat man ja ein ganz interessantes System eingeführt in Dänemark, daß eben darauf hinausläuft, daß jede Tonne Abfall die zur Beseitigung, ob es zur Deponie oder Verbrennung oder sonstige Form ist, mit einer extra Abgabe belegt wird, seit einem Jahr - anderthalb Jahren ungefähr, und diese Abgaben fließen direkt zurück in den Forschungstopf zur Wiederverwertung oder zur Förderung von abfallarmen Technolgien. Mehr zu dem Punkt abfallarme Technologie später.

Interessant ist ja jetzt, daß ich das Thema bekommen habe

"Giftmüllvermeidung: Die sicherste Form der Entsorgung".

Da kann ich ja eigentlich nur übereinstimmen, also da ist ja überhaupt kein Zweifel, da kann man ja welchen Politiker man will fragen, jeder will den Giftmüll vermeiden und alle sind sich auch darüber einig, daß die Verwertung also die Wiederverwertung die nächst beste Form ist und dann kommt die Verbrennung und die Deponie, und ich glaube, in dem Sinne brauchte man hier nicht zu diskutieren.

Ich hatte mich hier auf das Thema eingestellt, aber innerlich ist da ja kein Unterschied. Jetzt muß ich mal sehen. Ich hoffe, daß man das so einigermaßen lesen kann: Alternativen: Vermeidung eine Möglichkeit der Entsorgung? So wurde es angekündigt und da muß man natürlich gleich etwas flexibel sein und ein großes Fragezeichen dahinter stellen.

Das ist also mein Thema: "Alternativen: Vermeidung, eine Möglichkeit der Entsorgung"? Ich habe mir gedacht, daß ich hier vier Punkte bespreche: Einleitung, dann habe ich was genannt das heißt Kommune Chemie System, darunter ist es auch bekannt in der Fachwelt, d.h. also ich werde das dänische System, was man eigentlich mit dem Sondermüll, mit dem gefährlichen Müll oder chemischen Müll oder Giftmüll oder wie man es immer nennen will macht, das werde ich doch kurz, ganz kurz, superkurz beschreiben, damit die wesentlichen Voraussetzungen gegeben sind.

Dann werde ich darüber reden, welchen Stellenwert eigentlich

abfallarme Technologien in Dänemark haben, was man macht, was unser Programm z.B. ist. Nur um Beispiele geben zu können, denn Dänemark ist ja, wie bekannt, ein kleines Land mit 5,6 Millionen Einwohnern, aber wir haben ein sagen wir mal Modell, vielleicht das auch in anderen Ländern, vielleicht nicht gerade in Deutschland, aber in anderen weniger umweltorientierten Ländern, doch akzeptiert werden kann.

Der wichtige Punkt hier sind natürlich Erfahrungen, Konklusionen und ich bitte zu beachten, daß mein Beitrag natürlich nicht auf die lokalen oder örtlichen Verhältnisse hier abgestimmt ist, d.h. also ich kann mir vielleicht erlauben, das ich von einer etwas anderen Warte des Problems hier spreche, ich kann natürlich die örtlichen Reaktionen völlig verstehen und es ist auch ein riesen Dilemma.

Wie man das löst weiß ich allerdings auch nicht, aber es gibt ja diesen berühmten NIMBI-Effekt: Alle sind einig, da muß was geschehen, aber nicht in meinem Garten. 'Never in my backyard'. Das heißt also, das ist ein Problem vor dem wir alle stehen und da muß man also ein bißchen weiter denken und deswegen ist der Bereich abfallarme Technologie ja so unheimlich spannend und interessant, denn wenn man den ganz streng durchdenkt, dann wird man gucken und entdecken, daß hier wenn man wirklich eine abfallarme Politik durchsetzen will, daß man da doch an wichtigen Grundpfeilern, sagen wir mal auch der jetzigen Wirtschaftsordnung usw. spricht, also freies Konsumverhalten oder freies Produktionsverhalten rüttelt.

Gut, ich hoffe das diese Einleitung einmal klar macht, wie ich meinen Vortrag aufbauen will, wenn ich ab und zu ein paar dänische Brocken einbaue oder hier die deutschen Worte

nicht finde, so liegt das einfach daran, das ich vielleicht auch schon zu sehr dänisch denke, das bitte ich dann zu entschuldigen. Falls ich völlig ins dänische abgleite, bitte ich das durch Handaufzeigen oder so zu markieren.

Akzeptanz

Ich habe hier als nächstes Foto oder Overhead ein ganz interessantes Beispiel (Anm.: Akzeptanzkurve), das stammt zwar aus dem Jahre 1980 und das stammt auch aus Amerika aber das ist eine offizielle Veröffentlichung. Die Zahlenwerte als solche sind vielleicht nicht so interessant. Okay, ich hoffe, das man das sehen kann.

Das was hier abgebildet ist, ist eine sogenannte Akzeptanzkurve, wo man auf der einen Achse Prozentzahlen hat und auf der anderen Achse Abstandszahlen und da hat man eine Umfrage gemacht, wieso und warum ist hier eine andere Sache. Da haben wir gesagt, also was würdest du in einer gewissen Entfernung zu deinem Wohnort akzeptieren?

Da hat man also folgende Kurven aufgezeichnet: Ein sagen wir mal zehn Stockwerke hohes Bürogebäude, eine große Fabrik, ein Kohlenkraftwerk, eine Anlage zur Beseitigung der Behandlung von Sonderabfällen und ein Atomkraftwerk. Diese Untersuchung ist sicherlich aus dem Jahre 1980, also vor urlanger Zeit, aber wenn wir uns die Kurven mal angucken, also als Beispiel nur: Hier haben wir 50% und wenn man hier runter guckt dann würden also 50% der Bevölkerung ein Bürogebäude - das ist die Kurve a - im Abstand von einem halben Kilometer oder so was akzeptieren. Kritischer wird es schon bei einer großen Fabrik, da ist bei ungefähr 50% im Abstand von 3 Kilometern der Schnittpunkt, also 50% würden sagen, wenn es mehr als 3 Kilometer weg ist würde ich es akzeptieren. Das ist Kurve b.

Kurve c (Kohlekraftwerke) liegt interessanterweise, erstaunlicherweise, aber die Zahlen spielen wie gesagt nicht die große Rolle, etwas unter dieser großen Fabrik. Wenn man die amerikanischen Verhältnisse kennt, kann man sicherlich da übereinstimmen, daß große Fabriken da genauso die Gegend verseuchen wie Kohlekraftwerke. Also das ist eine amerikanische Befragung.

Was interessant ist, sind die Kurven d und e, daß ist Kurve d die minimal über dem Atomkraftwerk liegt, das sind die Kurven für die Abfallbehandlungsanlage und für Atomkraftwerk, die also hier bei weitem die geringste Akzeptanz haben und da würden im Abstand von 60 Kilometern nicht mal 50% der Bevölkerung sowas akzeptieren.

Das heißt hier also, wir sind in einem Bereich, der meines Erachtens natürlich auch emotional sehr geladen ist und da muß man natürlich auch reagieren und man hat ja nun einige Erfolge, oder wie man es nun sieht, erzielt bei der Frage der Atomkraftwerke.

Man soll sich also von politischer Seite eigentlich auch darüber im klaren sein, daß die Akzeptanz von Sonderabfallbehandlungsanlagen, ob es nun Deponien sind oder Verbrennungsanlagen, genauso brisant im Prinzip ist und das wird ja interessant das zu vergleichen. Sagen wir mal mit der Regierungspolitik hier im Lande, das man das geradezu als Politik macht, jetzt Verbrennungsanlagen einzurichten.

Um das noch einmal zu betonen: Ich meine, wenn man den Müll, den Dreck, den Giftmüll schon hat, da bin ich durchaus der Meinung, daß die Verbrennung wesentlich akzeptabler ist, - wenn man den hat, unter der Voraussetzung - als eine Deponie. Eine Deponie zu errichten und der Nachwelt zu überlassen,

wäre so ungefähr wenn man mal an einen Tennisverein denkt, das man Tennis spielt und den Platz nicht aufräumt und dann sagt, nach mir kommt die Sintflut, die nächsten werden es schon schaffen.

Von daher ist also da die Frage nicht ob wir Giftmüll verbrennen oder deponieren, sondern wie kann man den vermeiden, und das finde ich wichtig und deswegen ist vielleicht der Titel "Bürger gegen Giftmüllverbrennung" ein bißchen gefährlich auch, denn man muß natürlich sagen, okay, Bürger gegen Giftmüll da würde man sagen, da haben wir 100% Zustimmung, ein jeder ist gegen Giftmüll, aber ich würde sagen, wenn man das nur nuancieren könnte, und sagen könnte, "Bürger gegen Giftmüllverbrennung als umweltpolitische Konzeption" das wäre doch ein wesentlich griffigerer Titel und auch ein Titel, der zeigt, wo es eigentlich drauf hinausgeht. Das war meine kritische Distanz zu dem Punkt. Das war auch gleichzeitig meine Einleitung.

— Kommune Chemie —

Als zweiten Punkt hatte ich gesagt, Kommune Chemie ist einfach der Name des dänischen Systems. Kommune Chemie ist wie man leicht erkennen kann, eine Zusammensetzung aus Kommunen, d.h. wir haben einen Zusammenschluß aller dänischen Kommunen, die gemeinsam eine zentrale Abfallbehandlungsanlage, sprich Verbrennung seit 1972 betreiben und deswegen heißt dieses System kommunes Chemiesystem.

Ich will superkurz das hier kurz erklären, vielleicht mit drei Punkten. Einmal der Gesetzgebung, zweitens mit dem System zur Behandlung von Sonderabfall und als drittes ganz kurz auf die Anlage eingehen.

—Gesetze—

In Dänemark haben wir eine dezentrale Gesetzgebung, natürlich werden die wichtigsten Fragen sagen wir mal Gesetze, zentral vorgegeben, aber im Prinzip sind immer noch die einzelnen Gemeinden oder Gemeindezusammenschlüsse verantwortlich für das was innerhalb des Landes geschieht.

Die Umweltbehörde ist die erste Instanz falls es zu irgendwelchen Klagen kommt. Das nur soweit zu dem Punkt. Es gibt Probleme später, das ist nämlich deswegen wichtig, wenn man an die gesetzliche Verankerung von abfallarmen Technologien im Rahmen von Genehmigungsverfahren denkt, bedeutet das ja, daß die einzelnen Gemeinden oder der eine oder die zwei oder die drei Bearbeiter des Gebietes Umwelt in der Lage sein müssen, die verschiedensten Technologien zu bewerten und sich irgendwie auf dem laufenden zu halten und was das bedeutet kann man sich leicht vorstellen, wenn man überlegt, daß die Leute, die irgendwelche Produktionen betreiben natürlich tagaus tagein nur mit dem einen Gebiet mit ihrer spezifischen Produktion arbeiten. Da ist ein ungeheurer Informationsbedarf und das hat auch Folgen für unser Umweltprogramm. Soweit zur Gesetzgebung.

Interessant ist im Augenblick das wir in verschiedenen Rahmengesetzen und auch jetzt in konkreten Bereichsgesetzen den Begriff abfallarme Technologien einbauen, d.h. man hat zwei große Kehrtwendungen in der dänischen Umweltpolitik, man geht weg von der recipient oder umweltbestimmten Gesetzgebung und man macht die Gesetzgebung in steigendem Grade abhängig von dem technischen Stand, ob man das jetzt best available oder sonstwie nennt, da gibt es ja verschiedene Begriffe.

Aber man versucht also die Genehmigungsverfahren vom Stand der Technik abhängig zu machen. Das ist sehr wichtig. Zusammen mit der Drohung, mehr ist es ja im Augenblick nicht, und der Verankerung im Gesetz, das man jetzt also gewisse Produktionen erstmal für 4 bis 8 Jahre zeitbegrenzt mit den und den Emissionswerten usw. zuläßt. Nach dieser Zeit sind diese Zulassungen nicht mehr in dem Sinne rechtsicher, d.h. also, falls da unter anderem eine bessere Methode zur Produktion von Stoffen oder von Produkten bekannt ist, kann die Behörde vorschreiben, das die angewendet wird. Das ist ungeheuer explosiv eigentlich und es gibt eine Reihe Probleme.

Probiert hat man es natürlich noch nicht, weil das Gesetz erst letztens eingeführt worden ist, aber da ist irgendwo der Knüppel in der Luft, d.h. also, ich glaube schon, daß das einen großen Einfluß auf die Planung von Industrieanlagen oder industriellen Produktionsprozessen hat. Gut die beiden Punkte sind wichtig, ich komme ganz kurz nachher darauf zurück.

—Datenerfassung Sonderabfall

Sonderabfall war der zweite Unterpunkt bei der Beschreibung des Systemes. Wir haben ein zentrales Anmeldeverfahren, alle Fabriken müssen anmelden was sie produzieren und wieviel Sonderabfall dabei herauskommt. Diese Zahlen werden weiter geleitet an das Kommune Chemie System, wo man jetzt zur Zeit ein EDV-System aufbaut, so daß man also zumindest erst einmal historisch verfolgen kann was da in den Fabriken passiert. Das kann natürlich eine gute Ausgangsposition sein, das man dann irgendwann mal dahin kommt, nicht nur die historischen Werte zu vergleichen, sondern auch die produk-

tionsspezifischen Werte und sagt, gut so und soviel Tonnen Abfall für so und soviel Tonnen Output, wie sieht eure Output-Kurve aus, warum habt ihr das erreicht. Das gibt auch Möglichkeiten, dann produktionspezifisch zu denken und eventuell diese Zahlen zu gebrauchen um andere Fabriken damit zu konfrontieren.

Wir haben also das Meldeverfahren, der Abfall wird dann in den verschiedenen Sammelssystemen gesammelt und dem System sozusagen übergeben. Das Ganze wird mit dem bekannten Begleitscheinverfahren usw. organisiert und dann der zentralen Verbrennung zugeführt, ab einer bestimmten Sammelstruktur ist das Ganze einfach, sagen wir mal vom System kontrolliert

Das klingt jetzt so ein bißchen nach Orwell, aber vielleicht hat man so etwas auch nötig in dem Zusammenhang. d.h. also man hat ein relativ straffes Erfassungssystem und nachgelagert natürlich eine Behandlung, was ja auch gute Möglichkeiten gibt im Bezug auf die Ausgliederung und Nichtvermischung von Abfällen. Das muß man auch dazu sehen, daß das ja nun der große Trend ist, wenn man schon den Abfall hat, dann um Gottes Willen nichts vermischen.

Gut, das war zum physischen Sonderabfall. Die Anlage als solche ist zur Zeit vollständig ausgelastet, mit ca. 110 - 120 000 Tonnen per Jahr. Da gibt es natürlich die Drehrohröfen und verschiedene Rauchgasanlagen und es gibt verschiedene physikalische und chemische Behandlungsmethoden. Wir brauchen nicht darauf einzugehen. Man baut zur Zeit die Anlage um, so daß eine Kapazitätserweiterung auf 150 000 Jahrestonnen erreicht wird im nächsten Jahr.

Dieser Umbau war sehr umstritten, es gab da Entscheidungen mit einer Stimme Mehrheit und wieder Gegenentscheidungen usw.. Er ließ sich wahrscheinlich nur deswegen durchführen, weil im Zuge des technischen Fortschrittes garantiert wurde, und das muß man natürlich so hinnehmen, daß die Gesamtemissionen verringert werden konnten. D.h. also man hat neue Verfahren entdeckt gegenüber den Verfahren die man vor 6 oder 8 oder vor 15 Jahren hatte, was ja nun kein Wunder ist.

Jetzt habe ich, ganz interessant, in den letzten Tagen gehört, daß von Kommune Chemie gesagt wurde, das der Anfall des abgelieferten Abfalls sich deutlich verringert habe. Auch, sagen wir mal, der prozentuale Anteil an Schwermetallen oder ähnlichen Stoffen in dem eigentlichen Abfall habe sich verringert, das ist eine ganz interessante Erklärung, ob die nun stimmt weiß ich nicht.

Es gibt andere Seiten, die sagen, das wir jetzt mit den 150 000 Tonnen schon wieder einer Unterversorgung entgegen streben. Was dabei herauskommt weiß ich nicht. Das war nur eine aktuelle Diskussion, weil man unter Umständen einen zweiten Standort für eine neue Anlage suchte. Da gab es natürlich auch wieder diese bekannten Effekte, auf der einen Seite waren sehr starke Bürgergruppen, die in bestimmten Bereichen einfach politisch Druck ausüben konnten, und gesagt haben, es soll nicht hier sein, weil wir hier also entweder Grundwasser oder ähnliche Probleme oder Vorteile haben, auf der anderen Seite gab es natürlich die Gemeinden die vielleicht eine hohe Arbeitslosigkeit hatten und wo der Bürgermeister dann seinen Schnitt gekommen sah um die Anlage zu errichten. Das

ist natürlich eine Sache mit der man auch immer rechnen muß.

Im Augenblick ist die zweite Anlage gestoppt und interessant natürlich das der jetzige Umweltminister ganz klar umprioritiert in Richtung abfallarme Technologien. Wie kurzfristig, langfristig das ist werden wir sehen. Das ist ein Problem für sich selber. Gut, das war der zweite Punkt zur Kommun-Chemie.

— abfallarme Technologie —

Der dritte Punkt ist abfallarme Technologie. Was ist das eigentlich? Worüber sprechen wir? Nur zur Begriffserklärung: Es gibt viele Definitionen, ich will das gar nicht hier auswalzen, aber es sind einige Sachen, die man vielleicht prinzipiell sich noch mal vergegenwärtigen sollte. Ich hoffe nicht, daß das langweilt, das ist hier unser Weltmodell.

So sieht die Welt aus. CT steht also für Cleaner Technologie und Receycling. Das Ganze ist eigentlich ein Produktkreislauf. Und damit kommen wir auf einen der ganz wichtigen Punkte, das man hier nicht so sehr auf die Produktion gucken soll, sondern das man hier in den nächsten Jahren viel mehr in viel höherem Grad die Produkte angucken muß. Abfallarme Technologie muß über den Begriff abfallarme Prozesse hinausgehen.

Die Prozesse die hat man irgendwann mal mehr oder weniger im Griff. Der Großteil der Schwermetalle, der Großteil der Problemstoffe steckt ja in den Produkten. Und es sind die Produkte, die hinterher die Probleme bereiten. Wir haben also hier Rohstoffe, die natürlich aus der Natur entnommen werden, also damit eine Naturbelastung darstellen.

Die Produktionstoffe gehen in einen Produktionsprozess der

entweder die Umwelt direkt belastet oder zum Konsumgut oder zu einem Rest- oder Nebenprodukt wird. Das Konsumgut oder das Produkt als solches wird entweder verbraucht, führt zu einer direkten Umweltbelastung oder wird auch zu einem Restprodukt, das dann behandelt, gesammelt usw. wird. Diese Behandlung kann entweder in Form des Recycling führen oder kann zur direkten Umweltbelastung führen, genauso wie Recycling als Produktionsprozess auch zu einer Belastung der Umwelt führt. Das heißt also man müßte im Prinzip die Pfeile die unten in die Umwelt hineingehen oder die Belastungen minimieren und versuchen, hier zu einem Recycling zu kommen.

Recycling ist aber, und das ist ganz wichtig das man das versteht, eigentlich nur eine Behandlung von Abfall, der entstanden ist. Recycling ist in dem Sinne kaum die eigentliche Abfallvermeidung nicht der vorbeugende Umweltschutz und als Abfallvermeidung würde ich immer nur den vorbeugenden Umweltschutz betrachten.

Genauso wie Recycling meiner Auffassung nach nur das physische Recycling betreffen kann und nicht Energierecycling. Das wird ja immer von vielen Leuten gesagt, wir recyceln auch weil wir verbrennen. Das ist aber man produziert Energie und dann ist sie auch weg. Da ist kein Kreislauf. Das ist nur eine Weiterausnutzung oder eine thermische Ausnutzung.

Das grüne Feld, vielleicht kann man es so sehen, das ist der eigentliche Recycling-Kreislauf, und da kann man sehen, das einige der Pfeile die in die Umwelt führen, davon nicht betroffen werden. Das heißt also, wir müssen über das Wiederverwerten, so wichtig und so gut das auch ist, hinausdenken

und mehr dem vorbeugenden Umweltschutz unser Augenmerk widmen. D.h. also das wir hier präventiv handeln müssen. Gut, das war also unser Weltmodell.

Folie Abfallarme Technologie:

- a) Änderung von Rohstoff/Halbfabrikat
- b) Änderung von Produktionsprozessen
- c) Änderung von Produktgestaltung
- d) Kombination a,b,c

Wenn man jetzt also diesen Begriff abfallarme Technologien anguckt, es gibt da Begriffe wie Low- and Nonwaste-, Cleantechology, das ist der schlimmste Begriff den es gibt, denn keine Technologie oder kein industrieller Produktionsprozess ist clean. Jede Tätigkeit die wir uns vornehmen, egal ob wir Kaffee trinken oder ob wir ein Auto produzieren führt zu einer Umweltbelastung. Daher gibt es kein Cleantechnologies, denn wenn irgend etwa clean ist, dann brauchen wir es nicht mehr sauberer oder sauberer zu machen. Deswegen also abfallarm oder sauberer vielleicht benutzen. Da gibt es also diese vier Möglichkeiten, entsprechend dem Weltmodell. Man kann also auf der Inputseite was machen, das ist je nach Branche natürlich verschieden.

In der Lebensmittelbranche kann man wenig am Input ändern, dafür natürlich in der Automobil- oder in der chemischen Industrie. Man kann den Produktionsprozess modifizieren und das wichtigste eben, Änderung der Produktgestaltung. Da liegen viele Möglichkeiten. Früher hatte man, um mal so ganz banale Beispiele zu sagen, massive Eisenträger, die man dann ersetzt hat durch vielleicht Gitterkonstruktionen oder Lamellenkonstruktionen. Das ist typische Produktgestaltung und da kann man verschiedene Formen

erfinden. Wir brauchen hier keine Vorlesung darüber zu machen, aber das ist der Schlüsselpunkt der Politik der nächsten Jahre. Oft kann das nur erreicht werden durch eine Kombination dieser drei Faktoren. Das sind also die abfallarmen Technologien und da haben wir also in Dänemark angefangen darüber zu arbeiten, unter anderem in einem Gesetz von 1984, wo man Zuschüsse dazu bekommen konnte.

Diese Zuschüsse wurden von der Industrie nur zögernd angenommen oder nicht ausgenutzt, d.h. also es wurde erkannt, daß man was neues machen mußte. Deswegen hatte man, um das jetzt zu erzählen ein sogenanntes Entwicklungsprogramm 1987 gestartet, das ungefähr 15 - 16 Millionen DM für drei Jahre hatte, wo man sagte, wir wollen mal versuchen wie verschiedene Instrumente greifen.

Folie Entwicklungsprogramm abfallarme Technologie, 1987-1989

1. Information über abfallarme Technologien
2. Aufbau eines Daten- und Informationssystems
3. Branchenanalyse
4. Technologieanalyse
5. Entwicklungsprojekte/Versuche
6. Demonstrationsprojekte (bis 100 % Förderung)
7. Anlage Investitionen (gestrichen)
8. Informationskampagne
9. Beratung

Im Laufe der ersten anderthalb Jahren haben wir schon über 12 Millionen DM verbraten. Wir haben auch andere Mittel, die über diese Abgabe, die ich vorher erwähnt habe, kommen. Dieses Entwicklungsprogramm ist also, wie viele andere Programme, in Unterpunkte eingeteilt, das sind sog. Elemente.

Das wichtigste sind natürlich erstmal Informationen und

Transfer von Informationen über abfallarme Technologien. Das ist ein unheimlich kompliziertes und schwieriges Gebiet, denn die meisten Patente oder Beschreibungen von Produktionsverfahren sind traditionell auf das Patent oder auf das Produktionsverfahren beschränkt. Es gibt kaum Patente oder keine Patente die umweltrelevante Informationen haben. Da wird nie gesagt, wieviele Nebenprodukte wir haben oder welche Probleme da mit den Nebenprodukten bestehen.

Die Patente oder genau wie unsere Ausbildung beschränken sich auf: "Du mußt einen Kugelschreiber produzieren und was brauchst du, ja du brauchst 5 Gramm Plastik und das und das und das und das schraubt du so und so zusammen und fertig." Damit hört unsere Wissenschaft auf. Sowohl die Ingenieurausbildung als auch sagen wir mal die Information die zugänglich ist. D.h. da liegt ein riesiger Nachholbedarf, daß man hier mal versucht eine milieu- oder umweltmäßige Bewertung hereinzuholen und diese Informationen müssen zugänglich gemacht werden. Bei der dänischen Industrie jedenfalls, wo ein Großteil der Unternehmen klein sind im Maßstab mit 20, 30 oder 5 oder 40 Leuten, haben die Leute einfach keine Zeit sich stundenlang auf Konferenzen oder ähnlichen Symposien herumzutreiben oder nach Kopenhagen überzufliegen.

Da muß man also hier von der Regierung aus aktiv dabei sein. Das soll nun also zu einer Daten- und Informationssammlung führen. Dann soll man die Branchen mal irgendwann richtig definieren, richtig analysieren, was ist da, was passiert da, welches Trends sind da, welche Technologien gibt es und was kann überführt werden. Das führt zu Versuchen oder Entwicklungsprojekten, und da ha-

ben wir sehr gute Erfolge gehabt, da komm ich in meinen Schlußfolgerungen drauf zurück. Dann Demonstrationsprojekte, wo wir bis zu 100% von neuen Technologien einfach fördern und sagen, gut, wenn die Technologie im Ausland bekannt ist, unser Interesse ist, daß sie so schnell wie möglich nach Dänemark kommt, kauft die Anlage. Da gibt es dann eben bis zu 100% Zuschuß, um zeigen zu können, so läuft das und um damit auch eine Handhabe zu haben, bei kommenden Gesetzgebungen zu sagen, gut, also hier es ist nicht mehr nötig, das so und so zu machen, man kann es so machen. Es gibt aber riesige juristische Probleme.

Ja, gut, dann Zuschuß zu irgendwelchen Anlageproduktionen, den Punkt haben wir vorläufig gestrichen, weil das u.U. zu einer stationären Politik führt. In dem Moment wo man eine Technologie zementiert und sagt, gut baut Eure Anlagen so, ist ja das Technologieverhalten der Unternehmen in den nächsten 10 Jahren festgelegt. Die müssen ja ihre Maschine abschreiben und die müssen erst mal das Geld wieder verdienen, was mit der existierenden Technologie produziert wird.

Na ja, Informationskampagnen ist klar, da muß also kräftig die Trommel gerührt werden, da müssen vielleicht gewisse Branchen zusammengeführt werden, da muß die Infrastruktur aktiviert werden und ein Beratungsjahr schwebt uns vor, das man dann von zentraler Seite oder von fachlich kompetenter Seite in die Branchen hineingeht und wirklich aktiv Betriebe mal analysiert. Wir haben also ein Entwicklungsprogramm, da sitzen 5 Akademiker dran und zwei Sekretäre für dies kleine Programm, das ist immerhin schon recht viel finde ich, im Vergleich zu anderen Ländern. Es werden jetzt vielmehr werden.

Da haben wir uns aus Erfahrung einfach beschränkt auf Industrien, auf gewisse Branchen, das würde ich immer empfehlen, um das nicht zu sehr zu splitten, auch um ein Energieeffekt oder so ein Effekt der Zusammenarbeit zu erreichen.

Wir haben also die metallverarbeitende Industrie, die Holz-Möbelindustrie, typisch für Dänemark, Lebensmittelindustrie, auch wahrscheinlich typisch für Dänemark, aufgegriffen und wenden uns auch besonderen aktuellen Umweltproblemen zu, d.h. also das wir hier Quecksilber oder PCB-Sachen aktuell aufgreifen können. Das nur als Konzeption. Dies Programm wird jetzt überarbeitet in Bezug auf eine Fortsetzung. Gut, das war die dänische Seite jetzt.

Interessant ist natürlich für alle hier, auch wenn ich die Zeit ein bißchen überschreite, das wir hier natürlich Erfahrung haben oder Schlußfolgerungen. Ich nenne nur einige die ich mir hier mal notiert habe: Erfahrung / Barrieren, das entspricht also Informationsdefizite.

Folie Erfahrungen/Barrieren:

1. Informationsdefizite
2. Umweltgesetze helfen
3. Umweltschutz kostet Geld - finanzielle Hilfen erforderlich
4. Risikobereitschaft ist gering - lieber auf sicheres zurückgreifen, auch wenn es 20 Jahre alt ist
5. Angst vor Verschärfung der Gesetze - Wirtschaft ist verunsichert
6. Aktiver Einsatz
7. Abfallarme Technologien - mehr als Änderung von Produktionsprozessen
8. Abfallarme Technologien fordern Zeit

Wenn man wirklich in die Betriebe geht, wird man feststellen, wie erstaunlich das ist,

welche Informationsdefizite, Informationsbedarf die Leute einfach haben. Das ist schon mal sehr wichtig.

Wir haben Untersuchungen gemacht in der Fischindustrie, wo man einfach durch ganz einfache Informationen schon über 50% der organischen Belastung rauskriegen konnte oder 60 - 70 % des Wasserverbrauchs konnten gedrosselt werden mit der Möglichkeit der anschließenden Aufkonzentrierung von z. B. org. Stoffen oder ähnlichen.

Gut, ein Punkt den ich beschrieben habe mit: 'Umweltgesetze helfen'. Wenn man Geld hat und bietet das an, das nützt nichts, wenn man die Anlagen zu 110 - 120 % finanziert. Es sind zwei Sachen, die in der Umweltpolitik helfen: Entweder Geld oder der Knüppel. Zuckerbrot und Peitsche, nennt man das wohl, ja. Da muß man ganz klar sagen, wenn die Umweltgesetzgebung nicht parallel oder vorneweg läuft, zu irgendwelchen Forschungsprogrammen im Bereich abfallarme Technologie nützt das nichts. Da werden die Firmen einfach sagen, gut, solange es für mich rentabel ist, meine alte Maschine oder meinen alten Produktionsapparat weiter laufen zu lassen, dann machen die das. Oder solange es eben billiger ist den Abfall wegzuschmeißen, als sich Gedanken darüber zu machen, was mit ihm passieren soll, dann wird es so gemacht. Da können wir mit idealistischen Augen sagen, ja wollt ihr nicht, warum macht ihr nicht, Zuckerbrot oder Peitsche, ja. Eine Kombination von beiden ist vielleicht auch eine gute Sache.

Man muß da auch ganz klar sagen, wenn man jetzt mal industriell die Entwicklungsgeschichte durchguckt, hat es immer irgendwelche Fak-

toren gegeben, die zu einer Reorganisation der Industrie und der industriellen Produktionsprozessen geführt haben.

Die Erfindung der Elektrizität war vielleicht der erste revolutionäre Durchbruch von neuen Denkmethode. Dann gab es ja diese verschiedenen Krisen, Energiekrise, dann gab es Ölkrise und dann gab es Kohle und dann gab es das Problem, das plötzlich Arbeitskraft eine Krise war. Jetzt ist das Millieu einfach der Ausgangspunkt für ein neues Screening, Durchdenken von industriellen Produktionsprozessen.

Das muß man den Leuten auch mal ganz klar sagen, daß das nicht nur millieumäßig oder umweltmäßig riesige Vorteile bringt. Es gibt ganz neue Produktionsverfahren, die ohne den Anstoß von der Millieuseite her nicht erfunden worden wären. Und dann muß man denen auch sagen, ihr könnt euch ruhig auf die Hinterbeine stellen, wenn ihr das nicht erfindet, sind es andere und dann seit ihr hintendran mit der technologischen Entwicklung. Das ist eine Begründung die die Firmen so langsam verstehen bei uns, das ist interessant.

Umweltschutz kostet natürlich Geld, das ist eine politische Prioritätssetzung. Da muß man, wenn man erkennt, daß irgendwelche Technologien weiterentwickelt sind, dann muß der Staat eben sagen, gut wir müssen dafür bezahlen. Umweltschutz, reine Luft, reines Wasser usw. das kostet Geld und da meine ich muß man die Wirtschaftsstruktur schon berücksichtigen und das fordert hier die Politiker. Daß da also auch Gelder in den Umweltschutzbereich verlagert werden müssen, das ist meine Auffassung, wenn man da wirklich Prioritäten setzen will, müssen

die entsprechenden Gelder kommen.

Dann ein wichtiger Punkt ist, daß die Risikobereitschaft sehr gering ist, d.h. also Techniker, oder Unternehmen, oder Ingenieure oder wer auch immer, lieber auf etwas bekanntes, auf etwas sicheres zurückgreifen. Die Technologie, mit der man 20 Jahre lang einigermaßen fahren konnte, die wird im Zweifelsfall immer gewählt. Da muß man vielleicht auch Aufklärungsarbeit leisten, oder die Risikobereitschaft unterstützen. Gut, eine wichtige Sache ist die Furcht vor Verschärfung der Gesetze. In dem Moment, wo man eine Gesetzgebung hat, die Zeichen an die Wand malt, glaube ich schon, daß die Wirtschaft sehr verunsichert ist. Also das sieht man bei Wahlen, wo man nicht weiß ob eine bürgerliche oder eine sozialdemokratische Regierung dran kommt, da fallen die Börsenkurse. Das kann ja nur heißen, das also da die Unsicherheit vor der Zukunft die Leute doch irgendwie reagieren läßt und da muß man schon sagen, daß man dieses Instrument Verschärfung der Gesetze immer im Hintergrund haben sollte.

Aktiver Einsatz: Es nutzt nichts einfach Geld hinzustellen und zu sagen, bedient euch, wenn ihr Lust habt, da muß man schon aktiv was machen. Der wichtigste Punkt ist natürlich hier abfallarme Technologien, Mehrheitsänderungen von Produktionsprozessen. Das ist wirklich ein Punkt über den man sich noch nicht so richtig im klaren ist. In dem Augenblick, wo man reinkommt und sagt, gut wir müssen die Produkte ändern, heißt es ja, daß der Staat im Prinzip Vorschriften machen muß, wie ein Produkt zusammengesetzt sein soll, was nicht drin sein darf usw.. Da hat man gewisse Produkte, wenn es aktuell gefährlich ist oder wenn

Kinder einen Plastikklötzchen essen und man weiß, da ist Kadmium drin. Das ist gefährlich, akut, usw. und die können sofort tot umfallen. Dann ist man bereit, ich übertreibe das jetzt natürlich, das als gefährlichst anzuerkennen.

Aber alle die Stoffe die später mal zusammenkommen, egal ob es Hausmüllverbrennung ist oder Industriemüllverbrennung, da haben wir noch gar keine Gesetzgebung und das wird auch durch die Harmonisierung der EG nicht besser, im Gegenteil.

Da muß man schon mal sagen, daß man hier, also wenn man das fordert, das wir jetzt Einfluß auf die Produktgestaltung nehmen wollen, daß das ja ein riesig weitgehender politischer Prozess ist. Der ist wünschenswert wenn man das durchführen kann, aber er greift natürlich unheimlich weit ein in die unternehmerischen Freiheiten, die wir haben, auch in die Verbrauchsfreiheiten. Da müssen wir ganz klar sagen, daß unser persönlicher Alltag berührt sein wird. Aber das ist einfach das Problem, wenn man hier auf dem Umweltgebiet arbeitet, das zu bewältigen ist. Allein die Tatsache, daß wir hier im tagtäglichen Bereich Sachen gebrauchen, die erst in dem Augenblick zu Giftmüll oder Sondermüll werden, wenn wir sie abliefern, beim Gebrauch sagt keiner was, aber wenn wir sie abliefern, und sagen, bitte beseitigt das, da ist es mit einmal Giftmüll. Das muß einem doch schon mal zeigen das da riesige Probleme sind. Dann gibt es natürlich diese Probleme, daß wir viele Stoffe machen, die als solche gar nicht kritisch sind, aber die erst in einer Kombination bei der Verbrennung oder bei der Deponie zu Sondermüll werden. Da kommen riesige Probleme.

Das heißt also, wir müssen viel mehr in den Bereich hineingehen, der Produktforschung, Produktgestaltung heißt. Abfallarme Technologien, ein langwieriger Produktionsprozess, ja auch da muß man sehen, daß auch solche Veranstaltungen wie heute, daß das eine riesen Zeit gebraucht.

Ich habe hier eine amerikanische Veröffentlichung, nicht weil ich unheimlich begeistert bin, aber ich habe keine anderen Zeilen gefunden, leider nur auf englisch, das bitte ich zu entschuldigen. Die zeigt eben, ob die Zahlen nun so stimmen, ist ja eine andere Sache, aber das man da in Jahren, 5 Jahren, 10 Jahresfristen rechnen muß, wenn man versucht hier mal Technologien umzugestalten. Und das Problem ist ja auch der Schlüsselpunkt von heute. Die Planung, Durchführung und Errichtung von Sonderabfallanlagen das dauert halt 5, 8 oder 10 Jahre. Genauso muß man es auch sehen bei industriellen Produktionsprozessen, wenn man da irgend etwas entsprechend diesem Schema ändern will, dann ist der Zeitbedarf unheimlich lang. Das macht also hier diese Politik auf diesem Gebiet zu einem langfristigen Zeitproblem. So ich bin jetzt fast am Ende.

Aktuell will ich nur ganz kurz noch zu Dänemark was sagen. Wir haben hier eine bürgerliche Regierung, die hatten wir auch die letzten drei Jahre davor, aber das ist jetzt neu, weil die sogenannte Grüne Mehrheit oder Opposition gesprengt wurde, es gibt da eine Metapartei FDP-artig, die vorher zumindest in Fragen Militär und Umwelt mit der Opposition, mit den Sozialdemokraten usw. gestimmt hat, diese Mehrheit ist gesprengt, d.h. also die sind jetzt fest eingebunden in das Regierungslager. Das hat zu Problemen geführt, zu putzigen

Effekten, denn die hatten vorher eine recht scharfe Umweltpolitik, die wird jetzt so langsam Stück für Stück umgebaut, aber die Tendenz ist weg, daß man eben gesagt hat, wir müssen reparieren und wir müssen aufräumen, jetzt wird also sehr viel mehr Geld in den nächsten paar Jahren in den vorbeugenden Umweltschutz gesteckt. Das sind jetzt zumal die verbalen Tendenzen. Gut, ich will hier Schluß machen. Ich will nur sagen, daß eine ganz wichtige Sache meines Erachtens ist, daß hier der Druck vom Markt oder vom Verbraucher auch eine Sache ist, die aufgebaut werden soll. Symptomatisch für dieses Problem ist ja vielleicht auch, daß eben die Verbraucherverbände oder die Leute, die hier eigentlich dazu was sagen sollten, nichts dazu

sagen können. Einfach auch weil Verbraucher als solche ja immerhin immer noch eine nicht organisierte Masse sind. Wenn man sich überlegt, wieviele Leute Rabattmarken kleben, und wenn man sich überlegt, wieviele Leute in Verbraucherorganisationen aktiv ihre Interessen wahren, kann man sehen, daß man also auch hier was machen kann, auch im kleinen Bereich und vielleicht auch über den lokalen Supermarkt hinaus. Deswegen würde ich sagen, muß man hier die Verbraucherseite doch auch stärker fördern. Ich hoffe, daß das erst mal ein kurzer Überblick war über das was wir in Dänemark gemacht haben, auch über gewisse Entwicklungstendenzen und ich bin sicher, das es später noch ein paar Fragen geben wird.

Handel mit Müll verurteilt

BERLIN, 26. September (epd). Rund 150 Umweltschutzorganisationen aus aller Welt haben in Berlin am Rande des Kongresses „Umweltzerstörung und Weltbank“ den internationalen Handel mit Abfallstoffen verurteilt. Das teilte der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) am Montag in Berlin mit. In einer „Toxic Waste Resolution“ forderten die Umweltschützer, alle grenzüberschreitende Abfalltransporte zu verbieten sowie Garantien für die Vermeidung des Abfallaufkommens und strenge Auflagen an die multinationalen Konzerne, was den Anfall von Müll, seine Lagerung und Beseitigung angehe.

Atommüll darf weiter illegal auf Firmengelände lagern

Staatsanwaltschaft Braunschweig: Gesetzestreue ist unmöglich

BRAUNSCHWEIG, 5. August (dpa). Die Braunschweiger Firma Amersham-Buchler kann nicht dafür bestraft werden, daß sie defekte Fässer mit radioaktiven Abfällen illegal auf ihrem Gelände liegenläßt. Das ist die Auffassung der Braunschweiger Staatsanwaltschaft, der eine Strafanzeige gegen das Unternehmen vorlag. Der Staat müsse, wenn er eine sichere Lagerung des Mülls verlangt, auch Voraussetzungen dafür schaffen, daß der Bürger in der Lage ist, sich gesetzmäßig zu verhalten, betonte Behördensprecher Hans-Jürgen Grasmann am Donnerstag. Bisher aber gebe es keine Endlager in der Bundesrepublik.

Die Grünen im niedersächsischen Landtag hatten am gleichen Tage bemängelt, daß auf dem Gelände von Amersham-Buchler elf Atommüll-Fässer illegal gelagert werden. Auf eine Strafanzeige der Grünen-Ratsfraktion Salzgitter vom Januar hatte Staatsanwältin Ulrike Hopf jetzt mitgeteilt, der Fall könne nicht weiter verfolgt werden. Die Begründung, daß

„eine Strafverfolgung nicht in Frage kommt, weil ein gesetzmäßiges Handeln dem Beschuldigten in diesem Fall aus tatsächlichen Gründen unmöglich ist“, wurde vom Atomexperten der Grünen, Hannes Kempmann, als „atemberaubend abenteuerlich“ kritisiert.

Die Fässer waren am 6. Januar von der Steyerberger Landessammelstelle zurückgegeben worden, nachdem an fünf Fässern auffällige Bläherscheinungen und an sechs weiteren Korrosionsschäden festgestellt worden waren, und eine sichere Lagerung nicht gewährleistet werden konnte. Nun sei bei der Lagerung der defekten Fässer nach Ansicht der Braunschweiger Staatsanwältin zwar der Tatbestand der umweltgefährdenden Abfallbeseitigung erfüllt, doch das Verfahren sei eingestellt worden. Die niederländisch-deutsche Firma am Rande Braunschweigs stellt unter anderem Isotope für die Nuklearmedizin her und nimmt mit Erlaubnis des Gewerbeaufsichtsamts den radioaktiven Abfall von den Kunden zurück.

Vortrag Christoph Ewen, Öko-Institut Darmstadt

Prognosen und Szenarien f.d. BRD

Am Anfang Anmerkungen zur Diskussion:

Ich finde, also wir haben hier einen Experten aus Dänemark, aus dem Land, wo die Politiker schon eine ganze Menge weitergegangen sind in Richtung Vermeidung. Ich denke, daß nachher in der Arbeitsgruppe man auch darüber reden sollte, was die Unterschiede zwischen Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland sind und nicht sich über die Probleme Verbrennungsanlagen streiten sollte. Ich denke, die Chance hat man nicht so oft, jemand zu haben, der eben solche Durchsetzung von abfallarmen Technologien schon mal von der Umweltbehörde aus probiert hat und auch tatsächlich die Schwierigkeiten zeigen kann. Also da ist Dänemark wirklich schon zehn Jahre weiter als die Bundesrepublik, denke ich. Aber das nur als eine kurze Bemerkung zu der Diskussion. Mein Thema schließt sich insofern an die letzte Folie von Klaus Müller an, bis wann abfallarme Technologien greifen, 1 Jahr bis 15 Jahre habe ich gesehen.

Das ist natürlich entscheidend für das worüber ich berichten soll, nämlich über Prognosen, Szenarien, über das Sonderabfallaufkommen der Bundesrepublik Deutschland. Ein relativ undankbares Thema, weil es mit viel Zahlen zusammenhängt und auch einige Zahlenspielerien und Zahlenauberei verlangt, aber ich werde mein bestes versuchen. 1. Warum braucht man Prognosen überhaupt? Das ist einfach in der Ausbildung eines planerischen Ingenieurs eine der wichtigsten Lehrinhalte, daß er lernt, wenn er eine Planung durchführt, daß er zuerst eine Analyse der konkreten Situation des Problems beginnen soll und daraufhin die Prognose erstellen soll, weil Anlagen der technischen Infrastruktur Abschreibungszeiten zwischen 5 und 50 Jahren haben und natürlich eine Anlage vollkommen unsinnig ist, wenn sie nur auf die heutige Situation hin geplant wird. Es bezieht sich nicht nur auf Anlagen, sondern auf ganze Zweige der technischen Infrastruktur, das ist auch gang und gebe in der Wasserversorgung, in der Energieversorgung, in

der Abwasserbeseitigung.

Es ist nur überhaupt nicht Stand der Technik in der Abfallbeseitigung, speziell in der Sonderabfallbeseitigung. Also Prognosen sind eigentlich Stand der Technik in der Planung von Anlagen der technischen Infrastruktur. Beginnen muß man aber bei der heutigen Situation, das erste ist die Analyse der heutigen Situation. Da ist die Frage, weiß man, überhaupt korrekt, wieviele Sonderabfälle es heute gibt? Weiß man was überhaupt Sonderabfälle sind? Da wißt ihr wahrscheinlich schon eine ganze Menge oder da wissen Sie schon eine ganze Menge. Ich will trotzdem mal kurz aufreißen, was die Probleme sind. Wir haben verschiedene Kategorien an Sonderabfällen. Wir haben erstmal die sog. 2-2er Sonderabfälle, die in den 70er Jahren von dem Gesetzgeber als besonders gefährlich bezeichnet wurden, ungefähr 80 Sonderabfallarten. Bei der letzten Erhebung hatten wir zweieinhalb Millionen Tonnen Abfall. Dann haben wir die nachweispflichtigen Sonderabfälle. Es gibt laut Abfallgesetz die Möglichkeit für die Bundesländer bestimmte Abfälle, die sie als gefährlich ansehen, über diese 2-2er Abfälle, über diese zweieinhalb Millionen hinaus als nachweispflichtig zu deklarieren und damit dem Nachweis Begleitscheinverfahren unterliegen zu lassen. Das sind nach der Begleitscheinauswertung von 1983 nochmal ungefähr so viele. Insgesamt sind es dann fünf Millionen Tonnen gefährliche Sonderabfälle. So, die Rückstände aus dem produzierenden Gewerbe, wenn man der Statistik glauben darf, sind es insgesamt 200 Millionen Tonnen. 200 Millionen Tonnen da ist sicherlich eine ganze Menge relativ ungefährliches Zeug dabei, Bodenaushub, Straßenaufbruch, aber auch eine ganze Menge mehr gefährliches Zeug als die fünf Millionen Tonnen. Irgendwo dazwischen werden die Zahlen liegen.

Das beruht aber auf der Annahme, daß die Zahlen der Statistik so ungefähr das Abfallgeschehen abbilden würden. Ich hab da mal einen sehr schönen

Satz gehört. Ich hoffe, daß ich den noch zusammenkriege. Die ganzen statistischen Zahlen sind eigentlich das, auf was sich die Abfallwirtschaftler als Konventionen geeinigt haben, welche Mengen anfallen würden, also eine Vorstellung eigentlich, weil das eine ganze Menge Gründe gibt, warum diese Zahlen nicht stimmen.

1. Das die Dilemma Wirtschaftsgut Abfall, hat der Andreas Arendts heute morgen schon aufgeführt. Es ist relativ leicht einen Abfall als Wirtschaftsgut umzudeklarieren. Es gibt da eine ganze Menge Waschanlagen, in Zwischenlagern und chemisch-physikalischen Behandlungsanlagen, in denen das möglich ist. So, dann kommt dazu, wenn man sich überlegt, wie sich das entwickelt, daß die heutige Gesetzgebung zum Abfall ja im Umbruch begriffen ist. D.h. nächstes Jahr oder übernächstes Jahr werden wir einen neuen Sonderabfallbegriff haben und dann werden ungefähr 360 Abfallarten nachweispflichtig sein. Also dann werden die ganzen Zahlen wieder umgeschmissen werden, wir werden plötzlich sehr viel mehr Sonderabfälle haben. Das nur zu einer Beschreibung, wie die heutige Sonderabfallsituation einzuschätzen ist. Also mit diesen Zahlen, zweieinhalb Millionen oder fünf Millionen oder 200 Millionen kann ich eigentlich nicht viel anfangen. Darauf basierend ist natürlich auch die zukünftige Entwicklung nebulös, wenn schon die heutige Situation schwierig ist. Das hängt davon ab, ich hab eben schon gesagt, vom gesetzlichen Rahmen TA Abfall, das hängt natürlich noch viel mehr davon ab, was in den nächsten 15 Jahren passiert.

Ob die Industrie umstrukturiert wird oder sich umstrukturiert, wie Klaus Müller gesagt hat, und wir tatsächlich abfallärmere Technologien bekommen oder nicht. Das hängt davon ab, wie die Politiker sich durchsetzen, wenn sie es tatsächlich ernst meinen und es hängt natürlich auch von etwas anderem ab, nämlich dem Wirtschaftswachstum. Wenn wir annehmen, heute brauchen wir für die Tonne Stahl, was weiß ich, sagen wir mal 8 Tonnen Abfallerzeugung, und wir produzieren in 10 Jahren das doppelte an

Stahl, nur mal angenommen, das ist ein schlechtes Beispiel, aber dann haben wir natürlich die doppelte Abfallmenge, das muß auch berücksichtigt werden. Zum ersten Punkt, zur Vermeidung, das sind natürlich nicht so schöne bunte Folien, aber ich hoffe, daß sie trotzdem einigermaßen erkennbar sind. Ich werde aber auch kurz was darüber sagen.

Thema, der erste Punkt, Vermeidung, wird in 10 Jahren oder in 15 Jahren noch genauso viel Sonderabfall pro Produkt anfallen, wie heute anfällt? Da gibt es die berühmte Studie von einem Herrn Sutter vom Umweltbundesamt, die sie meistens wahrscheinlich kennen, der sagt, bis 1989, also die Studie ist von 1987, bis 1989 ist ungefähr ein Drittel des heutigen Sonderabfallaufkommens vermeidbar und bis 1990 50% bis 60%. Der Herr Sutter, der hat das also im Umweltbundesamt relativ alleine gerechnet, hat da auch nicht sehr viel Widerhall bekommen im Umweltbundesamt und wenn es jetzt um so Vorträge geht, dann wird oft ein anderer Herr namens Schmidt-Tegger geschickt, weil die Zahlen des Herrn Sutters nicht so ganz populär sind, weil sie nämlich bedeuten, daß wir gar nicht so viel Sonderabfallbeseitigungskapazität brauchen.

Also de facto heißt das, wenn wir annehmen, wir sind heute ausreichend versorgt, dann brauchen wir in 10 Jahren nur noch ein Drittel der heutigen Beseitigungskapazität. Er ist dabei, hat er mir gesagt, für die neue Begleitscheinauswertung von 1984 und 1985 ähnliche Prozente zusammenzurechnen. Da kann man nur gespannt drauf sein. Wohl gemerkt, das Wirtschaftswachstum ist hier nicht dabei. Also sind auf der heutigen Basis eigentlich mal angenommen die wichtigsten Punkte dabei. Worüber wir in der Arbeitsgruppe vielleicht diskutieren können, sind Lackschlämme, wo es durchaus Techniken gibt, die zu vermeiden. Galvanikabfälle, halogenierte Kohlenwasserstoffe und und. Eine neuere Studie in Hessen von der Firma Ekotek zeigt ähnliche Ergebnisse. Mit heute verfügbarer Technologie innerhalb kurzer Zeit vermeidbar 27 bis 31% der Sonderabfälle. Wiederum haupt-

sächlich Lackschlämme, Galvanikabfälle, halogenierte Kohlenwasserstoffe. So, eine vernünftige Prognose müßte also sagen, ich habe einen heutigen Stand und dann betrachte ich, was habe ich an zukünftiger Vermeidung und was habe ich an Wirtschaftswachstum, und dann überlege ich mir, was ich in 10 oder 20 Jahren an Sonderabfall habe.

Die einzige mir bekannte bundesweite Prognose, die einigermaßen vernünftig ist, ist die Nordrhein-Westfälische, die in diesem Machwerk zu lesen ist. Es ist ein Fragenkonzept zur Planung von Sonderabfallentsorgungsanlagen. Kennen Sie wahrscheinlich alle, weil da auch drinsteht, welcher Regierungsbezirk wieviel Verbrennungsanlagen braucht. Die haben also relativ vernünftig prognostiziert, wenn man mal nur die Methodik betrachtet. Sie haben gesagt, für jede Abfallart überlege ich mir einen Faktor, für eine Abfallart beispielsweise den Faktor 0,9, also in 10 Jahren oder in 15 Jahren soll für die Abfallart, die ich gerade betrachte, 90% des heutigen Abfalls anfallen für dieselbe Menge erzeugtes Produkt. Also das ist die Abfallproduktrelation, die da prognostiziert wird.

Da haben sie sich zusammengesetzt mit Experten aus der Industrie, aus der Entsorgungswirtschaft und haben überlegt, wie sich das entwickeln wird. Das einzig Dumme dabei ist, daß sie die Zahlen geheimhalten. Sie sind also nicht nachprüfbar. Ich habe mehrfach versucht, an diese Faktoren dranzukommen, da ist nichts zu machen. Was sie aber nicht geheim halten und was auch bekannt ist, das Wirtschaftswachstum in einigen Branchen, das haben sie der berühmten Kaufhausstudie über das Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik entnommen; einzelne Faktoren über das Wirtschaftswachstum in den nächsten 15 Jahren in der Bundesrepublik. Und dann haben sie einfach diese beiden Faktoren zusammengefaßt, multipliziert und herausgerechnet, daß wir z.B. in Nordrhein Westfalen eine ganze Menge neuer Abfallbeseitigungsanlagen brauchen.

Wie sie das gerechnet haben, ich habe das auch mal bundesweit versucht

nachzurechnen, das kann ich auch mal kurz zeigen, obwohl es noch kleiner wird. Ich kann es versuchen, zu beschreiben: Also, die erste Spalte mit den Schlüsselnummern, kennen Sie wahrscheinlich alle, die großen Schlüsselnummern, die so klingende Namen haben wie z.B. Produktionsabfälle von Pflanzenbehandlungsmitteln oder Konzentrate und Heilkonzentrate, und und und. Also wo eigentlich nicht viel erkennbar ist über die Belastung des Schadstoff. Die zweite Spalte besagt, ob das diese besagten 2-2er-Abfälle sind oder nicht. Also die von der Bundesregierung als hochgefährlichen Abfälle angesehenen. Das ist jetzt ein beispielhafter Ausschnitt aus der Liste. So, und dann die Menge die man aus der Bundesstatistik lesen kann. Es gibt doch vom Bundesamt für Statistik das Heft 3/19 - Produktionsabfälle aus dem produzierenden Gewerbe - und da sieht man, daß eigentlich nur sehr selten Zahlen richtig da sind, meistens sind es irgendwelche Summenzahlen oder es ist aus Geheimhaltungsgründen ein Sternchen drin oder der Abfall ist inzwischen umbenannt worden, die Lagerliste ist mehrmals in den letzten 8 Jahren novelliert worden, also es ist ganz schwierig, da Zahlen zusammenzukriegen. Und dann ist in diesem Heft des Ministeriums für Umwelt jeweils eine Beseitigungsempfehlung angegeben, das ist diese Spalte hier. Also z.B. CPB ist Chemisch-physikalische-Behandlungsanlage,

SAV zu UTD heißt Sonderabfallverbrennungsanlage zur Untertagedeponie im Verhältnis 3:1, usw. Es steht immer dahinter, was mit diesem Abfall passieren soll. Da kann man sich natürlich den Faktor ausrechnen, den die Verbrennung beispielsweise bekommt und ausrechnen, wieviel Abfälle dann insgesamt abfallen für die Verbrennung. Dann kommt man also für diesen Ausschnitt, den ich hier mal angesetzt habe zu 200 000 Tonnen z.B. den Bereich Altöle, also das wäre eine eigene Sondermüllverbrennungsanlage die nach dieser Prognose nötig ist. Und nach dieser Prognose kommen wir auch auf die 1,8 Millionen Tonnen Son-

derabfallverbrennungskapazität, die Alex Kunkel heute morgen schon erwähnt hat, die das Umweltbundesamt als die erforderliche Kapazität in den nächsten Jahren ansetzt.

Wenn man das vergleicht, mit der derzeit installierten Menge, da gibt es z.B. diese Karte die ihr da habt, wir haben uns auch mal die Arbeit gemacht das zusammenzuzählen, eine Liste der bestehenden Sondermüllverbrennungsanlagen aufzuzählen, wobei das sehr schwierig ist, denn die meisten Sonderabfallverbrennungsanlagen stehen auf Firmengeländen und über die Mengenangaben findet man höchstens widersprüchliche Angaben. Das sind jetzt hier z.B. in Nordrhein-Westfalen vorhandene Verbrennungsanlagen. Ich hab jetzt bei der Hoechst z.B. in Frankfurt endlich mal Zahlen gefunden, was neben der eigentlichen Sondermüllverbrennungsanlage noch die zwei anderen Rückstandsverbrennungsanlagen in den Nachbarwerken verfeuern dürfen, das sind nochmal 10 000 Tonnen ungefähr, von denen kaum jemand was wußte. Die haben einfach eine Feuerungsanlage und da kippen sie immer noch zusätzlich Sonderabfälle rein. Oder das Braunkohlekraftwerk, Bremersdorf, das 5 bis 10% zusätzlich Sonderabfälle verfeuern darf. Also es gibt eine ganze Menge Sonderabfallmengen, die überhaupt nicht in den Rechnungen des Bundesamtes drin sind. Wir kommen ungefähr auf eine Million derzeitig installierte Sonderabfallbeseitigungskapazität, eine Million Tonnen. Aber das ist wahrscheinlich immer noch nicht alles.

Es gibt mehrere 1000 industrielle Reststoffverbrennungsanlagen, wenn man der Statistik glauben darf. Was da jeweils verbrannt wird, abgesehen davon was verbrannt werden darf, das ist lang nicht raus. So, bis jetzt ist also die Schlußfolgerung, die Zahlen sind eigentlich nicht so vertrauenswürdig, die man hat. Prognosen sind methodisch sauber machbar, aber sind eigentlich, da die heutige Basis schon so schwierig feststellbar ist, natürlich auch nicht viel vertrauenswürdiger. Was mir wichtig ist in dem Vortrag kurz zu erwähnen, ist wofür wir ei-

gentlich konkret diese Prognosen brauchen können. Wir können natürlich angreifen und sagen, also diese 1,8 Millionen das ist Humbug. Wir können euch genausogut 1,4 Millionen oder 1,2 Millionen vorrechnen, aber das ist wie gesagt, wenn wir die Zahlen angreifen, können wir uns höchstens mit der etwas geringeren Zahl zufrieden geben. Aber dann müßten wir halt halb so viele Anlagen hinnehmen, und ich denke, ob 20 oder 10, auf diesen Dialog sollten wir uns nicht einlassen. Im Genehmigungsverfahren von Sondermüllverbrennungsanlagen und das ist ein relativ wichtiger Punkt, sind Versagungsgründe für die Planfeststellung genannt. Wann darf eine Planfeststellung oder wann soll eine Planfeststellung in der Genehmigungsbehörde versagt werden. Das ist § 8 des Abfallgesetzes, das wird jeder auch leicht im Buch "Bürger und Umwelt" finden, wo die Gesetze abgedruckt sind. Das interessante ist ja, daß eine Abfallbeseitigungsanlage im Gegensatz zur Emmissionsschutzanlage nicht prinzipiell genehmigt werden braucht. Also wenn ich irgend eine Chemieanlage bauen will, dann habe ich prinzipiell ein Recht, daß sie genehmigt wird. Wenn ich die Vorschriften einhalte, dann hab ich ein Recht, dann kann mich keiner daran hindern die zu bauen.

Beim Abfallgesetz ist es nicht so und das ist das Wichtige eigentlich dabei, daß beim Abfallgesetz die Anlage auch nötig sein muß. Sie muß erforderlich sein. Das ist zwar hier nicht explizit genannt, aber wenn man sich den Kommentar in der Fachliteratur dazu durchliest und auch die neuesten Gerichtsurteile, dann wird das deutlich. Beispielhaft sei das **Meinhausen-Urteil** erwähnt, wo gesagt wird, also diese Anlage ist zwar auch oder diese Planung aus vielerlei anderen Gründen schlecht aber auch deswegen, weil die Landesregierung keine ordentliche Prognose vorgelegt hat und weil sie keine Vermeidungsmaßnahme durchführt. Eine ordentliche Prognose durchzuführen ist nicht unbedingt so schwierig, also ich hab hier mal das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Startbahn West genannt, das kann

Problem der 100 000 Stoffe, die miteinander reaktionsfähig sind

Frankfurter Rundschau

3.12.88

Symposium mit namhaften Fachleuten in Mainhausen / „Anlagen der HIM sind untaugliche Primitivtechnik“

MAINHAUSEN. Jürgen Hahn vom Bundesgesundheitsamt in Berlin brachte es beim Mainhäuser Symposium zur „Sonderabfallproblematik“ auf den Punkt: „Der Mensch unterscheidet sich nicht von Hund und Katze, denn er verbuddelt einfach, was er hinterläßt.“ Allerdings seien seine Hinterlassenschaften hochgefährlich.

Namhafte Wissenschaftler, Bürgerinitiativen, Vertreter von Fachbehörden und Großunternehmen der Baubranche aus dem gesamten Bundesgebiet sowie dem benachbarten Ausland erteilten der Abfallbeseitigungspraxis in der Bundesrepublik eine klare Absage. Dazu Michael Braungardt vom Zentrum für soziale und ökologische Technik in Hamburg: „Die oft gelobten Anlagen der Hessischen Industriemüll GmbH beispielsweise sind untaugliche Primitivtechnik.“ Braungardt warnte eindringlich davor, statt auf Deponien zukünftig auf die „nicht minder gefährliche Müllverbrennung zu setzen“.

Das Kunststück, ein derart hochkarätiges Fachplenum von rund 200 Personen zusammenzutrommeln, war der kleinen Gemeinde Mainhausen im Kreis Offenbach sowie der Bürgerinitiative BIGUZ gelungen. Deren Namen stehen seit Mitte der 70er Jahre für den Abwehrkampf gegen die umstrittene geplante größte europäische Industrie-Sondermülldeponie

in einer alten Tongrube und gegen die Erweiterung der unmittelbar benachbarten größten bayerischen Hausmülldeponie Stockstadt. Mit diesem Symposium wollte die Gemeinde aus der Defensive gegen Regierung und Chemie zu einer Offensive übergehen, um „Lösungsmöglichkeiten des Müllproblems“ aufzuzeigen, sagte Bürgermeister Gröning (CDU).

„Unkalkulierbar“ und „unkontrollierbar“ sind nach den Worten des Berliner Analytik- und Müllfachmanns Hahn die Gefahren, die aus chemischen Reaktionen von nicht getrennt deponierten Abfällen aus Haushalten und Industrie ausgingen. Die Menschen könnten schlichtweg nicht abschätzen, was sie mit Mülldeponien und Müllverbrennungsanlagen anrichten, welche Gifte entstehen könnten. Hahn zum Plenum im Bürgerhaus: „Glauben Sie keinem Analytiker, der behauptet, er könne die Wirkungsweise gemeinsam in einer Deponie abgekippter unterschiedlicher Abfallstoffe ermitteln.“

Es gebe keine klare Analyse aus einem Gemisch von „Herrensöcken, Speiseresten, chemischen Flüssigkeiten, Batterien und Kunststoffen“, meinte Hahn weiter. Die Industriegesellschaft verfüge über rund 100 000 Stoffe, die miteinander reaktionsfähig seien. Aber allein schon sechs miteinander reaktionsfähige Stoffe im Müll könnten 14 Millionen unterschiedliche neue und großteils unbekannte Verbindungen ergeben. Und selbst, wenn chemische Abfallstoffe grob nach Herkunft aufgeteilt – wie in Mainhausen geplant – abgekippt werden sollten, dann

ist laut Hahn die unkalkulierbare Reaktionsfähigkeit noch „riesengroß“.

Als möglichen Weg, die Gefährlichkeit des Wohlstandsmülls zu reduzieren, nannte der Fachmann vom Bundesgesundheitsamt die „Zerstörung“ der organischen Stoffe im Müll. Der anorganische Rest sei weniger brisant und könne eher dauerhaft beseitigt werden. Priorität habe jedoch die Abfallvermeidung.

Abfälle seien nichts anderes als vergeudete Rohstoffe, betonte Dr. Martin Führ vom Öko-Institut in Darmstadt. Die eigenen Verbände der Industrie könnten ihren Mitgliedern Hilfestellung leisten und für bessere Verarbeitungsmethoden werben. Das reiche aber nicht aus. Vielmehr müsse Bonn Vorgaben bei den Produktionsverfahren machen.

Im weiteren Verlauf der zweitägigen Tagung, bei der ferner Sprecher des Umweltbundesamtes Berlin, des IWS-Institutes Berlin, der Technischen Universität München und des Bundes für Umwelt und Naturschutz Nordrhein-Westfalen für eine radikale Abkehr von der bisherigen Entsorgungspolitik eintraten, wurde auch die Forderung nach einem Bodenschutzgesetz ähnlich dem Wasserschutzgesetz laut. Dann nämlich hätten in der Bundesrepublik Projekte wie die Industrie-Sondermülldeponie Mainhausen keine Chance mehr.

WENZEL PLEIL.

ich mal kurz vorlesen: „Planerische Entscheidungen, die aufgrund einer prognostischen Einschätzung zukünftiger tatsächlicher Entwicklungen getroffen werden müssen, sind hinsichtlich ihrer Prognose rechtmäßig, wenn diese unter Berücksichtigung aller verfügbarer Daten in einer der Materie angemessen und methodisch einwandfreien Weise erarbeitet worden ist“.

Bei den meisten Planungen liegt das nicht vor. Also außerhalb von Nordrhein-Westfalen gibt es diese Prognosen nicht und das ist in meinen Augen ein Grund, um diese Feststellungsverfahren einfach anzugreifen und auch für ungültig erklären zu lassen. Hier in Nordrhein-Westfalen liegt es vor, deswegen ist es nicht ganz so einfach.

Also, was ich zeigen will, eine Prognose muß zwar da sein, aber es reicht, wenn die methodisch sauber gemacht ist. Man kann da nicht drüber streiten, ob die Ansätze, wie die Zukunft sich entwickeln wird, ob die falsch sind oder nicht, denn das weiß ja keiner. Es muß nur nachgewiesen sein, daß sie sich tatsächlich Gedanken gemacht haben. Wenn ich bei uns in Bibesheim oder in Hoechst die hes-

sischen Verfahren angucke, dann machen die sich überhaupt keine Gedanken. Im Planfeststellungsordner z.B. steht also unter Punkt abfallwirtschaftliche Erwägungen ein Satz: Siehe unter Punkt 1.6, und unter Punkt 1.6 steht dann: „Diese Anlage soll in Zukunft statt 60 000 wie bisher 90 000 Tonnen verbrennen“. Das sind die ganzen abfallwirtschaftlichen Erwägungen, die getroffen werden. Also das meine ich, das ist zwar ein wichtiger Punkt wenn sie nicht gemacht wird, die Prognose, aber wenn sie dann vorliegt, kann man sich nur noch politisch streiten, aber das finde ich einen ganz wichtigen Punkt, weil in unserer Erfahrung macht das in den einzelnen Bundesländern im Moment die Auseinandersetzung aus.

In Hessen z.B. wurde aufgrund des **Mainhausen-Urteils** mit diesem Hinweis auf Verminderung und Vermeidung dieses Gutachten in Auftrag gegeben, daß ich eben kurz gezeigt habe, dieses hessische Gutachten von EKO-Tek von der Münchner Firma. Der Vetter in Baden-Württemberg z.B. trägt sich mit dem Gedanken dem BUND den Auftrag zu geben, Vermeidungspotentiale abzuschätzen. (Nur als Beispiel). Oder in

anderen Bundesländern. Niedersachsen hat 40 Stellen jetzt in der Gewerbeaufsicht neu geschaffen zum Thema Sonderabfallvermeidung. Also die Länder wissen, daß sie unter Druck stehen und der Druck, das sind genau diese Genehmigungsverfahren, in denen die Gerichte darauf verweisen, daß die Länder was tun müssen in Richtung Vermeidung. Also abschließend möchte ich nochmal feststellen, diese Prognosen und Szenarien sind selber eine sehr windige Sache um genaue Zahlenwerke zusammenzukriegen, aber sie spielen in den Diskussionen mehr und mehr eine wichtige Rolle, um die Länder dazu zu bringen, und die Länder sind eigentlich die, die in unserem Land die meisten Vermeidungsmaßnahmen derzeit machen können und die

dazu zu bringen Vermeidungsmaßnahmen durchzuführen.

Ein letztes Wort, der Klaus Müller hat mehrmals darauf hingewiesen, daß die Produkte eigentlich viel wichtiger sind als die Prozesse. Ich stimme da auch mit ihm überein, aber das Problem ist in der Bundesrepublik, daß die Produkte bundesweit eigentlich Bundesrecht unterliegen und da bewegt sich zur Zeit überhaupt nichts. Die Prozesse unterliegen Landesrecht und da kann man einen Fuß in die Tür kriegen und deswegen weisen wir eigentlich mehr auf die Produktionsanlagen hin, obwohl ich im Prinzip Deiner Meinung bin, daß die Produkte die entscheidende Frage sind. Soviel erstmal....

Arbeitsgruppe Chr. Ewen

Prognosen, Szenarien

- Abfallgesetz / Änderung der zugelassenen Abfälle:

Eine nicht wesentliche Änderung der Abfallstoffe kann von der Behörde ohne öffentliches Verfahren genehmigt werden. Falls Akteneinsicht in die genehmigten Stoffe nicht gegeben wird, kann Klage erfolgen mit dem Ziel eines öffentlichen Verfahrens.

Schneller geht die Einsicht über eine Anfrage im Rat bzw. Land: "welche Firmen dürfen was verbrennen oder deponieren - wie sieht die Liste aller genehmigten Stoffe aus?"

- Planfeststellungsverfahren / Klage:

TA-Luft ist nicht angreifbar, da sie unter "Einsatz der wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen" entstanden.

Art. 3.1.7 : absolute Minimierungspflicht für kanzerogene Stoffe. Vorrechnen lassen, ob dieser Minimierungspflicht genüge getan wird und ob Anlage wirklich gebraucht wird (wo ist Prognose?).

Vergleich mit anderen Anlagen durchführen lassen.

Es reicht für die Betreiber nicht aus, eine Firma zu nennen, die die Entsorgung vornimmt. Es muß ein Ort (Beseitigungsanlage) angegeben werden, wo Reststoffe endgelagert werden.

Das Land hat Vermeidungspflicht! Fragen, die sich daraus ergeben:

- Wieviel Genehmigungen mit Vermeidungspflicht sind ausgesprochen worden

- Deponien werden durch Verbrennung nicht eingespart (keine Alternative)

Der Behörde (falls möglich) nachweisen, wo Genehmigungen ausgesprochen wurden, die nicht minimale Abfallmengen enthalten

(Zusammenarbeit mit anderen BI's, z. B. aus Chemie Bereich)

- Strategien für Bürgerinitiativen:

"Giftmüllverbrennung nein", da

- Schäden nicht absehbar

- Vermeidungspotentiale nicht eingerechnet

- Anlagen nicht Stand der Technik

- Entsorgung der Verbrennungsanlagen nicht gesichert

Lagert VW illegal Gift?

BONN, 19. August (AP). Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat Anzeige wegen des Verdachts der illegalen Deponierung hochgiftiger Abfälle gegen den Wolfsburger Automobilkonzern VW erstattet. DNR-Geschäftsführer Helmut Röscheisen berief sich jetzt in Bonn auf Informationen aus „absolut sicherer Quelle aus den Kreisen der DNR-Mitgliedsverbände“. Demnach deponiere VW auf dem eigenen Betriebsgelände illegal giftige Stoffe, weil eine Genehmigung zur Ablagerung der Abfälle auf der Deponie Essenrode nicht zu erreichen gewesen sei.

Angesichts der sich mehrenden Umweltskandale müsse endlich ernsthaft gegen die Verantwortlichen in der Unternehmensleitung vorgegangen werden, erklärte Röscheisen. Besonders skandalös sei es, daß das Land Niedersachsen mit 20 Prozent am VW-Konzern beteiligt sei.

Explosion in Bundeswehr-Ofen

Sondermüllverbrennung in Munster für längere Zeit lahmgelegt

23.9.88

Von unserem Korrespondenten Eckart Spoo

HANNOVER, 22. September. Eine Verbrennungsanlage für chemische Kampfstoffe auf dem Truppenübungsplatz Munster in der Lüneburger Heide ist infolge eines Unfalls seit zweieinhalb Wochen demoliert und wird in absehbarer Zeit nicht wieder in Betrieb genommen werden können. Ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums erklärte am Donnerstag gegenüber der FR, die Reparatur werde sicherlich einen sechsstelligen Betrag kosten.

Als Ursache des Unglücks gab der Sprecher an, daß beim Verbrennen von Munitionsschrott offenbar Munitionsreste explodiert seien. Dadurch sei die Tür der Verbrennungskammer aufgesprengt worden. Der Munitionsschrott stamme nach Angaben des Ministeriums aus dem Ersten Weltkrieg und enthielt Reste chemischer Kampfstoffe.

Die Abgase wurden - so die Darstellung des Ministeriums - in der Anlage aufgefangen und gefiltert. Durch den Unfall sei innerhalb und außerhalb der Anlage nie-

mand zu Schaden gekommen, versicherte der Sprecher. Das niedersächsische Umweltministerium, das in Munster dioxinhaltige Abfälle aus der Giftmülldeponie Mönchehagen verbrennen läßt, wie auch das Innenministerium in Hannover, dessen Kampfmittelbeseitigungsdienst die Bundeswehrranlage beliefert, erfuhren erst durch die Presse von dem Unglück.

Die Wehrwissenschaftliche Dienststelle der Bundeswehr, die in Munster die Wirkung atomarer, chemischer und biologischer Waffen erforschen und Gegenmittel entwickeln soll, bestätigte gegenüber der FR Vorwürfe der SPD, wonach auf dem Gelände große Mengen Perchloräthylen im Boden versickert sind. Nach Angaben der Verantwortlichen handelt es sich größtenteils um Altlasten aus der Anfangszeit der Dienststelle.

Die Bundeswehr bestätigte zugleich, daß sie in Munster zur Zeit neue mikrobiologische Laboratorien errichten läßt, in denen mit Krankheitserregern experimentiert werden soll.

Vortrag Gerd Rhein, Frankfurt, IG-Metall

Gift (müll) am Arbeitsplatz

Ihr wollt euch hier mit Giftstoffen auch am Arbeitsplatz beschäftigen, mit Giftmüll am Arbeitsplatz und mit Gefahrstoffen, wie das also offiziell heißt. Ich komme im übrigen von der Vorstandsverwaltung der IG Metall aus der Abteilung Sozialpolitik, Referat Arbeitsschutz und habe mir vorgenommen mal so aufzuzeigen, was also Giftmüll, Giftstoffe, Gefahrstoffe eigentlich mit der Gesundheit der Arbeitnehmer zu tun haben. Wenn man den offiziellen Verlautbarungen im bundesrepublikanischen Arbeitsschutz Folge leisten will, dann hat man den Eindruck, daß im Bereich Arbeit und Gesundheitsschutz im Betrieb alles in Ordnung ist. Der kleine Minister in Bonn, der da zuständig ist, der versucht uns immer weiszumachen, daß also seit Jahren die Unfallzahlen in der Bundesrepublik rückläufig sind, und er versucht uns auch glauben zu machen, daß das Ganze für die Berufskrankheiten gilt.

... Berufskrankheiten ...

Fakt ist, die Unfälle sind rückläufig gewesen von 1961 bis 1984, von 1984 auf 1985 stagnierten sie und seitdem steigen sie wieder an. Man könnte sagen, in der Unfallverhütung sind wir von der Bundesrepublik gar nicht so schlecht, aber man kann daraus nicht die Schlußfolgerung ziehen, daß wir damit insgesamt im Arbeitsschutz und in der Frage des Gesundheitsverschleißes durch Arbeit gut sind.

Denn außer den Unfällen passiert eine ganze Menge mehr! Was üblicherweise zu Gesundheitsverschleiß führt und da sagen wir, und das ist auch eine einleitende These von mir, die anerkannten Berufskrankheiten sind, was den arbeitsbedingten Gesundheitsverschleiß angeht, lediglich die Spitze

des Eisbergs. Es sind einige hunderte anerkannte Berufskrankheiten im Bereich der Gefahrstoffe, die anerkannt sind. Wir gehen aber davon aus, daß es tausende sind, die jährlich sich ihre Gesundheit am Arbeitsplatz ruinieren.

Fest steht, daß jährlich in der Bundesrepublik rund 160 000 Menschen an Krebs sterben. Nach internationalen Erhebungen haben wir allen Anlaß davon auszugehen, daß 25% dieser Menschen sich ihren Krebs bei den Arbeitsbedingungen geholt haben. D.h. also rund 40 000 und nicht einige wenige hundert, wie uns die Berufskrankheiten-Statistik versucht weis zu machen. Wo geht denn der Gesundheitsverschleiß, der arbeitsbedingte, hin, wenn er sich nicht in der Berufskrankheitenstatistik niederschlägt? In die Sterbequote geht dieser Gesundheitsverschleiß und in die Frühinvalidität. Das heißt also, ein Großteil der Todesursachen und ein Großteil der Frühinvalidität geht zurück auf arbeitsbedingten Gesundheitsverschleiß.

... Frühinvalidität ...

Wir haben es uns als einen sozialen Staat von 1978 bis 1983 geleistet, daß wir jährlich bei den Rentenneuzugängen mehr Frührentner hatten als Altersrentner. Die Frühinvaliditätsquote lag damals bei über 50% der Rentenneuzugänge. Wenn ich damals sage heißt das, daß das heute etwas anders ist. Die Frühinvaliditätsquote ist von über 50% in den Jahren 1984, 1985 und 1986 auf jetzt 1986, das sind die letzten Zahlen die uns vorliegen, auf unter 30% gesunken. Genaugenommen auf 29,3%. Wieder versucht man uns deutlich zu machen, daß das doch signalisiert das alles besser geworden ist. Das wir auf einmal gesünder geworden sind.

Wenn ich mich betrachte, und das Urteil unserer Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben höre, dann stelle ich nicht fest, daß wir gesünder geworden sind, infolgedessen ist also die rückläufige Entwicklung bei der Frühinvalidität darauf nicht zurückzuführen. Ist sie auch nicht. Es hat relativ leicht nachvollziehbare Ursachen wieso also die Frühinvalidität jetzt rückläufig ist. Man hat das Rentenrecht geändert.

Im Rahmen der Haushaltsbegleitgesetze oder, wie wir als Gewerkschafter sagen, im Rahmen des Kahlschlags dieser Bundesregierung, im Rahmen der Sozialpolitik hat man folgende Änderungen gemacht: Wer heute eine Frühinvalidität beantragen will, muß in den letzten 5 Jahren vor Antragstellung mindestens 3 Jahre eine beitragspflichtige Beschäftigung ausgeübt haben. Und damit fallen fast alle ehemaligen berufstätigen Frauen aus dem Recht raus, eine Frühinvalidität beantragen zu können. In der Arbeiter rentenversicherung war die Frühinvaliditätsquote bei den Arbeiterinnen vor dieser Änderung bei 60% Frührenten bei den Rentenneuzugängen. In der Zwischenzeit ist aufgrund dieser gesetzlichen Veränderung des Rentenrechtes die Quote auf unter 20% gesunken. Das ist also der Hintergrund, wenn wir heute eine Frühinvaliditätsquote haben, die unter 30% liegt.

Wir sagen, daß also ein Großteil der Ursachen die zur Frühinvalidität oder aber auch zum Ableben führen, arbeitsbedingt sind. Jetzt stellt sich natürlich die Frage, ja wo liegen denn die Ursachen im Bereich der Arbeitswelt? Und hier ist also die Verbindung zu Ihnen und Eurer Arbeit vorhanden. Nach unserer Auffassung liegt die Hauptursache oder zumindest eine der wesentlichen Hauptursachen bei der Verwendung der Gefahrstoffe in den Betrieben.

Wir haben es hier mit riesigen Dimensionen zu tun und zwar sowohl was die Zahl der Stoffe angeht, als auch, was ihre Verarbeitungsmengen betrifft.

—Bestandsaufnahme Altstoffe—

Nach dem Chemikaliengesetz war die Bundesanstalt für Arbeitsschutz in Dortmund verpflichtet, eine Bestandsaufnahme zu machen über die in den Betrieben verwendeten Altstoffe. Die Bestandsaufnahme ist Ende 1981 begonnen worden und 1984/1985 wurde sie abgeschlossen. Sie hat jetzt einen Umfang von 100 000 Altstoffen. 100 000 Altstoffen! Von diesen 100 000 Altstoffen sind nach meinen und neuesten Informationen ca. 4 000 untersucht auf ihre Umweltschädlichkeit und darauf, was sie für die Gesundheit des Menschen der im Arbeitsprozeß mit ihnen in Verbindung kommt, bedeutet. Und nach Adam Riese heißt das, 96 000 Stoffe, die uns in den letzten Jahrzehnten auf den Markt geworfen wurden, sind, was Umweltverträglichkeit angeht und was die Gesundheit der arbeitenden Menschen angeht, überhaupt noch keine Recherchen angestellt worden.

Wir haben hier riesige Probleme. Ob wir das jemals gelöst kriegen, ich will es hoffen, aber ich lege dafür meine Hand nicht ins Feuer. Professor Wassermann hat auf unserer Umweltkonferenz in Frankfurt im Januar dieses Jahres gesagt, daß wir wahrscheinlich schon große Anstrengungen machen müssen, um die Gefährlichkeit der jährlich neu auf den Markt kommenden Stoffe aufzuarbeiten, zu erforschen und zu recherchieren. Und er rechnet, hoffentlich hat er sich verrechnet, er rechnet nicht damit, daß das Riesenproblem der Altstoffe aufgearbeitet werden kann. Wir müssen es aufarbeiten, das sind wir der Bevölkerung, der Gesundheit und auch der Gesundheit der Arbeitnehmer in den Betrieben schuldig. Wer es also ernst meint mit dem Anspruch des arbeiten-

den Menschen auf körperliche Unversehrtheit, das steht im Grundgesetz drin und das gilt auch für arbeitende Menschen in den Betrieben, der muß sowohl die neuen Stoffe in den Griff bekommen als auch die alten Stoffe aufarbeiten und ihre gesundheitlichen Schädigungen.

Giftkonzentration am Arbeitsplatz

Und ich darf in dem Zusammenhang darauf hinweisen, daß arbeitende Menschen bei den Stoffen vielfach einer wesentlich größeren Konzentration ausgesetzt sind, wie die Allgemeinbevölkerung in der Umwelt. Wir haben das Problem Asbest. Asbest ist ein Thema das zum Glück mit Hilfe der Öffentlichkeit sich einer Lösung zubelegt. D.h. durch Druck der Öffentlichkeit ist es in den letzten Jahren gelungen, die Menge des verwendeten Asbestes in der Bundesrepublik von 160 000 Jahrestonnen auf 100 000 zu reduzieren.

Das ist ein nicht unerheblicher Erfolg, aber das bedeutet noch lange nicht, das wir das Problem bald im Griff haben, denn 100 000 ist also immer noch mehr als die Hälfte der ursprünglich verwendeten Menge. Nun wird also die Gefahrstoffverordnung überarbeitet zur Zeit und wir rechnen damit, daß Mitte des nächsten Jahres in den Betrieben und auch im Bereich der öffentlichen Hand, im Hochbau, ein Umgangsverbot mit Asbest gesetzlich verankert wird und damit also wesentlich mehr als bisher für die Gesundheit der arbeitenden Menschen getan werden kann. Wo beispielsweise bei der Reparatur oder bei der Sanierungsarbeit asbestverseuchter Gebäude in Zukunft immer noch arbeitende Menschen mit Asbest in Berührung kommen, muß man natürlich über Ausnahmegenehmigungen tätig werden, d.h. man muß, bevor man mit den Arbeiten beginnt sich von der Gewerbeaufsicht eine Ausnahmegenehmigung holen

und die Gewerbeaufsicht ist dann ihrerseits gezwungen unter strengsten Auflagen die Genehmigung zu erteilen, d.h. das also bei der Sanierungsarbeit der arbeitende Mensch hier noch weitgehend vor den gefährlichen Fasern geschützt wird. Das ist auch dringend erforderlich, denn während die Umweltministerkonferenz in diesem Jahr darüber diskutiert hat, ob man nicht den Grenzwert bei Asbest von jetzt 1000 Fasern pro Kubikmeter Atemluft auf 500 senken soll, haben wir in der Arbeitswelt noch eine Grenzkonzentration die liegt zwischen 500 000 und 1 Millionen Asbestfasern pro Kubikmeter Atemluft. Die Differenz errechnet sich durch verschiedene Verarbeitungsverfahren bzw. durch verschiedene Asbestfasern. Aber wenn man den Grenzwert vergleicht, zwischen Umwelt einerseits und Arbeitswelt andererseits, dann heißt das, eine Differenz von 1 zu 500 bis 1 zu 1000 zu Lasten der betrieblichen Grenzkonzentration, und damit zu Lasten der Gesundheit der Arbeitnehmer.

Als zweites Beispiel, Per, Per ist zum Glück in der Zwischenzeit in aller Munde, weil man Per, Perchloräthylen genauer gesagt, in den chemischen Reinigungen entdeckt hat und festgestellt hat, daß insbesondere in Lebensmittelgeschäften, die in der Nähe von chemischen Reinigungen lagen, die Lebensmittel dort über die Maßen versucht waren. Und es ging auch ein Aufschrei, zum Glück, durch die Bevölkerung als man Per im Olivenöl fand. Was wir vermißt haben, was wir auch nicht zustande gebracht haben als Gewerkschaft muß ich dazu sagen, ist, daß dieser Aufschrei nicht in der Arbeitswelt zustande gekommen ist. Obwohl allein im Bereich der metallverarbeitenden Industrie jährlich über 60 000 Tonnen Perchloräthylen verarbeitet werden und obwohl wiederum die Grenzkonzentration in der Ar-

beitswelt bei Perchloräthylen 8mal höher liegt als im Bereich der Umwelt.

Gefahrstoffverordnung

Wir haben enorme Probleme, was die Gefahrstoffe in den Betrieben angeht, ihnen Herr zu werden, wir haben enorme Probleme die gesundheitlichen Belastungen, die von ihnen ausgehen, in den Griff zu kriegen, ich will da jetzt aus zeitlichen Gründen nicht näher drauf eingehen, wieso die Gefahrstoffverordnung, die seit über zwei Jahren in Kraft ist, in vielen Betrieben bis heute bedrucktes Papier geblieben ist (aber da können wir vielleicht nachher oder in Arbeitsgruppen drüber diskutieren).

Ich will nur hier abschließend feststellen, für uns, und zwar auch bevor diese Tagung angekündigt war, ist der beste Schutz der arbeitenden Menschen und ihrer Gesundheit vor Gefahrstoffen, wenn man die Gefahrstoffe erst gar nicht in die Betriebe hineinkommen läßt. Nur wie sieht die Situation da aus? Miserabel.

Ersatzstoffpflicht

Wir haben zwar in der Gefahrstoffverordnung in der Zwischenzeit die sogenannte Ersatzstoffpflicht verankert, aber liebe Kolleginnen und Kollegen, haltet euch fest und hört euch das mal an wie schwach diese Passage ist. Da heißt es im 16 Abs.2 der Gefahrstoffverordnung: Der Arbeitgeber soll prüfen ob Stoffe oder Zubereitungen mit einem geringeren gesundheitlichen Risiko als die von ihm in Aussicht genommenen erhältlich sind. Ist dem Arbeitgeber die Verwendung dieser Stoffe und Zubereitungen zumutbar, soll er nur diese verwenden. Ende des Zitates aus §16 Abs.2 der Gefahrstoffverordnung. Diese Passage ist so schwach, die fällt vor Schwäche fast selbst schon wieder um. Denn was heißt hier soll, der Arbeitgeber soll,

d.h. juristisch ausgedrückt, der Arbeitgeber muß nicht, wenn er triftige Gründe dafür anführt, das er leider nicht in der Lage war, sich mit dieser Thematik überhaupt zu beschäftigen.

Und unsere Erfahrungen in den Betrieben sind so, wenn der Arbeitgeber nur soll, dann findet er auch triftige Gründe um sich an dieser Phase vorbeizudrücken. Von daher muß hier ein unbedingtes Muß in spätestens der nächsten bzw. übernächsten Novellierung der Gefahrstoffverordnung rein, die Arbeitgeber müssen sich mit der Frage auseinandersetzen, ob gefährliche Stoffe durch ungefährliche Stoffe zu ersetzen sind. Und was heißt hier zumutbar? Was ist eigentlich der Gesundheit der Arbeitnehmer in den Betrieben zumutbar, wenn ich an unser Grundrecht denke auf körperliche Unversehrtheit. Und dann kommt natürlich ein weiteres: Wenn diese Passage so kräftig ist in Richtung Ersatzstoffe, in Richtung Giftmüllvermeidung, wie ich das gerade gesagt habe, und wie wir das als Gewerkschaft auch fordern, dann muß man natürlich auch den Betrieben einiges an die Hand geben damit sie in dieser Angelegenheit voran kommen.

Erstens mal muß der Ersatzstoffbereich unterstützt werden - im Forschungsbereich beispielsweise - und dann müssen Berufsgenossenschaften und Gewerbeaufsicht, was den Stand dieser Techniken angeht, erstmal informiert und dann auf dem laufenden gehalten werden, damit diese dann auch bei ihren Betriebskontrollen darauf Wert legen, daß ungefährliche Stoffe an die Stelle von gefährlichen Stoffen kommen und dann kommt natürlich auch hinzu, daß es dringend erforderlich ist, Informationsdatenbanken anzulegen, damit einmal ja die Betriebe und infolgedessen auch wir, die Arbeitnehmervertreter, in der Lage sind, Informationen

zu bekommen über Gefährdungen und gleichzeitig auch in der Lage sind Informationen über Ersatzstoffe zu erhalten, damit wir als Arbeitnehmervertreter und in den Betrieben als Be-

triebsräte dann auch ganz konkret tätig werden können, wenn es also darum geht einen gefährlichen Stoff durch einen ungefährlichen zu ersetzen. Vielen Dank..

„Konzertierte Aktion“ für Bau von Giftmüll-Öfen

Gewerkschaften geben Umweltministern Rückendeckung / Naturschützer nennen Widerstand der Bürger verständlich

Von unserem Korrespondenten Eckart Spoo

HANNOVER, 22. September. Die Umweltminister des Bundes und der Länder, die bei der Suche nach Standorten für Giftmüll-Deponien und Hochtemperaturverbrennungsanlagen auf starke örtliche Widerstände stoßen, haben Rückendeckung durch führende Gewerkschafter erhalten. Auf Initiative des Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik und SPD-Bundestagsabgeordneten Hermann Rappe versammelten sich am Mittwoch in Hannover sämtliche Umweltminister gemeinsam mit Vertretern von Bundestagsfraktionen, kommunalen Spitzenverbänden, Unternehmer-Organisationen sowie den Vorsitzenden mehrerer anderer DGB-Gewerkschaften wie Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr und Bau-Steine-Erden.

Für die IG Metall nahm Vorstandsmitglied Siegfried Bleicher teil. In einer anschließend veröffentlichten gemeinsamen Erklärung, der nur die Vertreter der Grünen und des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) nicht zustimmten, heißt es, in der Bundesrepublik entstünden jährlich rund zehn Millionen Tonnen Sonderabfälle, und für die Zukunft sei mit noch größeren Mengen zu rechnen. Da es an Kapazitäten für eine sichere Entsorgung fehle, drohe ein Notstand. Notwendig sei der Bau von mindestens zehn Hochtemperaturverbrennungsanlagen. Unumgänglich sei auch, neue ober- und untertägige Deponien einzurichten.

„Der Mut der in der Politik Verantwortlichen und die Bereitschaft der Bevölkerung, Standorte für Sonderabfalldeponien sowie für Anlagen zur thermischen und zur chemisch-physikalischen Behandlung zu akzeptieren, müssen gestärkt werden“, heißt es in der Erklärung der „Konzertierte Aktion“. Bundesregierung und Bundestag werden darin aufgefordert, das Bundesimmissionsschutzgesetz und das Abfallgesetz mit dem Ziel zu überprüfen, daß die Genehmigungsverfahren beschleunigt werden.

Die Vertreter der Umweltschützer hatten vor und während der Sitzung vor allem auf klare Festlegungen gedrungen. Sie wollten festgeschrieben haben, was geschehen soll, um die chemische Industrie zu Produktionsumstellungen zu zwingen. Künftig dürfe nicht mehr, sondern weniger Giftmüll anfallen.

BUND-Vorsitzender Hubert Weinzierl sagte, die Flut chemischer Stoffe müsse schnell und wirksam eingedämmt werden. Das gelte besonders für Substanzen, die im Verdacht stehen, krebserregend, erbgutverändernd, fruchtbarkeits- und leibesfruchtschädigend zu sein. Er zitierte Experten-Schätzungen, wonach durch Produktionsumstellungen zwischen 30 und 60 Prozent des derzeit anfallenden gefährlichen Mülls vermieden werden könnten. Weinzierl erklärte, der Widerstand der Bevölkerung gegen neue Entsorgungseinrichtungen sei nach bisherigen bösen Erfahrungen verständlich. Auch eine technisch moderne Verbrennungsanlage emittiere jährlich mehrere Tonnen Schwermetalle, Stickoxide und Kohlenwasserstoffe bis hin zu den besonders giftigen Dioxinen. Solche Belastungen seien den Anwohnern nur zuzumu-

ten, wenn die Industrie bereit wäre, die Giftmüllproduktion drastisch einzuschränken. Wenn ernsthaft mit der „Entgiftung der Industriegesellschaft“ begonnen würde, werde es auch dem BUND nicht schwerfallen, neue Entsorgungsanlagen zu akzeptieren, sagte Weinzierl.

In der Erklärung der „Konzertierte Aktion“ bekannnten sich die Teilnehmer zwar dazu, daß Vermeiden und Vermindern von Sonderabfällen Vorrang vor der Entsorgung habe, ohne dies jedoch zu konkretisieren. Sie äußerten die Hoffnung, Anreize zur Vermeidung oder zum Recycling von Sondermüll zu schaffen, wenn die Entscheidung technisch verbessert und dadurch teurer würde.

Zu Auseinandersetzungen kam es im Verlauf der Sitzung, als darüber beraten wurde, wer für die Entsorgung der Altlasten aufkommen soll. Die Teilnehmer der „Konzertierte Aktion“ stimmten darin überein, daß „grundsätzlich das Verursacherprinzip“ gelte. Für den Fall, daß der Verursacher nicht festzustellen sei, verständigte man sich darauf, daß „eine ursachenbezogene Finanzierung durch Wirtschaft und öffentliche Hände sicherzustellen“ sei. Neben der Wirtschaft müßten dazu auch Bund, Länder und Gemeinden verstärkt beitragen. Über die Einzelheiten gingen die Meinungen weit auseinander. Wie Teilnehmer berichteten, kam es insbesondere zu Unmutsäußerungen über Bundesumweltminister Klaus Topfer (CDU), der jede Festlegung vermied, zu welchem Anteil der Bund bereit wäre.

Der DGB sorgt sich um die Opfer von Berufskrankheiten

Streit mit Genossenschaften über Entschädigung entbrannt

PP

Von unserer Korrespondentin Gerda Strack

BONN, 17. Juli. Zu einem heftigen Streit zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und den Berufsgenossenschaften ist es gekommen, nachdem der DGB Anfang Mai die Entschädigungspraxis der Berufsgenossenschaften anprangerte und feststellte: „Berufskrankheitsopfer werden meistens um ihre Ansprüche gebracht.“

Daraufhin verlangte der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften vom DGB Mitte Mai per Einschreiben, der Gewerkschaftsbund solle die zu Anfang des Monats verbreiteten „pauschalen Unwerturteile über die Berufsgenossenschaften mit Tatsachenmaterial unter Beweis“ stellen. Wenn der DGB dies nicht in angemessener Frist erledigt habe, „unterstellen wir, daß sie hierzu nicht in der Lage sind“, schrieb der Hauptgeschäftsführer der gewerblichen Berufsgenossenschaften, Peter Buss, den

Gewerkschaftern in Düsseldorf. „Für diesen Fall“ forderte Buss den DGB auf, in Zukunft die Verbreitung unqualifizierter Werturteile in bezug auf die Berufsgenossenschaften und ihre Selbstverwaltungsorgane zu unterlassen. Immerhin würden die Ablehnungsentscheidungen der Berufsgenossenschaften bei Berufskrankheitsrenten regelmäßig auch von den Versichertenvertretern in den Selbstverwaltungsorganen getroffen, also auch von Gewerkschaftern.

In einem fast achtseitigen Brief vom Anfang Juli wies der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr die Vorwürfe der Berufsgenossenschaften „mit Entschiedenheit als unbegründet zurück“. Die Anfang Mai geäußerte Befürchtung, daß die weitaus meisten Arbeitnehmer, die an einer Berufskrankheit leiden, von den Berufsgenossenschaften keine Rente bekommen, „halte ich aufrecht“, so Muhr.

Gutachter sollen von Industrie unabhängig sein

Eine der Hauptursachen dafür sieht der DGB-Mann in der Tatsache, daß eine systematische Erfassung der Berufskrankheiten „nur bruchstückhaft erfolgt“. Bei Berufskrankheiten handele es sich überwiegend um gesundheitliche Schädigungsprozesse, die sich in langen Zeiträumen vollzögen und oft durch eine Vielzahl krankmachender Faktoren in der Arbeitsumwelt bedingt seien, wie etwa bei arbeitsbedingten Krebserkrankungen.

Mit einer großen Zahl von Untersuchungen („epidemiologische Untersuchungen“) kann nach Muhrs Auffassung belegt werden, daß die Dunkelziffer bei den meisten Berufskrankheiten „außerordentlich hoch ist“. Auch die Aussage in der Presseerklärung, Renten wurden vor allem wegen fehlerhafter medizinischer Gutachten nicht gewährt, könne der DGB „anhand einer Vielzahl konkreter Fälle belegen“.

Muhr bietet nicht nur Beweismittel an,

sondern verweist auch auf das Zahlenmaterial der Berufsgenossenschaften. So seien 39 706 Berufskrankheitsanzeigen im Jahr 1986 erstattet, aber nur 3317 Renten bewilligt worden. Nach den Erfahrungen des DGB liege der Anteil der entschädigungspflichtigen Erkrankungen aber bei einem Vielfachen.

Der DGB-Vize hob hervor, daß im Jahr 1986 bei den Berufsgenossenschaften 892 Anzeigen wegen einer Erkrankung an einer sogenannten Asbeststaublunge erstattet wurden. Davon seien jedoch nur 21 Fälle anerkannt worden. In der Mehrzahl der Fälle werde von den Gutachtern der Berufsgenossenschaften behauptet, es läge gar keine asbestbedingte Erkrankung vor, obwohl röntgenologisch asbestbedingte Veränderungen nachgewiesen wurden. Muhr verlangte von den Berufsgenossenschaften die Bestellung unabhängiger Gutachter, die nicht im Auftrag der Industrie tätig sind.

Vortrag Dr. B. Mersmann, Essen, Kinderarzt

Gesundheitsgefahren ...

... der Berufskrankheiten, Volkskrankheiten und das nicht zuletzt dank der thermischen Giftverteilung. Ich weigere mich immer so ein bißchen, Giftmüllverbrennung, Müllverbrennung oder so etwas anzuerkennen, weil ich bei den beiden Toxikologen die gegen die Anlagen sind, etwas in die Schule gegangen bin. Gestern hat mir noch Herr Dauderer gesagt, daß es, oder eigentlich auch erklärt, daß es eigentlich keine Müll- oder Giftverbrennung geben kann. Die Summe der Gifte bleibt letztlich gleich, es sei denn, wir würden uns einige ganz wenige herausuchen. Aber da wir alles global verbrennen, entstehen summa summarum mehr. Deswegen sollte man allein schon über solche Begriffe nachdenken. Die Berufskrankheiten werden deswegen immer mehr zu Volkskrankheiten, und das sehen wir Mediziner ganz genau so. Sie sind deswegen nur in einer solchen minderen Zahl als Berufskrankheiten anerkannt worden, weil man ja z.B. bei den Platinarbeitern, die Leute die unsere schönen Platinkatalysatoren recyceln, wieder verwenden oder einbauen sind schon nach einem Jahr aus diesem Arbeitsplatz entfernt worden. Das ist praktische Allergievorsorge, daß man einen Menschen, der an einer Allergie erkrankt, einfach am Arbeitsplatz versetzt.

Das macht uns natürlich auch sehr viel Sorge, weil wenn wir Platin jetzt in großen Mengen bei jedem bei uns zu Hause lagern würden, dann wird es auch irgendwann mal im Müll erscheinen, das muß Ihnen klar sein und das ist uns wahrscheinlich auch allen klar. Und dann wird der fein verteilt und Platin ist ein Allergikum, d.h. jeder Mensch kann nun damit erreicht werden und bei den Allergenen haben wir keine Dosis-Wirkungsbeziehung, d.h. wir brauchen gar nicht erst über Grenzwerte oder so etwas reden, sondern diese Substanzen, wenn man sie als Allergene einam ansieht, muß man hier betrachten als ein fremder Stoff gegen den sich unsere Haut wehrt.

Und schade, der Kollege aus Biblis ist nicht mehr da, er hatte gestern noch so ein schönes Blatt in der Tasche, so wie wir sie ja auch schon mal gefunden haben, ein großes rhabarberähnliches Blatt, das zerfressen war. Das ist genau das was wir in der Nähe von Verbrennungsanlagen finden, Substanzen die echt ätzend sind, wir brauchen nur SO_2 nehmen, das auf Schleimhäute auftrifft, dann zu H_2SO_3 wird und echt ätzend wirkt. Das zerfrißt nicht nur das Blatt, sondern auch unsere Haut, die ja den ersten Schutzwall darstellt zu unserem Inneren, zu unserem Ich und die trifft auch auf unsere Schleimhäute, unsere Bronchen und kann ganz tief eingeatmet werden und dort entstehen auch diese Löcher und es entstehen Infektionen. Infektionen heißt, Bakterien können jetzt endlich diesen Schutzwall überwinden, können eindringen und machen uns krank. Und danach, immer nach Infektionen, passieren die ersten Allergieschübe. Nun werden Sie fragen, was soll das, die Wissenschaftler reden immer nur von etwa 16% Allergien in der Bevölkerung, was soll das schon sein.

Die Wissenschaftler reden von Allergien, bei denen sie im Blut kreisend IGG, IGA und IGH feststellen, bestimmte Eiweißmoleküle. Wir kennen aber auch noch den Begriff der sogenannten Pseudoallergien, d.h. allergische Reaktionen, die ganz genauso ablaufen, nämlich wie eine Entzündung. Die Gefäße machen sich an der Stelle, wo das Allergen eintritt oder wo die Allergie abläuft weit. Es kommt zu einer Auströmung von Flüssigkeiten, zur Überwärmung, dann schließlich zum Juckreiz oder zu Schmerzen. Je nachdem wo das passiert ist der Mensch krank. Beim Platin ist das klar 60%. Mittlerweile wissen wir, früher haben wir geglaubt es sind ja nur die wenigen armen Menschen, die wieder Kinder bekommen und die werden Allergiker, also wir wissen, wenn schon zwei Elternpaare eine Allergie mit sich tragen, dann werden 80% ihrer Kinder Allergiker, von Geburt an. Wir wissen aber auch, daß auch der Rest derer,

die noch keine Allergiker sind bzw. zu Allergikern gemacht werden können. Das hat etwas damit zu tun, daß das Immunsystem sehr kompliziert ist. Wir haben jetzt die Zeit nicht um das nur andeutungsweise zu erklären, aber es überreagiert, weil es überlastet wird. Und was machen wir mit den Verbrennungsanlagen? Wir verteilen das Gift gleichmäßig in die Luft, selbst auf dem Meer kann das nicht mehr gelöst werden, weil die Fische und die Robben sterben. Wenn wir gerade über die Robben sprechen, Wassermann hat mir verklickert, die Robben die jetzt alle da gestorben und eingesammelt worden sind, was meinen Sie, was die damit gemacht haben? Die haben sie zerkleinert und haben sie in Schweinefutter gepackt. Dann ist vorhin auch dankenswerterweise von Asbest schon geredet worden, ein Gefahrenstoff am Arbeitsplatz. Es reicht, wenn nur eine einzige Faser tief eingeatmet wird, sich in der Lunge festsetzt und dort ewig reizt. Sie kann sich umso eher festsetzen, wenn entweder die Lungenstrukturen oder die Bronchialstrukturen vorgeschädigt sind und sich einlagern können und natürlich, wenn wir gleichzeitig, und das machen wir auch wieder mit diesen Verteilungsanlagen, wir verteilen z.B. Quecksilber.

Beim Quecksilber wissen wir ganz genau, das Quecksilber hemmt die sog. Freßzellen, das ist im Immunologischen Vorgang, wenn einmal ein fremder Stoff die Körperbarrieren Haut, Innenhaut, Schleimhäute durchdrungen hat, umschließt er diesen Stoff und versucht ihn zu verdauen. Und wenn einer nicht reicht kommt noch ein zweiter dazu, und wenn sie es nicht schaffen, wie z.B. bei Asbestfasern kann man es nicht schaffen, das ist eine ganz scharfe, spitzkantige Faser, dann muß der Körper damit fertigwerden und der arbeitet immer wieder dagegen an und wenn er das lange genug gemacht hat, und wenn es 40 Jahre ist, dann hat er Krebs. Und so ist z.B. die Brücke sehr leicht zu schlagen, zu dem was uns Mediziner, die wir also furchtbare Angst vor solchen Verbrennungsanlagen haben, was wir sehen. Wir sehen z.B. nach Hochrechnungen aus den USA, die 1978 zuletzt fremde Substanzen die in der Umwelt existieren mal gezählt und hochgerechnet haben, das wir heute bei 7 Millionen fremder, verschiedener Substanzen ankommen. Sie werden alle

dort landen, wo sie ihre Verbrennungsanlagen hinsetzen wollen.

Auch hier ist wiederum das Kind, und als Kinderarzt kann ich vernünftigerweise da immer etwas mehr drüber sagen, die Kinder sind besonders anfällig. Auch besonders anfällig für Allergien. Ich könnte natürlich hier jetzt über Krebs reden, ich könnte über Herz- und Kreislaufkrankheiten etwas sagen, aber bleiben wir mal hauptsächlich bei diesen allergischen Erkrankungen oder immunologischen Krankheiten, die letztlich auch etwas mit Infektionen und letztlich auch etwas mit Krebs zu tun haben. Es werden schon 10% unserer Kinder mit einem erhöhten IGE, also mit jenen allergenen Überproduktionen geboren. Das hat etwas damit zu tun, das sie im Mutterschoß schon kontaminiert werden mit Stoffen, die die Mutter auch hat. Wenn wir daran denken, daß z.B. der PCB-Gehalt, der ja jetzt pro Kilogramm Fett nur 0,05 nanogramm sein soll, also wir haben uns etwas erlaubt, was alle Wissenschaftler bisher ganz weit von sich gewiesen haben. Wir haben einen Grenzwert für PCB eingeführt und danach müssen wir die Muttermilch der meisten Mütter zu Sondermüll erklären, also der wird jetzt auch bald da erscheinen. Denn wir haben da schon Konzentrationen zwischen 2,3 und 12, sowieso festgestellt.

Die Kinder werden also zu 10% schon als Allergiker geboren, aber eine Arbeit die hier in Bottrop vorgestellt wurde, von einer Kollegin, die das als Doktorarbeit gemacht hat, der Doktorvater hat sie mit summa cum laude, also mit 1 bewertet, die findet keinen Doktorvater. Warum, weil sie herausgefunden hat, daß die perinatale Sterblichkeit, d.h. die Sterblichkeit der Säuglinge um die Geburt herum, entweder direkt vor der Geburt oder direkt nach der Geburt oder bei der Geburt in Nordrhein-Westfalen, denn da haben wir sehr hohe Sterblichkeitsraten und da haben wir auch ein sehr dichtes Netz an Verbrennungsanlagen, wir haben auch ein sehr dichtes Netz von Industrien und ein dichtes Netz an Schweinereien. Hier hat sie festgestellt, daß die hohe Sterblichkeit signifikant mit den Ballungsräumen korreliert, d.h. dort wo Menschen eng aufeinander wohnen, da gibt es mehr Sterblichkeit. Das hat man ihr noch abgenommen, aber verziehen hat man

Ihr nicht, daß sie ohne daß sie dazu aufgefordert war, dann noch hingegangen ist und hat das mit dem Reinhaltekataster Nordrhein-Westfalens verglichen und da wurde sie nicht nur signifikant sondern hochsignifikant fündig. Das heißt, diese Sterblichkeitsraten reagieren mehr mit der schlechten Luft, also hängt mehr mit der schlechten Luft zusammen als mit der Bevölkerungsdichte. Daraufhin hat sie ihren Korreferenten verloren und sie muß jetzt gucken, daß sie irgendwo eine andere Doktorarbeit schreiben kann, sonst wird sie kein Dr.med..

Wenn sie mich fragen, ob da was dran ist oder nicht dran ist, dann bin ich schon immer davon überzeugt, wenn man sich so lange mit der Materie beschäftigt. Kinder, kleine Kinder sind prägar für Allergien. Was heißt das? Wenn Kinder z.B. in den Monaten April bis Juni geboren werden, dann wenn die Pollen fliegen, dann werden sie eher Pollenallergiker, statistisch natürlich. Oder wenn sie in den Wintermonaten, dann wenn die Schadstoffe sich in der Luft anreichern, die vorbeifliegenden runtergedrückt werden und die neu aufsteigenden festgehalten werden und in unserer Atemluft erscheinen, dann haben wir mehr Asthmatiker. Das sind alles mehrfach gesicherte Erkenntnisse.

Wir wissen, daß Säuglinge, die mit Kuhmilch gestillt werden, inzwischen dazu geführt haben, daß in Europa, wo das der Fall ist, wo man mit Kuhmilch hauptsächlich gestillt hat, eher die Kuhmilchallergie in vorderster Linie der Nahrungsmittelallergien steht. Wir wissen, daß in Amerika, wo man Sojabohnen dazu verarbeitet, die Sojamilchallergie als erste Nahrungsmittelallergie existiert.

Den Kindern wird oft zugute gehalten, von Gutachtern, das hat übrigens Wiechmann letztthin auch noch getan und hat gesagt, *'Herr Mersmann, hören Sie doch mal, es dauert 40 Jahre bis Krebs entsteht'*, aber gerade diese Kinder haben ja diese 40 Jahre Zeit.

Wiechmann und ich, wir beide nicht mehr. Wir können also ganz getrost der Sache ins Auge sehen. Wir wissen mittlerweile, daß z.B. das Quecksilber nicht nur die Makrofäden hemmt, zu fressen und damit die Allergie verändert. Z.B. eine Sofortreaktion einer

Allergie die sofort auftreten würde maskiert und erst zum Typ 4 werden läßt, d.h. also erst wesentlich später kommt es dann zur Reaktion oder gar nicht und dann nämlich zu einer Vergiftung. Bei einer Vergiftung, das bedeutet auch, daß es unterschiedliche Aufnahmerarten gibt. Bei älteren Menschen haben wir wesentlich weniger das Problem, daß bei den Asthmatikern die Allergien führend sind, sondern da sind es wieder die Vergiftungen. Wir nennen das "Intrensic Dector". Das zentrale Nervensystem wird von solchen Schwermetallen derart angegriffen, daß wir wissen, solche Kinder sind a) hyperaktiv oder aber depressiv. Man kann eigentlich auch sagen, Schwermetalle, für Schwermetalle darf es überhaupt gar keine Grenzkonzentrationen geben.

Es darf keine geben aus medizinischen Gründen. Sie sind von anderen Leuten gemacht worden, meist von Ingenieuren oder von solchen Leuten. Eine Grenzreaktion für Schwermetalle ist unsinnig, denn die Schwermetalle, wie z.B. Quecksilber, ersetzt Kalzium. Kalzium sitzt im Knochen und sorgt dafür, daß wir einen stabilen Knochen haben. Wenn wir einen Knochen entkalken, z. B. einen Unterschenkelknochen, wenn er so dick ist und ganz stabil kann man jemanden damit erschlagen, wenn Kalzium raus ist, dann ist er wie Gummi. Dann fällt er Ihnen so runter. Das war alles fürs Vorführen und deswegen brauchen wir uns nicht zu wundern, daß bei Kindern gerade in unseren Regionen hier im Revier deutlich nachgewiesen wurde, weil wir hier ständig schon hohe Kalzium, Kadmium, Quecksilber, hohe Konzentrationen in der Luft hatten, hier haben wir einen vermehrten Anteil von Osteoporose, also wenig Kalkeinlagerungen, deswegen Knochenkrankheiten, deswegen Sportprobleme und deswegen haben wir hier auch Knochenreifungsstörungen. Sie werden erst besser durch längeren Aufenthalt in Reinluftgebieten, das können sich wieder die Oststaaten erlauben, die verlagern solche Kinder zur Schulung für 2 Jahre aufs Land, dort wo man eben bessere Luft hat und dann gibt es Besserungsraten.

Ich will die ganze Palette nicht durchspielen, aber eins ist auch klar: im Bereich von Abluftzonen von Verbrennungsanlagen, und da meine ich zunächst einmal die klassischen Ver-

brennungsanlagen, wie die z.B. von Kohlekraftwerken. Da hat Beckenkamp in Saarbrücken gefunden, daß dort die Bronchialkrebsrate höher ist, hat herausgefunden, daß dort die Hautkrebsraten höher sind. Die letzteren beiden sind auch Krebsformen, die in dem Immunsystem, in unserem Abwehrsystem passieren. Wir sind im Augenblick dabei das Abwehrsystem besonders unserer Kinder weitgehend zu überlasten. Das zeigt auch Becker in Frankfurt, der herausgefunden hat, daß alle Kinder in Hochbelastungsgebieten im Verhältnis zu denen in nicht so hoch belasteten Gebieten Lymphknotenschwellungen haben, Blutbildveränderungen haben, im Sinne vom Abfall der roten Blutkörperchen, Anstieg der weißen Blutkörperchen, Lymphozytenveränderung.

Wir leben in einem immunologischen Dauerstreß und von daher kann man dann all diese anderen Dinge erklären, die wir vorher schon einmal aufs Tableau geholt haben, die erhöhten Infektraten, d.h. die erhöhten Infektionen bei Kindern. Zu den Erwachsenen kann man vor allen Dingen herausheben, daß dann eben die alten Leute ganz besonders anfällig sind, weil ihr Immunsystem durch Alterung noch geschwächt ist und daher gibt es dann hier sehr schnell Durchblutungsprobleme, Lungenentzündung, Hirnschläge, Durchblutungsprobleme vor allen Dingen des Herzens und Tod. Ich denke damit sollten wir erst einmal aufhören. Danke.

Schau an, schau an . . .

Dioxine aus Müllverbrennungsanlagen

"Man muß, und dafür gibt es Beispiele, damit rechnen, daß innerhalb der Betriebsdauer einer Müllverbrennungsanlage die Bodenbelastung in der Umgebung so hoch wird, daß es nicht mehr zu vertreten ist, und dies insbesondere nicht unter dem Aspekt, daß die Dioxine vom Umweltbundesamt und Bundesgesundheitsamt wohl etwas zu harmlos eingeschätzt worden sind. Daher ist die Frage der Bodenbelastung von ganz entscheidender Bedeutung."

(Dr. Henseling vom Hessischen Sozialministerium während des Erörterungstermins im Planfeststellungsverfahren zur MVA Frankfurter Osthafen)

Diese Äußerung dürfte für alle Bürger-Initiativen, die eine Müllverbrennungsanlage vor ihrer Haustür haben, von Bedeutung sein.

Arbeitsgruppe Erfahrungsaustausch Giftmüllverbrennungstandorte:

Da das Protokoll dieser Arbeitsgruppe vom Samstag-Vormittag seitens der Oberhausener Protokollanten nicht vorliegt, bringen wir als Ersatz an dieser Stelle einen Zusammenschnitt der Biebesheimer Problematik soweit uns Material hierzu zugänglich war. Fragen zu Biebesheim stießen in der Arbeitsgruppe auf großes Interesse.

Biebesheim

Die Anlage wird von der Hessischen Industrie-Müll (H I M) betrieben und arbeitet seit 1982.

In Biebesheim:

9. Mai 1986

Verpuffung im Sondermüll-Ofen

WIESBADEN. Ein Brand hat die Ver-
brennungsanlage für Sondermüll in Bie-
besheim (Kreis Groß-Gerau) für Wochen
außer Funktion gesetzt. Das Feuer war
nach Angaben des Umweltministeriums
in einem Lager für pastöse Abfälle ent-
standen, die sich durch Verpuffung ent-
zündet hatten. Die Flammen zerstörten
einen Kran und den Hauptkabelstrang,
der die Regeltechnik und Elektronik der
beiden Verbrennungsofen steuert. Der
werkseigene Brandschutz konnte das
Feuer unter Kontrolle bringen. Es wurde
niemand verletzt.

Werner Lutz

6101 Bickenbach am Bahnhof

....

Ich habe die Schäden in Bild und Text aufgezeichnet und bin gerne bereit Ihnen meine Bilddokumentationen und die grafische Auswertung meiner Aufzeichnungen vor zu legen. Sie wird Ihnen einen Eindruck dessen vermitteln, wie jahrzehntealte, gesund aufgewachsene Bäume sterben und welche Schadformen hier auftreten. Die unterschiedlichen Schadbilder mögen beweisen, daß nicht nur eine bestimmbare Schadstoffgruppe, wie sie bei einer industriellen Fertigung entsteht, einwirkt, sondern vielmehr von einer Quelle mit ständig wechselnden chemischen Verbindungen, ihren Ursprung nimmt, wie dieses bei der SVA-Biebesheim (HIM) der Fall ist.

Besonders eindeutig für meine Behauptung, daß die Schäden von der SVA-Biebesheim kommen, sind meine Aufzeichnungen vom Jahr 1986, die ich auch grafisch ausgewertet habe. Die Schäden an Menschen, wie Kopfschmerzen, Augenbrennen und Hautausschläge, decken sich mit Beobachtungen von Ärzten, Apothekern und Kindergärtnerinnen in den Orten Bickenbach, Seeheim-Jugenheim und Hähnlein-Alsbach. Entsprechende Schäden an Pflanzen treten parallel oder mit kurzer Verzögerung auf. Verschiedene Schadformen treten nach Verbrennung spezieller Chargen auf. So z.B. braune Flecken nach Pentachlorphenol im August 1984 / braune Blattränder (Blattrandnekrosen) Hautausschlag, Stickschmerzen und Augenbrennen nach PCB und Chlorosen (weiße Blätter) nach Salpeter (Bunkerbrand).

Am 5.5.86 entstand bei der SVA-Biebesheim durch grobliche Mißachtung aller, für den Bunkerbereich und die Sonderabfallan-
nahme geltenden Planfeststellungsvorschriften, ein größerer Bunkerbrand, der die Anlage bis 18.6.86 betriebsunfähig machte. Zu Lösungsmittelrückstände, die Toluol und Cerosin enthielten, wurden stark ätzende Nitroverbindungen gegeben. Beim Durchfahren mit der Greifer kam es zur Selbstentzündung (Ebenisch-westfälisches TÜV-Gutachten vom 19.6.86 zum Bunkerbrand Seite 2). Es entstand dadurch z.B. Trinitro-Toluol = TNT. Beim Vergleich der Anlieferungsliste (Anlage 4 Blatt 1 zu obigen Gutachten) und der Kopie der handschriftlichen Einlieferungsaufzeichnung, erkennt man, wie Herr Dr. Schöner und Herr Erbach, Gutachten manipuliert.

Am Abend des 6.5.86, wurde in Bickenbach "übeleregender Geruch" festgestellt und auch dem Bürgermeister gemeldet. Meine Nachbarin bekam einen schmerzlichen Hautausschlag am Gesäß, nach Hautkontakt auf ihrer Gartenbank. Mein Sohn Kai bekam einige Tage, später, beim Spielen, Sand in den Mund und darauf starke Verätzungen in der Mundhöhle und Zunge. Er konnte 8 Tage nichts Essen und nur nach starken Schmerzmitteln etwas trinken. Alle ärztlich Verordneten Medikamente blieben ohne Wirkung. Er weinte vor Hunger und Schmerzen, wenn er uns essen sah. Junge Bohnen und Fliederblätter wurden weiß und Junge Puten meiner Nachbarin starben an Darmläusen (Darmläusen). ~~Flieger- und Nierenblüten wurden welk.~~ Katzen und Hunden gingen die Haare aus und sie leckten sich blutig. Von diesem Brand ist nach einmütiger Aussage von Betreiber und Behörde, nie eine Gefahr ausgegangen - wir leben ja noch! -

10. Mai 1986

HIM-Vertreter Erbach meinte hinge-
gen, die Anlage sei die modernste der
Welt. „Doch Bunkerbrände sind nicht
auszuschließen“, betonte der Geschäfts-
führer. Allein 1985 hatten sich sechs sol-
cher Feuer entzündet. Für die Kreisver-
waltung Groß-Gerau ist daher die Lage-
rung des Mülls ein Schwachpunkt, der
dringend beseitigt werden müsse, wie die
Pressestelle des Landratsamtes auf An-

Dienstag, 16. September 1986.

Biebesheim:

Verbrennungsöfen wurden abgeschaltet

BIEBESHEIM. Zwei verstopfte Filter sind der Grund dafür, daß der zur Ver-
brennung bestimmte Sondermüll in
Hessen etwa zehn Tage auf Halde liegen
wird. Wie die „Hessische Industriemüll
GmbH“ (HIM) auf Anfrage bestätigte, ist
seit gestern die Abgasreinigung in der
von ihr betriebenen Sondermüll-Verbren-
nungsanlage in Biebesheim (Kreis Groß-
Gerau) komplett ausgefallen. Die beiden
Verbrennungsöfen der Anlage hatten
deshalb abgeschaltet werden müssen.

Freitag, 3. April 1987, Nr. 79

Feuer in Bunker für Chemieabfälle

DARMSTADT/BIEBESHEIM. In
einem Lagerbunker für Chemieabfälle
der Hessischen Industriemüll GmbH
(HIM) in Biebesheim (Landkreis Groß-
Gerau) ist gestern mittag aus noch unbe-
kannter Ursache ein Brand ausgebro-
chen. Durch das Feuer kam es vorüberge-
hend zu einer starken Rauchentwicklung.
Diese sei jedoch - so ein Sprecher im
Regierungspräsidium in Darmstadt -
für Menschen ungefährlich gewesen.

Mitarbeiter der HIM hätten die Flam-
men noch vor Eintreffen der alarmierten
Feuerwehren löschen können. Betriebs-
einrichtungen seien nicht beschädigt
worden. Eine Unterbrechung der routine-
mäßigen Arbeitsabläufe gab es angeblich
nicht.

bre

1,2,4-Trichlorbenzol wurde 1984 mit 1.500 µg/Kg Blätter und 100 µg/Kg Boden, 1985 mit 30 µg/Kg Boden und 1988 mit 8.000 µg/Kg Regenwassersediment nachgewiesen!

1,2,4-Trichlorbenzol entsteht in Verbrennungsanlagen und besonders bei der Verbrennung von PCB. So werden aus einem Molekül PCB zwei Moleküle Trichlorbenzol. Andere Betriebe, die mit diesem Stoff umgehen, gibt es im gesamten Unkreis nicht! Von hessischen Umweltministerium, unter Minister Claus, wurde sogar bestätigt, daß die Messwerte der halogenierten Kohlenwasserstoffe, bei der SVA, nicht denen entsprechen, die bei anderen Verbrennungsanlagen verlangt werden. Auch im Schwarzwald, wurde in der Nähe der Verbrennungsanlagen von CIBA-GEIGY und Dynamid-Nobel - Rheinfelden, 1,2,4-Trichlorbenzol nachgewiesen.

Die Schädigungen, die 1,2,4-Trichlorbenzol an Menschen verursachen sind kongruent mit den hier vorkommenden Erkrankungen.
....

Sondermüllöfen: Brand 28. bei Wartungsarbeiten

87 BIEBESHEIM. Bei Wartungsarbeiten an einem der beiden Öfen der Sonderabfallverbrennungsanlage in Biebesheim (Kreis Groß-Gerau) ist ein Brand ausgebrochen. Funkenflug bei Schweißarbeiten an der Stirnwand des Ofens habe am Montagabend einen zum Absaugen der Schweißgase eingesetzten Belüftungsschlauch und den dazugehörigen Lüfter in Brand gesetzt, berichtete gestern die Hessische Industriemüll GmbH (HIM).

3. Aus Sonderabfallverbrennungsanlagen werden beim Normalbetrieb große Mengenbeträge an Schwermetallen emittiert. Da die Schmelz- und Siedepunkte der Schwermetalle relativ niedrig liegen, wirkt sich die Hochtemperaturverbrennung hierbei besonders negativ aus. Für die Sonderabfallverbrennungsanlage der Hessischen Industriemüll GmbH in Biebesheim ergeben sich auf der Basis mehrerer NUKEM-Meßreihen folgende jährliche Schwermetallemissionen mit ihren Schwankungsbreiten:

Arsen (As)	:	16 kg
Beryllium (Be)	:	11 kg
Cadmium (Cd)	:	27 - 33 kg
Kobalt (Co)	:	16 kg
Chrom (Cr)	:	33 - 66 kg
Nickel (Ni)	:	27 - 165 kg
Quecksilber (Hg)	:	27 - 165 kg
Kupfer (Cu)	:	165 - 276 kg
Zinn (Sn)	:	221 - 359 kg
Eisen (Fe)	:	442 - 552 kg
Blei (Pb)	:	552 - 1658 kg
Zink (Zn)	:	995 - 3925 kg

(Diese Zahlen beziehen sich auf eine jährlich durchgesetzte Sonderabfallmenge von 60.000 t).

Die aufgeführten Schwermetalle müssen ebenso wie die oben genannten Dioxine und Furane als nahezu reine Zusatzbelastung der Luft angesehen werden, da diese nach Stoffart und Menge nicht durch die Umstellung von Hausfeuerungsanlagen auf Fernwärmenutzung kompensiert werden können. Zur Verdeutlichung der Zusatzbelastung, z. B. durch das Element Blei, soll ein Vergleich mit der Bleiemission von Pkw's dienen. Als Grundlage des Vergleichs dient der gemäß DIN 51600 noch bis zum Jahresende zulässige Höchstwert des Bleigehal-

Bürgerinitiative
gegen den Ausbau
und die Privatisierung
der Müll- und Klärschlamm-
verbrennungsanlage Krefeld
z. Hd. von
Herrn
Ulrich Grubert
Kreuzbergstraße 81
4150 Krefeld

*Auszug
aus der
Stellung-
nahme
der Bürger-
initiativen
bei einem
Hearing des
Regierungs-
Präsidenten
Düsseldorf
im
Nov. 87.*

*Vorgetragen
von U. Grubert,
Krefeld*

tes in verbleitem Normalbenzin von 0,15 g je Liter Benzin. Ausgehend vom Schwankungsbereich der jährlichen Bleiemission der Biebesheimer Anlage (552 - 1658 kg Blei) müßten bei einer jährlichen Fahrleistung von 15 000 km und einem Benzinverbrauch von 10 l je 100 km zusätzlich zwischen 2453 und 7368 Pkw's ihr Blei emittieren.

Welche ökologisch bzw. gesundheitlich relevanten Spuren die Schwermetallemissionen hinterlassen, erkennt man z. B. in der Umgebung der Sonderabfallverbrennungsanlage in Biebesheim. Seit 1984 hat das Hessische Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung kreisförmig um die Sonderabfallverbrennungsanlage herum jährlich die Schwermetallbelastung des Bodens und der angebauten Nahrungsmittel untersucht. In einem Brief vom 09.01.1987 an den Minister für Landwirtschaft und Forsten des Landes Hessen wird durch das Landesamt mitgeteilt, daß ein kontinuierlicher Anstieg bei den Metallen Quecksilber, Nickel, Cadmium, Blei und Chrom zu verzeichnen ist (teilweise haben sich in drei Jahren die Schadstoffmengen im Boden verdoppelt). Bezüglich des Cadmiumgehaltes in Aufwuchsproben wird festgestellt, daß inzwischen alle untersuchten Getreidekörner bzw. Kartoffel- und Sellerieproben die Richtwerte für Cadmium überschreiten. Während eine benachbarte Firma (zur Bleianreicherung von Benzinprodukten) sicherlich den Bleianstieg mitverursacht, sind die anderen Schwermetalle wie Chrom, Quecksilber, Nickel etc. in den Bodenproben ein Spiegelbild der Schadstoffemission der Verbrennungsanlage.

Arbeitsgruppe Deponien

Zunächst stellten sich alle Beteiligten gegenseitig vor und erklärten kurz ihre Erwartungen an die Arbeitsgruppe.

Folgende Bürgerinitiativen und Gruppen waren durch eine oder mehrere Personen vertreten; die Angabe in der Klammer besagt seit wann die Gruppe arbeitet:

- BI gegen die Giftmülldeponie Schönberg (1981)
- Uni Dortmund/Abt. Raumplanung Proj.: Giftmüllverbr. (Okt 1988)
- BI gegen Giftmüll Bad Bentheim (88)
- BI "Müll" aus Elsfleht (März 88)
- Ochtrup gegen Giftmüll e.V. (3/88)
- "Gegengift" Schermbeck (1985)
- BI Bodensanierungszentrum Bochum(88)
- Giftmülldeponie MH/DU (86-88, BI existiert nicht mehr)
- Öko-Institut, Büro Darmstadt (1985)
- BI gegen die Giftmülldeponie in Rehde Vardingholt (März 88)
- BI gegen SMD Ville (Nov.87)
- Müllgruppe Köln (83/84)
- Koordination gegen Bayer-Umweltgefährdung (1983)
- BI Mainhausen (1981)
- BI contra Giftmülluntertagedeponie Dortmund - Eving (1985)

Als Diskussionspunkte wurden festgelegt:

1. Verbesserung der Zusammenarbeit
2. Einschätzung der Situation; welche Aufgaben haben unsere BI's in der polit. Auseinandersetzung.
3. Formen des Widerstandes

Von mehreren Teilnehmenden wurde betont, wie wichtig der gegenseitige Informationsaustausch ist. Der z.Zt. stattfindende Austausch geht den informellen Weg und ist sehr wenig strukturiert.

Ziel einer verbesserten Zusammenarbeit sollte es sein, den Protest auch auf einer höheren (landes- und bundespolitischen) Ebene spürbar werden zu lassen. So könnten unsere Hauptforderungen, Vermeiden, Vermindern, Recyceln bundesweit deutliche gemacht werden.

Die TA-Abfall, die 1989 einschneidende, veränderte Bedingungen für uns schaffen wird, wurde als Beispiel genannt: um einen gemeinsamen Ansatz der inhaltl. und prakt. Arbeit zu schaffen (z.B. Faltblatt, größere Demo usw.)

Da das Thema "bundesweiter Zusammenschluß" nicht Hauptthema der AG war, wurde im Verlauf der Diskussion festgestellt, daß die eingeplante Diskussionsdauer am Sonntag vermutlich zu kurz sei. Die AG beschloß deshalb, dem Plenum eine Vorbesprechung zum bundesweiten Zusammenschluß für Samstag Nachmittag vorzuschlagen.

Zu Pkt. 2, Einschätzung der Situation, wurde die Frage unserer Gesprächsbereitschaft gegenüber Bundesämtern, Industrievertr. usw. diskutiert.

Da diese Diskussion aus Zeitgründen nicht beendet werden konnte, teile ich im Folgenden die Standpunkte mit- diese Diskussion, das war der abschließende Vorschlag, sollte unbedingt auf dem nächsten Treffen fortgesetzt werden:

- Werden die "Sachdialoge" tatsächlich ehrlich geführt?
- Wir werden in der Information nur hintenangeschaltet, die Industrie gibt nur Daten raus, die Ihr recht sind.
- Wir werden in die Rolle der Schirmherrschaft über Müllbeseitigungsanlagen gedrängt.
- Machen wir uns glaubwürdig, wenn wir die Teilnahme ablehnen?
- BUND-Vertreter werden häufiger als BI-Vertreter zu diesen "Dialogen" eingeladen - an den BUND sollte deshalb die Forderung gerichtet werden, BI-Vertreter mitzunehmen.

Arbeitsgruppe Klaus Kall

Juristische Fragen

- Erstellung eines Rahmenkonzeptes

Zuständig sind i. d. R. die Landesbehörden (z. B. Regierungspräsident), sie erstellen ein Rahmenkonzept, in dem Standorte ausgewiesen werden. Der Bezirksplanungsrat läßt sich beraten, danach werden die Standorte festgeklopft.

Schon in diesem Stadium Einwendungen über Mitglieder des Bezirksplanungsrates einbringen.

Der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz) wird in diesem Stadium nach §29 Bundesnaturschutzgesetz beteiligt, bevor der Plan als verbindlich erklärt wird. Schon hier können über Kontakte zum BUND Bedenken gegenüber den Standorten eingebracht werden.

- Planfeststellungsverfahren:

Formaler Ablauf (siehe beiliegendes Kopie aus NATUR 11(1988)):

Es gibt zwei Möglichkeiten der Genehmigung, und zwar nach Abfallgesetz: oder BImSchG

- | | |
|----------------------|-------------|
| 1. Offenlegung | |
| 2. Erörterungstermin | |
| 3. Beschluß | Bescheid |
| 4. ----- | Widerspruch |
| 5. Klage | Klage |

Einflußmöglichkeiten der Bürger sind:

zu 1. Einwendungen (Einsprüche) erheben bis i. d. R. 2 Wochen nach Ende der Offenlegung. Einwendungen möglichst nach zweierlei Art:

Masseneinwendungen wie folgt:
"Hiermit erhebe ich Einwendung gegen die geplante in Ich sehe mein Recht auf Leben und unversehrte Gesundheit durch diese Anlage bedroht."

NAME, VORNAME, ADRESSE, ORT,
UNTERSCHRIFT

Wichtig: Nur wer Einwendung erhebt, kann später auch klagen! Eine kleine Gruppe kann dazu detaillierte Einwendungen einreichen.

Die Kommune veranlassen, ebenfalls Einwendung zu erheben mit dem Ziel der späteren Klage (z. B. Planungshoheit verletzt).

zu 2. Beim Erörterungstermin detaillierte Einwendungen (Absprache Öko-Institut, BUND u. a.) vorbringen. Berater (schriftlich festhalten) können mitgenommen werden.

zu 3. - 5. Es ergeht Planfeststellungsbescheid. Gegen diesen Planfeststellungsbescheid kann Widerspruch (BImSchG) eingereicht werden. **Bis zu diesem Zeitpunkt entstehen keine Kosten.** Beim Abfallgesetz muß von BI Seite direkt nach dem Beschluß die Klage vor dem Obergericht eingereicht werden.

Kosten: mindestens 5000,00 DM, bei zusätzlichen Gutachten mehr.

- Möglichkeiten der Bürger

1. schon vor Offenlegung auf Politiker einwirken, damit Standort erst gar nicht in die Diskussion kommt.

2. Vermeidungspotentiale nachprüfen (siehe Anmerkungen Chr. Ewen)

3. Grundstückrechtsschutz muß Kosten für Klage übernehmen (Wertminderung des Eigentums)

4. Kläger sollte vorher (1/2 - 1 Jahr) Rechtsschutzvers. abschließen.

5. Kostenfond gründen: (Ziel 5.000 - 10.000 DM)

6. Kopien der Planungsunterlagen müssen zu ortsüblichen Preisen möglich sein.

7. Auslegung auf Antrag auch an Wochenenden und abends.

Wichtig: Eine Anlage, bei der es erst gar nicht zur Planfeststellung kommt, ist am wirkungsvollsten verhindert worden!

Die drei Verfahren auf einen Blick

EINSPRUCH · WIDERSPRUCH · KLAGE

Antragstellung. Ein „Betreiber“ stellt bei der zuständigen Behörde einen Antrag auf Genehmigung einer Anlage.

Prüfung bei der Behörde. Die Behörde prüft den Antrag. Sie muß dabei keine Fristen einhalten.

Bekanntmachung. Die Behörde macht den Antrag im amtlichen Mitteilungsblatt und in der Tageszeitung bekannt. *Siehe Beispiel unten.*

Öffentliche Auslegung. Die Behörde legt den Antrag samt allen Unterlagen zwei Monate lang aus. Jedermann/-frau kann ihn einsehen.

Ende der Öffentlichkeitsbeteiligung. Gegen das Vorhaben gibt es keine Einsprüche. Das Verfahren wird ohne weitere Beteiligung der Öffentlichkeit beendet. Der Betreiber erhält einen Bescheid von der Behörde.

Einwendung. Bürger fühlen sich von der Anlage „betroffen“. Sie legen während der zweimonatigen Auslegungsfrist schriftlich Einspruch bei der Behörde ein. Sie werden damit zu „Einwendern“.

Erörterungstermin. Die Behörde erörtert das Vorhaben auf einer gemeinsamen Versammlung mit den Einwendern und mit dem Betreiber.

Prüfung bei der Behörde. Die Behörde prüft das Vorhaben erneut.

Bescheid. Die Behörde gibt ihre Entscheidung bekannt. In der Regel wird der Bescheid den Einwendern zugesandt.

Ende des Einspruchsverfahrens. Die Einwender akzeptieren den Bescheid der Behörde. Das Einspruchsverfahren ist damit beendet.

Widerspruch. Die Einwender finden sich mit dem Bescheid nicht ab. Sie haben einen Monat Zeit, um bei der Behörde schriftlich Widerspruch einzulegen. Sie werden damit zu „Widerspruchsführern“.

Prüfung bei der Behörde. Die Behörde prüft die Gründe für den Widerspruch.

Widerspruchsbescheid. Die Behörde teilt mit, wie sie über den Widerspruch entschieden hat.

Ende des Widerspruchsverfahrens. Die Widerspruchsführer akzeptieren den Bescheid der Behörde. Das Widerspruchsverfahren ist damit beendet.

Einreichung der Klageschrift. Die Widerspruchsführer finden sich mit dem Widerspruchsbescheid nicht ab. Sie haben einen Monat Zeit, um beim zuständigen Verwaltungsgericht Klage einzureichen.

Mündliche Verhandlung. Das Gericht erörtert in einer mündlichen Verhandlung das Vorhaben und die Belangen der klagenden Bürger.

Urteil. Das Gericht verkündet sein Urteil.

Ende des Klageverfahrens. Die Kläger akzeptieren das Urteil. Das Klageverfahren ist damit beendet.

Rechtsmittel gegen das Urteil. Die Kläger finden sich mit dem Urteil nicht ab. Die können Rechtsmittel einlegen. Letzte Instanz ist das Bundesverwaltungsgericht.

Nr.51/Freitag, 16. Dezember 1988

Öffentliche Bekanntmachung

Die Firmen Kleinholz-Recycling GmbH, Westuferstraße, 4300 Essen, und Kraftwerk-Union GmbH, Hammerbachstraße 12 und 14, 8520 Erlangen, haben die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens nach § 7 Abs. 1 des Gesetzes über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen (Abfallgesetz - AbfG -) vom 27. 8. 1986 (BGBl. I S. 1410) für die Errichtung und den Betrieb einer ortsfesten Abfallentsorgungsanlage - kombinierte Entsorgungsanlage (KEA) einschließlich aller Nebeneinrichtungen - auf dem Gelände in 4300 Essen 11, Westuferstraße/Am Stadthafen, beantragt.

Das unter dem Aktenzeichen 23.16.8851.2-14/86 geführte Planfeststellungsverfahren - in dem ein Plan für die Errichtung und den Betrieb einer kombinierten Entsorgungsanlage in Essen, Westuferstraße/Am Stadthafen, bereits zur Einsicht ausgelegt und am 2. Mai 1988 erörtert worden ist - ruht gegenwärtig.

Von der Planfeststellung werden folgende Grundstücke betroffen: Gemarkung Vogelheim, Flur 18, Flurstücke 32, 51 bis 55, 42, 47, 171 und 172. Ferner können durch das geplante Vorhaben aufgrund der vorhandenen Infrastruktur (Verkehrswege und Wasserleitungen) folgende Grundstücke berührt werden: Gemarkung Vogelheim, Flur 18 bis 21, 34, 37, 41 bis 43, 46; Gemarkung Altessen, Flur 28.

Die KEA-Anlage soll der Entsorgung von festen, flüssigen, schlammigen und pastösen Sonderabfällen mit einer Kapazität von maximal 192.000 t/a dienen, die Feuerungs-wärmeleistung beträgt insgesamt 160 GJ/h. Die Gesamtanlage besteht im wesentlichen aus fünf Anlageteilen:

- Annahme, Behandlung und Lagerung von flüssigen Abfällen;
- CKW-Verbrennungsanlage für Chlorkohlenwasserstoff-Vielstoff-Gemische, Askarole, Altöl- und Lose-mittelgemische;

- Hochtemperatur-Verbrennungsanlage für Trocknen, Lösungsmittelorganische, CKW-Abtrennwasser, Depo-niesickerwässer, feste, schlammige und pastöse Sonderabfälle, Betriebsmittelrückstände und ähnliches;

d) Schwelanlage für z. B. mit Öl und Teeröl verunreinigte Erden (Altlasten);

e) Abwasseraufbereitung für die anfallenden Abwasserströme.

Der Plan liegt gemäß § 73 Abs. 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG, NW) vom 21. 12. 1976 (GV. NW, 1986, S. 438/SCV. NW, 2010) in der Zeit vom 9. Januar 1989 bis 9. Februar 1989 einschließlich wie folgt zu jedermanns Einsicht aus: in Essen: Deutschlandhaus, Lindemaltee 10, Raum 555, montags bis freitags von 8 bis 16 Uhr; in Gelsenkirchen, in Bottrop, in Gladbeck.

Einwendungen gegen den Plan können schriftlich oder mündlich zur Niederschrift bis spätestens zwei Wochen nach dem Ende der Auslegungsfrist (bis zum 23. Februar 1989) bei den o. a. Auslegungsstellen oder beim Regierungspräsidenten, Dezernat 55, 4000 Düsseldorf, Cecilienallee 2, erhoben werden.

Die Einwendungen haben neben Vor- und Familiennamen auch die voll lesbare Anschrift des Einwenders zu tragen. Unleserliche Namen und Anschriften werden unberücksichtigt gelassen. Darüber hinaus können auch nur solche Einwendungen berücksichtigt werden, die konkret angeben, welche Beeinträchtigungen befürchtet werden.

Ein Erörterungstermin wird zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben.

Düsseldorf, den 2. 12. 1988, Der Regierungspräsident, im Auftrag: gez. Müller-Heuser.

Arbeitsgruppe TA - Luft:

Techn. Anleitung oder Politische Anweisung?

Kritik der TA Luft
-Bezug zur Sondermüllverbrennung-

- I. Was ist und soll die TA Luft ?
- II. Kritikpunkte
- III. Schlußbemerkung

zu I Was ist und soll die TA Luft ?

Die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) ist eine Verwaltungsvorschrift, also eine Dienstanweisung der oberen Fachbehörde an die unteren Behördeninstanzen. Damit soll bundesweit einheitliche Auslegung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) durch die Genehmigungsbehörden gewährleistet werden. Insbesondere soll die TA Luft festlegen, wann Umwelteinwirkungen schädlich sind. Denn dann darf eine genehmigungsfähige Anlage, wie die Sondermüllverbrennungsanlage, nicht errichtet und betrieben werden, vgl. § 5 (1) Nr. 1 BImSchG:

"Genehmigungsbedürftige Anlagen sind so zu errichten und zu betreiben, daß schädliche Umwelteinwirkungen ... für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft nicht hervorgerufen werden."

Die TA Luft (neueste Fassung vom 4.04.1986) enthält im wesentlichen : Begriffsbestimmungen, Grenzwerte, Berechnungsanleitungen für die Prognosewerte, spezielle Aussagen über bestimmte Anlagenarten und eine besondere Regelung für Altanlagen (= Anlagen, deren Genehmigung älter als der 4.04.1986 ist.)

Ausdrückliche Aussagen zur SMVA enthält die TA Luft weniger, als das sind:

"Werden Abfälle verbrannt, deren Gehalte an polychlorierten Kohlenwasserstoffen, wie PCB oder PCP, über den bei Hausmüll oder haumüllähnlichen Abfällen üblichen Spurengehalten dieser Stoffe liegen, ist im Nachverbrennungsraum eine Mindesttemperatur von 1200 Grad Celsius erforderlich, es sei denn, durch geeignete andere Maßnahmen wird sichergestellt, daß keine erhöhten Emissionen entstehen." (3.3.8.1.1., Absatz 5, Satz 3)

"... bei Anlagen für den Einsatz anderer Abfälle als Hausmüll oder haumüllähnlicher Abfälle gilt 3.1.4." (staubförmige anorganische Stoffe) "unabhängig von den dort festgelegten Massenströmen." (2.2.0., Absatz 7, letzter HS)

"Anlagen für den Einsatz anderer Abfälle als Hausmüll oder haumüllähnlicher Abfälle sind zusätzlich mit Meßeinrichtungen auszurüsten, die die Emissionen an SO₂ und gasförmigen anorganischen Fluorverbindungen kontinuierlich ermitteln." (2.2.0., Absatz 14, Satz 1)
"... und bei Anlagen für den Einsatz sonstiger Abfälle sind auch die Massenkonzentrationen der staubförmigen Emissionen, der gasförmigen anorganischen Chlorverbindungen und der organischen Stoffe, gemessen als Gesamtkohlenstoff, kontinuierlich zu ermitteln." (2.2.0., Absatz 13)

Im übrigen soll auf eine SMVA die Aussagen zur HMVA und die sonstigen allgemeinen Festlegungen anzuwenden sein.

zu II Kritikpunkte :

1. Die TA Luft wird ihrem Anspruch nicht gerecht, eine die Verwaltung vereinheitlichende Dienstvorschrift zu sein. Es verbleibt für die genehmigende Behörde vor Ort ein z.T. enormer Spielraum. Damit besteht die Gefahr, daß die Behörde mit dem Betreiber und der Technik projektierenden Firmen unzulässige Vorabsprachen trifft. Hierbei sind die Betreiber und die Firmen allemal in der stärkeren Position. Wenn es in NRW zu einer relativ einheitlichen Genehmigungspraxis gekommen ist, dann wohl nicht, weil die Behörden einheitlich angewiesen wurden, sondern weil ein- und derselbe Planer überregional aufgetreten ist. Und ist das dann eine Garantie für den neuesten Stand der Technik ? Ein Beispiel des der örtlichen Behörde verbleibenden Spielraumes ist die Regelung, das bei Schadstoffen, für die keine Immissionswerte festgelegt sind, eine Einzelfallprüfung darüber, ob die Umwelteinwirkungen schädlich sind, nur dann erforderlich ist, wenn "hierfür hinreichende Anhaltspunkte" vorliegen, vgl. 2.2.1.3., 1. Absatz. Was dies nun im einzelnen bedeutet, bleibt in der TA selbst völlig offen; eine Gummiformulierung, deren Ausfüllung der jeweiligen Behörde überlassen bleibt. Diese Situation war der NRW-Regierung nun doch zu extrem. Der Zweck der TA, ein einheitliches Verwaltungshandeln zu ermöglichen, war nicht erfüllt. Und so erließ das Bundesland NRW - und nur dieses - selbst wiederum eine Verwaltungsvorschrift zur TA Luft, die "Durchführung der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft", neuester Stand: MBl.N.W. 1986, S.1058ff. Und diese legt auf 5 Seiten dar, wie die Klausel "hinreichende Anhaltspunkte" einheitlich anzuwenden ist. Empfehlung: Man lese lieber die Durchführungsvorschrift zur TA, wenn man konkrete Hinweise auf das Behördenhandeln erhalten will. Auch die Praxis anderer Bundesländer orientiert sich an dem NRW-Erlaß.
2. Die TA ist eine schriftliche Vorabsprache zwischen Bundesregierung und der Betreiberseite, tendenziell zu Lasten der von den Emissionen Betroffenen. Dies läßt das Verfahren der Aufstellung der TA vermuten und in gleichgelagerten Fällen schon jetzt beweisen. Die Bundesregierung erläßt nach "Anhörung der beteiligten Kreise die TA, vgl. § 48 BImSchG. Wer sind die beteiligten Kreise ? In der Praxis doch wohl überwiegend nicht die emissionsbetroffenen Bürger; das zeigt kürzlich im Parallelfall die Anhörung zur 16. BImSchVO über die Lagerung und das Tanken gefährlicher Stoffe : 22 Industrievertreter, 2 Behördenvertreter, 2 Vertreter der Umweltschutzverbände.
3. Die Vorschrift will eine technische Anleitung sein. Spätestens seit 1983 ist sie jedoch in immer direkterem Ausmaße eine politische Anweisung geworden. Bei der Frage, was das technisch Geeignete sei, festgestellte Schädlichkeiten zu vermeiden, entscheidet nicht primär das technisch Mögliche, sondern die wirtschaftliche Rechnung, und hier auch nur die kurzfristig denkende, insofern eine politische. Belege finden wir im Kern der noch anzuführenden Punkte, besonders in der Altanlagenregelung.
4. Die TA ist von ihrem Wesen her aufgrund des langwierigen Novellierungsverfahrens immer potentiell veraltet und hinkt hinter den neuen Erkenntnissen hinterher. So wurde z.B. Benzol erst 1983 in der TA als krebserregend eingestuft, viel später als in den anderen Registern krebserregender Stoffe. Daher hat die Rechtsprechung schon frühzeitig der Wirkung der TA Grenzen gezogen : Am 17.02.78 entschied das Bundesverwaltungsgericht, daß die Behörde an die TA dann nicht gebunden sind, wenn neuere abweichende Erkenntnisse der Forschung oder atypische Sachverhalte vorliegen, denn die TA könne ja nur den Erkenntnisstand bei ihrer Entstehung und für den Regelfall verwertet haben.
5. Unter diesen Vorbehalten hatte dasselbe Gericht die TA als vorweggenommenes Sachverständigengutachten anerkannt. Bei sachlichen Zweifeln an der Unschädlichkeit können sich danach die Behörde oder das Gericht auf die TA berufen, ohne Beweise erheben zu müssen. Dem kann heute nicht mehr uneingeschränkt zugestimmt werden. Zumindestens muß je nach Abschnitt der TA differenziert werden. Ein Sachverständigengutachten darf nur nüchterne naturwiss.-technische Aussagen enthalten und nicht schon (politisch, s.o.) Bewertungen hinsichtlich der Anforderungen des Gesetzes.
6. Trotz der Angabe von Grenzwerten ist das Überschreiten in der Regel erlaubt, sowohl bei Alt- als auch bei Neuanlagen. Alle Anforderungen der TA stehen unter dem Vorbehalt der Verhältnismäßigkeit. Der Aufwand für das technische Mittel, das die schädlichen Emissionen gering halten soll, darf nicht übermäßig zu Lasten des Betreibers gehen; sprich : es muß billig sein. Daher gibt es praktisch kein Verbot einer Anlage, die krebserzeugende Stoffe "wirtschaftlich unvermeidbar" emittiert.
7. Die Grenzwerte beziehen sich nur auf das Medium Luft. Ausbreitungsberechnungen beziehen sich nur auf die Atmosphäre. Was mit den Schadstoffen passiert, wenn sie das Medium wechseln (von der Luft in das Wasser, in den Boden) interessiert die einmediale TA nicht mehr - darf sie auch garnicht mehr, denn die dortige Ausbreitung ist (erst recht) nicht berechenbar oder passt ihr als Anreicherung nicht ins Konzept.

8. Die Zahl der Stoffe mit Immissionsgrenzwerten ist beschränkt. Es gibt nur 3 Grenzwerte zum Schutz vor Gesundheitsgefahren. Im Ausland gibt es z.T. mehr. Sind den wir Deutschen weniger schützenswert und ist den bei uns die Forschung nicht auf dem internationalen Stand? Dioxine und Furane haben hier keine Grenzwerte. Auch für Quecksilber gibt es keinen ausdrücklichen Wert, lediglich innerhalb eines nicht differenzierenden Summenwertes an Staub kann es berücksichtigt werden.
9. Für grenzwertlose Stoffe gilt allgemein nur die Emissionsminderungspflicht, (§ 3.1.2.), d.h. in der Praxis:
1. Genehmigung: ja
 2. Auflage: Emissionsminderung
Voraussetzung ist hierfür aber eine wirksame Kontrolle durch die Behörde mittels einer betreiberunabhängigen laufenden Emissionsmessung. Dies ist bei der SMVA nur z.T. vorgesehen und nicht betreiberunabhängig.
 3. Emissionsminderung: in der Praxis keine Minderung der Schadstofffracht, sondern lediglich Verdünnung durch höhere Schornsteine.
10. Kritik der Grenzwerte an sich:
- a) Sie gelten nur bei bestimmungsgemäßen Betrieb; Störfälle werden nicht berücksichtigt. Sie sind reine Schornsteinwerte; offene Emissionen fallen unterm Tisch.
 - b) Ursprünglich erkannte das Bundesverwaltungsgericht die Grenzwerte als trennscharfe Linie zwischen Unschädlichkeit und Schädlichkeit an (17.02.1978). Seit 1984 folgt jedoch die obere Rechtsprechung der zutreffenderen Ansicht des OVG Münster (dieses schon seit dem 7.07.1976):
Die Bedeutung der Grenzwerte ist relativ. Es verbleiben trotz Grenzwerte Unsicherheiten über die Unschädlichkeit wegen
 1. der Variationsbreite menschlicher Reaktionen (unterschiedliche Empfindlichkeit)
 2. der Kenntnislücken
 3. der nicht zu vermeidenden Ungenauigkeit bei ihrer Ermittlung
 D.h. es verbleibt ein Restrisiko, das atypischen Sachverhalten zu einem ganz realen Risiko erstarkt.
 - c) Es gibt keine Immissionsgrenzwerte für krebserregende Stoffe, sondern es bleibt bei einer Schornsteinerhöhung. Nach dem Zweck der TA, Schädlichkeiten zu vermeiden, bedürfte es hier eigentlich zwingend einer Nulllösung, d.h. Emissionsverbot. Dies fehlt. Grenzwerte wären da schon ein Kompromiß, für dessen Konsequenz ("20.000 Krebserkrankte mehr") aber keiner die politische Verantwortung tragen will. Indem aber hier die TA den Weg weder - noch geht, und emittieren läßt, spricht sie sich zugunsten des Betreibers und nicht zugunsten des Schutzes vor bewußt in Kauf genommenen Krebserregern aus.
 - d) Die Grenzwerte gelten nicht für die Umwandlungsprodukte, die vielleicht giftiger sind. Sie gelten nicht für das Auftreten verschiedener Stoffe zur gleichen Zeit. Unrealistisch ist die Beurteilung der Schädlichkeit der Stoffe im menschlichen Körper anhand der Konzentrationen des Schadstoffes in der Luft. Zu fordern sind daher biologische Dosiswerte, die Synergismen und Umwandlungsprodukte berücksichtigen.
 - e) Und wo sind die Gefahrgrenzwerte für sensiblere Pflanzen und Tiere (, an denen vielleicht eine wichtige Nahrungskette hängt) ?
11. Für die geplante Anlage werden Kenngrößen ermittelt, die mit den Grenzwerten verglichen werden. Das in der TA niedergelegte Verfahren zur Ermittlung dieser Prognosewerte läßt an Realitätsbezug einiges zu wünschen übrig. Lokale Spitzenbelastungen werden herausgemittelt. Schwachwindlagen sollen (nach Hörensagen) unterrepräsentiert sein.
Auch wenn die Kenngröße ermittelt ist, darf sie erst dann berücksichtigt werden, wenn sie mehr als 1% der Vorbelastung übersteigt. Folge: absolut gleicher Zuwachs an Schadstoffen und gleicher Gefahr für die Gesundheit wird ungerechtfertigt je nach Wohnsitz ungleich behandelt.
12. Ebenso geringen Bezug zur Realität hat das vorgeschriebene Verfahren zur Messung der Vorbelastung oder der Belastung nach Inbetriebnahme:
1. zu geringe Meßhäufigkeit: max. 13 mal pro Jahr, abhängig von einer außerwissenschaftlichen Vorentscheidung der Behörde.
 2. räumliche Verteilung der Meßproben: sehr grobmaschig und ja nicht in der Nähe einer Emissionsquelle.
 3. das alles auf einem Meßgebiet, das Ferntransporte von Luftschadstoffen und deren Wirkungen - Alpenwaldschäden - außerachtläßt.
 4. Mittelung der Meßwerte über je ein Quadrat mit 1 km Seitenlänge. So erhält man über zu große Mittelungsflächen relativ zu kleine "Meß"-werte.

13. Es gilt der allgemeine Grundsatz der Emissionsminderung. In der Ausformung durch die TA heißt er in der Praxis: bis zur Höhe von 250m kann durch Schornsteinerhöhung dem Grundsatz genüge getan werden. Erst dann entsteht die Pflicht - bei wirtschaftlicher Angemessenheit - Filter einzubauen. Schornsteinerhöhung bedeutet ja bekanntlich keine Minderung der Schadstofffracht. Es kommt nur zur Verdünnung über eine größere Fläche. Diese Verdünnung ist aber bei langlebigen Verbindungen wie Dioxinen nur Kurzfristiger Natur; über die Nahrungskette wird es dann schon wieder zu einer Anreicherung kommen. Zwar nicht in der Luft, aber im Körper.
14. Altanlagen besitzen folgende Privilegien zu Lasten der Gesundheit. Wer die Grenzwerte um mehr als 50% überschreitet, kann 5 Jahre ungestört weiterproduzieren. Wer die Werte um weniger als 50% überschreitet, 8 Jahre. Wer sich verpflichtet, seine Anlage in 10 Jahren stillzulegen, bleibt auf Dauer ungestört. Eine versteckte Altanlagenregelung, von der niemand gerne spricht, findet sich in der Ziffer 3.3.4.1.,g.5. IVm. 2.3., außerhalb des offiziellen Altanlagenteils: Altanlagen, die Benzol bis zu 4 mal höher als erlaubt ausstoßen, können 10 Jahre ungestört weiterproduzieren und erst danach müssen sie modernisieren.
15. Die Regelung zur SMVA ist unzureichend. Sie bezieht sich auf die HMVA; doch die Abgrenzung HMVA - SMVA ist in der Praxis schon unklar und nicht einheitlich. Desweiteren ist die Zahl der zu prüfenden Stoffe zu klein. Dioxine werden zwar genannt, einschlägige Wertangaben fehlen aber völlig. Von der Systematik der TA läßt sich daher vermuten, daß sie inoffiziell schon als krebserzeugend eingestuft sind. Auch das Problem der Dioxinentstehung in der Abkühlphase ist noch garnicht erfaßt. Um nur einiges zu nennen.
Indirektes Eingeständnis, daß die Aussagen der TA dazu nicht ausreichen, ergibt sich aus den laufenden Vorarbeiten der für das erste Halbjahr 1989 geplanten TA Abfall. Die Müllverbrennung - als eigentliche Ausnahme - soll hier als die Regel festgeschrieben werden. Zwar nimmt die neuen Diskussionspunkte in Sachen Emissionen der SMVA's auf, aber es wird zu keinem Verbot CL-haltiger Substanzen und auch nicht zu einem Grenzwert für Dioxine oder Furane kommen.

zu III. Schlußbemerkung

Welche Forderungen lassen sich aus den in (I) und (II) angesprochenen Themen im wesentlichen ziehen?

1. Zu fordern ist zunächst ein realistischer Maßstab dafür, ob eine Umwelteinwirkung schädlich ist oder nicht (biolog. Dosiswerte, größeres Beurteilungsgebiet, kleinere Mittelungsflächen, für Meß- und Prognoseverfahren).
2. Bei der Aufstellung der TA bedarf es einer unabhängigen Instanz.
3. Bei Unsicherheiten über die Schädlichkeit gilt die Zweifelsregelung: zugunsten der Betroffenen ein Moratorium (bei SMVA mit ihren nur zu ca. 20% bekannten Emissionen wird es zu einem Moratorium kommen).
4. Für alle Stoffe ohne Grenzwerte gibt es im Einzelfall eine Prüfung ohne Vorbedingung, d.h. Wegfall der Klausel "hinreichende Anhaltspunkte".
5. Befristung der Genehmigungen, umfassendere kontinuierliche Messungen, Irrelevanz der Vorbelastung, Emissionsfrachtminderung statt Verdünnung, ...Stärkung der Bürgerkontrolle.
Solange diese Forderungen nicht erfüllt werden, muß die gesamte Bevölkerung Sondermüllverbrennungsanlagen ablehnen.

(Verfasser: Stephan Voigt)

Greenpeace und BUND: Bonn fördert Giftmüllproduktion

BONN, 20. Dezember (AP/dpa). Die führenden Umweltverbände in der Bundesrepublik haben die neuen gesetzlichen Bestimmungen zur Behandlung von Sondermüll als unzureichend abgelehnt. Bei einer Anhörung zur sogenannten Technischen Anleitung (TA) Sonderabfall erklärten Sprecher von Greenpeace und des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) am Dienstag in Bonn, der Entwurf werde seinem selbstgesteckten Ziel, Menschen, Tiere und Pflanzen vor giftigen Abfällen zu schützen, nicht gerecht.

Sie nannten die Vorlage eine Anleitung

„zur ungehemmten Fortführung der Giftmüllproduktion“. Statt klare Regelungen zur Vermeidung und umweltverträglichen Verwertung gefährlicher Abfälle vorzulegen, gelte die erste Sorge der Regierung offensichtlich dem Ausbau der Kapazität von Sonderabfallagern und -verbrennungsanlagen.

Besonders kritisch zu bewerten sei die Absicht, alles, was brennbar sei, in Sondermüllverbrennungsanlagen einzuschern. Greenpeace und BUND forderten, daß halogenierte Kohlenwasserstoffe, die bei der Produktion von Kunststoffen, Lösungsmitteln und Farben anfallen, künftig nicht mehr verbrannt werden dürften, weil die Entstehung und Verbreitung von hochgiftigen Verbindungen nicht zuverlässig verhütet werden könne.

TA-Abfall

Siehe auch Beitrag
v. A. Ahrens

Abschlußerklärung

Verabschiedet von den ca 100 Anwesenden beim 2. bundesweiten Treffen der Anti-Giftmüll-Bürgerinitiativen am 30.10.1988 in Essen.

Der Giftmüllberg wächst weiterhin, bedingt durch fortschreitende Giftmüllproduktion der Industrie und die politische Konzeption der Regierung. Dabei gibt es heute keinen bundesweiten Überblick mit verlässlichen Zahlen über anfallende Giftmüllmengen und ihren Verbleib. Das Giftmüllproblem droht sich zu verselbstständigen, weil die politisch Verantwortlichen keine Entscheidungen gegen Industrie und Wirtschaft treffen.

Die Regierung hat diesem Problem einzig die "Entsorgung durch den Schornstein" und die weitere Deponierung entgegensetzen. Die Bundesrepublik und darüber hinaus die Länder der Europäischen Gemeinschaft sollen zu einem Ballungszentrum von Müllverbrennungsanlagen werden. Dies ist keine Lösung, weil dabei unkalkulierbare Risiken entstehen. Durch die Deponierung wird unter anderem das Grundwasser belastet, Verbrennung hinterläßt gefährliche Reststoffe und produziert Dioxine und Furane sowie andere Schadstoffe. Diese massive Bedrohung für Menschen und Umwelt, bedingt durch zahlreiche technische Schwachpunkte mit ökologisch verheerenden Auswirkungen, muß unbedingt abgewendet werden.

Dringendes Anliegen aller Bürgerinitiativen und Umweltverbände ist es daher, Regierung und Industrie zu zwingen, endlich bereits vorhandene Alternativen, besonders bestehende Möglichkeiten der Vermeidung, einzusetzen und Wege ihrer Durchsetzbarkeit zu ebnen. Wichtige Voraussetzung für eine derartige Entwicklung ist die Verhinderung neuer Universalverbrennungsanlagen.

Darüberhinaus ist die langfristige Ausrichtung der sogenannten "Entsorgungssicherheit" auf Verbrennungstechnologie angesichts der weltweiten Diskussion um die Klimakatastrophe in höchstem Maße verantwortungslos.

Die Bürgerinitiativen fordern mit ihrem zweiten Bundestreffen dazu auf, ernst zu machen mit dem Konzept Vermeiden statt Verbrennen. Durch folgende Maßnahmen ist dieses Ziel zu erreichen:

1. Die Bundesregierung muß umweltgefährdende Stoffe, Produkte und Produktionsverfahren, die im Verdacht stehen krebserregend, erbgutverändernd, fruchtschädigend, schwer abbaubar und anreicherbar zu sein, verbieten. Die rechtlichen Möglichkeiten hat sie.
2. Die Bundesregierung muß die Produktion und Verwendung solcher Waren verbieten, die zu gefährlichen Abfällen führen. Ein Beispiel wäre ein Verbot der halogenierten Kohlenwasserstoffe, wie z.B. PVC und Pflanzenschutzmittel, sowie der Verwendung von Schwermetallen in Farben und Plastikmaterialien.

Darüberhinaus sind für bestimmte Produkte Kennzeichnungs- und Rücknahmeverpflichtungen zu erlassen. Beispiele dafür wären Batterien und Plastikbehälter.

3. Die Parteien des Bundestages und die Bundesregierung sind aufgefordert gesetzlich eine Umweltverträglichkeitsprüfung für Produkte und Herstellungsverfahren festzuschreiben.
4. Bundestag und Bundesregierung sind aufgefordert eine eindeutige Priorität der stofflichen Verwertung von Abfällen vor der Verbrennung im Abfallgesetz zu verankern. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, daß Verbrennung keine sinnvolle Strategie der Energieeinsparung ist.
5. Die Regierungen ^{der Bundesländer} müssen alle rechtlichen Spielräume ausschöpfen um die Industriebetriebe zu zwingen ihrer bestehenden Verpflichtung zur Abfallvermeidung nachzukommen (Bundes-Immissionsschutzgesetz §5 (1) Nr.3)
6. Industrie und Forschungseinrichtungen sind aufgefordert Vermeidungsstrategien für Gewerbe- und Industriebranchen zu entwickeln:
 - Maßnahmen in der Produktgestaltung
 - produktionsvorgeschaltete Maßnahmen
 - Maßnahmen im Produktionsprozeß
 - produktionsnachgeschaltete Maßnahmen.
7. Festlegung von Steuern oder Abgaben auf umweltschädliche Produkte und Abfälle zur finanziellen Förderung von umweltverträglichen Produktionsverfahren und Produktkonzepten.
8. Ausreichende Überwachung und Beratung von Betrieben - Aufbau und Verbesserung der Personalstruktur der Bundes- und Landesbehörden.
9. Die Bundesregierung und die Regierungen der Bundesländer müssen eine Struktur zur Erfassung aller aktuellen Abfalldaten aufbauen. Die entsprechenden Informationen über Erzeugerfirmen, Abfallarten, Mengen, Transportwege und den letztendlichen Verbleib müssen für die Öffentlichkeit grundsätzlich zugänglich sein.
10. In den Industrie- und Gewerbebetrieben müssen giftige Arbeitsstoffe am Arbeitsplatz durch umweltfreundliche und für die Gesundheit der Menschen unbedenkliche Stoffe ersetzt werden.
11. Ein Ausstieg aus der Seeverbrennung darf nicht mit dem Bau neuer Landverbrennungsanlagen erkauft werden. Chemische Industrie und Bundesregierung sind aufgefordert, kurzfristig durch Maßnahmen des Lösemittelrecyclings, und mittelfristig durch die Einstellung der Produktion von halogenierten Kohlenwasserstoffen die Seeverbrennung verzichtbar zu machen.
12. Die Landesregierungen und Kommunen müssen Konzepte zur Altlastensanierung einsetzen, die nicht auf Verbrennungstechnologie basieren. Vielmehr sind Technologien zu entwickeln, die den regionalen und stofflichen Gegebenheiten angepaßt sind.
13. Giftige Reststoffe, die verbrannt werden sollen, sind grundsätzlich Abfall. Die Bundesregierung und die zuständigen Landesbehörden sind aufgefordert,

die Verbrennung giftiger Abfälle außerhalb von Abfallanlagen zu unterbinden (z.B. in Zementwerken, Kraftwerken etc.).

14. Die Bürgerinitiativen wenden sich gegen die Bestrebung der Bundesregierung, die gesetzlichen Mitwirkungs- und Einspruchsrechte der Bevölkerung an Abfallverbrennungsstandorten einzuschränken. So ist zum Beispiel eine 17. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz in Vorbereitung, durch die unter anderem die Dioxin-Emission von Verbrennungsanlagen per Verordnung für unbedenklich erklärt werden sollen. Das stellt einen massiven Verstoß gegen die Gesundheitsinteressen der Bevölkerung, und die gesetzlich verankerten Möglichkeiten diese Interessen einzuklagen, dar.

Die Verwirklichung dieser Forderungen würde dazu führen, die Verantwortung für Giftmüllentstehung und Giftmüllbehandlung schon bei der Planung des Produktionsprozesses wahrzunehmen und unsere Umwelt zukünftig zu entgiften.

Solange von Seiten der Bundesregierung, der Landesregierungen und der Industrie keine Maßnahmen in diese Richtung ergriffen werden, lehnen die Bürgerinitiativen neue Abfallverbrennungsanlagen und neue Deponien grundsätzlich ab.

Die Initiativen fordern die Bevölkerung auf, sich entschieden für diese Forderungen einzusetzen, und so den notwendigen politischen Druck für ihre Durchsetzung zu erzeugen.

Allergien aus dem Schornstein

Dr. Berthold Mersmann: Politik der hohen Kamine macht uns krank

Verbrennung ist Vermeidungs-Gift

Umweltfreundliche Entsorgung aus der Sicht der Arbeiter

Am 29./30. Oktober findet in der Essener Zeche Carl ein Bundestreffen von Anti-Giftmüll-Initiativen statt. Themenschwerpunkt: der betriebliche Alltag. Sollte die von Industrie, Bund und Ländern geplante Verbrennungslösung für den künftigen Giftmüll durchkommen, dann bleibt immer noch das Problem der in der Produktion erzeugten Giftmüllmengen bestehen, mit denen zuerst die Kolleginnen und Kollegen, die dort arbeiten, konfrontiert und der jeweiligen Belastung ausgesetzt sind.

B.N. 28.10. 88

Unabhängig von der Beurteilung der Verbrennungs-„Lösung“ besteht also aus gewerkschaftlicher Sicht ein Bedarf zur Verringerung bzw. drastischen Vermeidung von Giftmüll.

Würde man hier konsequent den Hebel ansetzen, wären etliche der in Planung befindlichen, Verbrennungsanlagen hinfällig.

Die Befürworter der Giftmüll-Öfen sprechen von Standort-Vorsorge und Entsorgungssicherheit, ohne die heute keine neue Industrie irgendwo anzusiedeln wäre. Also ohne Gift-Öfen keine neuen Arbeitsplätze?

In Wirklichkeit geht es um zwei andere Dinge: Erstens verspricht der „Entsorgungs“-Markt erhebliche

Profite und zweitens soll durch die Verbrennungs-Lösung ein bequemer Auslaß für die ungeschmälernte Beibehaltung giftmüllintensiver Produktions-Linien geschaffen werden. Verbrennung ist Gift für die Vermeidung von Giftmüll.

Um die bestehenden Giftmüllkreisläufe zu durchleuchten und Alternativen zu erarbeiten, treffen sich die Giftmüll-Bürgerinitiativen zum zweiten Bundestreffen. Es sollen Wege erarbeitet werden, wie jeder mitmachen kann, um auch politischen Druck zu erzeugen:

- als Geschädigter (Protest gegen Deponierung und Verbrennung)
- als Bürgerinitiative (Öffentlich-

keitsarbeit)

- als Betroffener von Giftmüll am Arbeitsplatz

- als Konsument

aber auch als jemand, der Vorschläge zur Giftmüllvermeidung einbringt.

Gefragt sind Vorschläge, die auf Entgiftung der Produktionsprozesse abzielen, den Verzicht auf die Chlorchemie, ein Anwendungsverbot von hochgiftigen Stoffen und zum Schluß die Frage der politischen Durchsetzbarkeit. Fachleute von der Umweltbehörde in Dänemark, dem Ökoinstitut, dem BUND, dem BBU und vom IG Metall-Vorstand haben bereits zugesagt, um diese Fragen mit den Bürgerinitiativen zu vertiefen.

Am 2. bundesweiten Treffen der Initiativen gegen Giftmüll am letzten Oktoberwochenende in der Zeche Carl nahmen ca. 110 Teilnehmer von 29 Initiativen aus dem ganzen Bundesgebiet teil: Bürger, die sich in ihren Heimatorten sowohl gegen bestehende, als auch geplante Giftmüllverbrennungsanlagen, Giftmülldeponien und thermische Bodenbehandlungsanlagen wenden. Das Treffen, das durch ein mit sachkundigen Referenten besetztes Podium umfangreiches Wissen vermitteln konnte, stand unter dem Motto: „Vermeiden statt Verbrennen“. B.N. 4. 11. 88

Der aus Hamburg angereiste Andreas Ahrens von der Umweltgruppe Physik/Geowissenschaften versuchte, bundesweit den Überblick über bestehende und geplante Giftmüllanlagen und -mengen zu geben. Dieser Überblick konnte nur unvollständig sein, da diese Daten in der Bundesrepublik nicht ermittelt werden oder aber nicht zugänglich sind. Eine von der Essener Bürgerinitiative erstellte Giftmüllkarte machte die er-

schreckende Häufung bestehender und geplanter Giftmüllverbrennungsanlagen, vor allem im Rhein/Ruhrgebiet deutlich.

Ahrens: „Die Industrie hat gar kein Interesse, die Giftmüllmengen durch Produktionsumstellung zu reduzieren, da z. B. die chlorierten Lösemittel, die in der Metallindustrie zum Entfetten verwandt werden, aufchlorierte Abfälle der chemischen Indu-

strie sind, die für teures Geld verkauft werden können.“

Am Nachmittag schilderte der Mitarbeiter der Kopenhagener Umweltbehörde, Klaus Müller, welche Wege in Dänemark beschritten werden, um die Müllmengen zu reduzieren. Dabei zeigte sich, daß ohne strenge Vorschriften und Verbote von seiten der Regierung die Industrie keine bedeutenden Schritte zur Abfallvermeidung unternehmen kann.

Der Referent des Öko-Institutes Darmstadt, Christoph Ewen, zeichnet das Szenarium der Giftmüllvermeidung für die Bundesrepublik. Er stellte die Vielzahl geplanter Anlagen in Frage und auch ihre Notwendigkeit.

Gerd Rhein von der Vorstandsverwaltung der IG Metall aus Frankfurt schlug die Brücke zwischen Bürgerinitiativen und Gewerkschaft. Sein Thema: gefährliche und giftige Stoffe am Arbeitsplatz, denen zahlreiche Arbeiter in gesundheitsgefährdenden Konzentrationen ausgesetzt sind. Er unterstrich, daß die Gewerkschaften durch die Forderung nach Ersatz dieser giftigen Stoffe durch ungefährliche Stoffe ganz erheblich zur Reduzierung des Giftmüllaufkommens in der Bundesrepublik beitragen können.

Kinderarzt Dr. Berthold Mersmann hob in seinem Referat die gesundheitlichen Gefahren der Giftmüllverbrennung hervor. Er möchte nicht mehr von Giftmüllverbrennung, sondern von Giftverteilung sprechen, da durch die Abgase, die aus den Schornsteinen kommen, unzählige krankmachende Substanzen breit verteilt werden: neben den Dioxinen vor allem auch Schwermetalle, die schon in kleinsten Mengen Allergien auslösen können. Durch einen Rückgang der umweltbedingten Erkrankungen der oberen Luftwege könnten ca. 18-20 Mrd. DM jährlich eingespart werden.

Eine kleine lokale Zeitung in Essen-Borbeck informierte ausführlich über Vorbereitung des Bundestreffens und dessen Ablauf. Dasselbe Material ging an ca. 40 Presseorgane, die aber nicht im entferntesten so, oder auch gar nicht, berichteten.

Prinzip Hoffnung fahrlässig

„Billige“ Entsorgung mit hohen Folgekosten

Ein zweitägiges Symposium mit Experten-Hearing und intensiver Aufbereitung in Arbeitsgruppen mit Anti-Giftmüll-Initiativen aus dem ganzen Bundesgebiet planen die Bürger gegen Giftmüll, c/o Christa und Alex Kunkel, Josef-Hoeren-Straße 259, Telefon: 35 19 57, am letzten Oktoberwochenende in der Zeche Carl. 14. 10. 88 B. N.

Ihr Wissen stellen zur Diskussion: Andreas Ahrens, Hamburg, Klaus Müller, Kopenhagen, Christoph Ewen, Ökoinstitut Darmstadt, Gerd Rhein, IG Metall, Gerd Billen-Girmscheid, Verbraucher-Initiative.

Christa und Alex Kunkel zum aktuellen Stand der Diskussion: „Es tut sich viel in Sachen Giftmüll, nur offensichtlich nicht in den Köpfen der Verantwortlichen aus Industrie und Politik, die planen weiterhin „Sondermüllbehandlungsanlagen“ nach altbekanntem Muster:

Mal in Form einer Sondermülldeponie, mal als Verbrennung in umgerüsteten Hausmüllverbrennungsanlagen, dann auch in Zement- und Hochöfen, oder schlichtweg als kombinierte Entsorgungsanlagen; nicht zu vergessen: die Bodenwaschanlagen. Die dazugehörige Wortwahl soll uns Bürgern die letzte Angst vor diesen technischen Wunderdingern

nehmen: „absolute Sicherheit, automatische Abschaltung, technisch alles erprobt, vernachlässigbarer Schadstoffausstoß, keine giftigen Reststoffe.“

Doch dieses Konzept der scheinbar billigen Entsorgung stößt immer mehr auf Ablehnung durch die Bürger vor Ort. Sie sehen Deponierung als Schaffung neuer Altlasten, Auswaschen als Verlagerung der Schadstoffe vom Boden ins Wasser und Verbrennungsanlagen als Giftküchen, die nach dem Prinzip Hoffnung arbeiten.

Entsorgung kann und darf nicht am Ende des Produktionskreislaufes ansetzen, sondern muß Bestandteil jedes Prozeßschrittes sein. Angefangen bei einer ressourcengerechten Rohstoffgewinnung, über umweltverträgliche Produktionskonzepte, bis hin zu einer spezialisierten Abfallentsorgung des Restmülls.“

Zu heiß, zu kalt, oder was?

Der Müll in Karnap brennt zu heiß

Öfen überlastet

Dem Karnaper Müllheizkraftwerk (MHKW) wird's zu heiß: Die bislang 560 000 Tonnen Brennmaterial pro Jahr setzen zuviel Energie frei und überfordern damit die Kessel. Dies berichtete Dezernent Prof. Wolfgang Knobloch dem Ausschuß für städtische Betriebe.

Schuld ist der Bau-Schutt: In ihm sitzen mehr Kalorien als im übrigen Müll. Und der Anteil des Baustellen-Abfalls nimmt in Karnap zu, seit überhaupt kein brennbarer Müll mehr deponiert werden darf, sondern alles in den Ofen muß.

Die Folge: Im kommenden Jahr sollen 30 000 Tonnen Müll weniger verfeuert werden. „Und das, obwohl das MHKW eigentlich jetzt schon für den anfallenden Müll zu klein ist“, bedauerte Knobloch. Er schlägt vor, neben die vorhandenen drei Brenn-Kessel einen vierten zu setzen.

Entsorgungs-Sorgen auch bei alten Kühlschränken. Wenn die Stadt vorliegende Angebote der Schrotthändler akzeptiert, wird die Vernichtung der giftigen Kühlmittel aus den Eisschränken die Essener bis zu 400 000 Mark pro Tonne Kühlflüssigkeit kosten, schätzte Knobloch. Zu teuer? Vorläufig werden ausgedienten Kühlschränke von der städtischen Sperrmüllabfuhr gesammelt und „zwischengelagert“.

Höhere Temperaturen durch Plastik und Papier ^{Februar 78} Stadt Essen: Altpapier lieber in den Hausmüll

Während in anderen Städten, wie zum Beispiel Köln, laut drüber nachgedacht wird, ob man in Zukunft den Hausmüll schon von den Erzeugern (sprich: Bürgern) nach Materialgruppen vorsortieren lassen will, um die Stoffe den verschiedenen Recyclingverfahren zuzuführen, besteht dazu in Essen, zumindest bei den Materialgruppen Papier und Plastik kein Interesse.

Der Begriff Recycling ist seit Jahren in aller Munde. Dahinter steckt die Idee, Altmaterialien aufzubereiten und wieder in den Gebrauchs-Kreislauf zu bringen. So manche Firma hat sich schon auf verschiedene Verfahren spezialisiert, um mit Wiederaufbereitung ihre Umsätze zu machen.

Wir alle kennen zum Beispiel das grau-getönte, sogenannte Umweltpapier aus Altmaterial, oder den Nagel, der früher eine Konservendose war. Aus alten Autoreifen werden mittlerweile Straßenbeläge hergestellt und so manches Glaserzeugnis ist kein unbeschriebenes Blatt mehr, wenn wir es kaufen.

Der Hintergrund für die Recyclingwelle ist ernst. Es ist uns nämlich klar geworden, daß jeglicher Rohstoff nicht unbegrenzt zur Verfügung steht und nicht durch eine „wundersame Vermehrung“ beliebig vervielfältigt werden kann. Essener Bürger sammeln also, was das Zeug hält.

Nur werden sie es nicht ganz so einfach los. Glas muß zum Container gebracht werden. Nun gut, das kann zuge-

mutet werden, zumal die weißen und grünen „Glasbomben“ so zahlreich sind, daß man sie auf kurzem Wege erreicht.

Aber wie steht es mit Kompost, bzw. organischen Abfällen? Wie soll man sie sammeln, wie zu den Sammelstellen der Stadtgärtnerei transportieren? Wie steht es mit Weißblech? Außer in Borbeck, wo ein Modellversuch läuft, gibt es dafür keine städtischen Sammelbehälter. Warum werden keine aufgestellt?

Seitens der Stadt besteht überhaupt kein Interesse, die Materialien Papier, Pappe, Holz und Plastik aus dem Hausmüll aussortieren zu lassen. Sie hat sich nämlich durch den „Müll-Ver-

aschungs-Vertrag“ mit dem RWE dazu verpflichtet, der Müllverbrennungsanlage im Essener Norden Müll mit einem Mindest-Brennwert anzuliefern, den die oben genannten Stoffe garantieren.

Außerdem zieht die Stadt Erlöse aus der Dampferzeugung des Heizkraftwerkes und würde sich mit niedrigeren Brennwerten ins eigene Fleisch schneiden. Die Stadt Essen überläßt es caritativen Gruppen, Papier zu sammeln, solange der Umfang der Sammelaktionen den Brennwert des Hausmülls nicht wesentlich vermindert.

Während die Ratsfraktion der Grünen Bedenken bei der Plastik-Verbrennung im Heizkraftwerk anmeldet, weil dort unkontrolliert Stoffe wie Dioxin freigesetzt werden könnten, teilte das Stadtreinigungsamt mit, daß die Proben hinsichtlich des Dioxinausstoßes bisher negativ waren. Gerade weil der Brennwert des Essener Hausmülls so hoch sei, könnten damit Temperaturen erzielt werden, die die Freisetzung von Dioxin verhindern. MR

SPD Bochold wählte Vorstand

Der SPD-Ortsverein Bochold wählte auf der Jahreshauptversammlung einen neuen Vorstand. Folgende Personen wurden gewählt: Walter Czerniak, 1. Vorsitzender; Werner Müller, stellv. Vorsitzender; Walter Spies, Hauptkassierer; Walter Gabb, Schriftführer.

Mehr Dioxine aus Essener Kraftwerk als erlaubt?

Grüne und Regierung in Düsseldorf streiten / „Buschhaus unter Müllverbrennungsanlagen“

Von unserem Korrespondenten Reinhard Voss

DÜSSELDORF, 27. Mai. Die größte bundesdeutsche Müllverbrennungsanlage in Essen ist am Freitag Gegenstand einer scharfen Kontroverse zwischen den nordrhein-westfälischen Grünen und dem Düsseldorfer Umweltministerium geworden.

Das vom RWE betriebene Müllheizkraftwerk, das seit seiner Inbetriebnahme vor einem Jahr als die modernste und umweltfreundlichste Anlage ihrer Art gilt, überschreitet die von der Landesregierung selbst gesetzten Grenzwerte — Emissionswerte für die hochgiftigen Dioxine und Furane — um nahezu das Vierfache, behaupteten Sprecher der Grünen am Freitag in Düsseldorf.

Sie bezogen sich bei ihren Vorwürfen auf Meßergebnisse der münsterischen „Gesellschaft für Arbeitsplatz- und Umweltanalytik“, die im Auftrag der Betreiber den Schadstoffausstoß des Müllheizwerkes untersucht hatte. Dabei wurden pro Kubikmeter Abluft zwischen 0,2 bis

0,39 Nanogramm des als „Seveso-Dioxin“ bekanntgewordenen 2,3,7,8-TCDD festgestellt.

Harry Kunz, Abfallexperte im Landesvorstand der Grünen nahm diese Werte zum Anlaß, das Kraftwerk in Essen als das „Buschhaus unter den bundesdeutschen Müllverbrennungsanlagen“ zu bezeichnen. Denn auch die Essener Anlage gilt wie das niedersächsische Kohlekraftwerk als Altanlage, das die in der Technischen Anleitung Luft 1986 festgesetzten Grenzwerte überschreiten darf. Die Grünen werteten diesen Zustand als „untragbar“. Sie verwiesen auf die Tatsache, daß der Großraum Essen schon heute die mit Abstand höchste Dioxin-Belastung der Luft in ganz Nordrhein-Westfalen ertragen muß. Sie forderten die Landesregierung auf, das RWE zu zwingen, die nach dem Bundesimmissionschutzgesetz möglichen nachträglichen Verbesserungen für das Müllheizkraftwerk zu installieren.

Das Düsseldorfer Umweltministerium beschuldigte im Gegenzug die Grünen, unverantwortlich die wahren Zusammenhänge zu verengen und dabei die von der Landesregierung geplante Vermehrung der Abfallverbrennungsanlagen „um jeden Preis zu diffamieren“. Die von den Grünen benannten Zahlen bestritt das Ministerium nicht. Es sei schließlich seit Jahren schon „wissenschaftlich weltweit bewiesen und unbestritten, daß sich bei jedem Verbrennungsvorgang Dioxine bilden können“. Der Dioxin-Ausstoß in Essen sei „gesundheitlich unbedenklich“. Die strengen Grenzwerte, auf die sich die Grünen bei ihrer Kritik beziehen, seien ausschließlich für Altöl-Verbrennungsanlagen bestimmt. Wegen gänzlich anderer feuerungstechnischer Bedingungen könnten diese niedrigeren Grenzwerte für Müllverbrennungsanlagen wie die in Essen nicht gelten, verteidigte ein Ministeriums-Sprecher die Düsseldorfer Praxis.